

Themenfeldern auszurichten, bei denen sie einerseits die eigenen Leistungen und Erfolge aufzeigen und andererseits Besonderheiten, wie die Herausforderungen, die die sozialistische Umgestaltung mit sich brachte, thematisieren konnten.

5.3 Akteure zwischen Denkmalpflege und sozialistischer Umgestaltung

Im Folgenden stehen erneut die Handlungsmöglichkeiten der Akteure im Fokus. Dafür wird zunächst die Positionierung der institutionellen Denkmalpflege innerhalb des Prozesses der sozialistischen Umgestaltung analysiert (5.3.1). Unter anderem sollen hierzu das Agieren der Denkmalpfleger sowie ihre Argumentation bezüglich einer geplanten, alles umfassenden Umgestaltung der Städte und Dörfer nachvollzogen werden. Das Ziel der Analyse ist es, einerseits den Terminus der sozialistischen Umgestaltung aus denkmalpflegerischer Perspektive zu hinterfragen und andererseits divergierende Sichtweisen bzw. Argumentationslinien in Bezug auf Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb der institutionellen Denkmalpflege herauszuarbeiten. In Anlehnung an das Kapitel 3.3.2 „Konservatorengespräche – Teil 1“ werden die regelmäßigen Beratungen der Konservatoren auch für den zweiten Betrachtungszeitraum zum Untersuchungsgegenstand und im Hinblick auf die Themenvielfalt und Ausrichtung durchleuchtet (5.3.2). Im dritten Abschnitt (5.3.3) wird der Fokus auf zwei Akteure innerhalb des Bereiches der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes gelenkt, die auf staatlicher und demgegenüber auf lokaler Ebene agierten: Der Vergleich von Generalkonservator Ludwig Deiters und Magistratsdenkmalpfleger Fritz Rothstein soll es ermöglichen, die potenziellen Handlungsspielräume zu hinterfragen. Die Gegenüberstellung von Deiters und Rothstein bietet sich deshalb an, weil beide Führungspositionen innehatten und beide in der ZFG Rekonstruktion des BdA agierten. Obwohl Rothsteins Zuständigkeitsbereich als Magistratsdenkmalpfleger (im Unterschied zu Deiters) auf Berlin beschränkt war, agierte er überregional, sodass auch hier eine Vergleichsmöglichkeit hinsichtlich des Handelns beider Akteure besteht.

Als Ausgangspunkt für die nähere Betrachtung der sozialistischen Umgestaltung dient die „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“, die vom 23. bis 29. Juni 1963 in Weimar stattgefunden hat. Zeitgenössische Publikationen sowie Dissertationen zum Themenkomplex der sozialistischen Umgestaltung und weitere Archivalien des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege in Wünsdorf (BLDAM) wie auch des Instituts für Raumbezogene Sozialforschung (IRS) in Erkner ergänzen die Analyse. Für die Untersuchung der Konservatorengespräche werden erneut die Sitzungsprotokolle der regelmäßigen Beratungstreffen der Konservatoren herangezogen, die vor allem im BLDAM erhalten sind. Im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum stehen für die Auswertung der Jahre von 1961 bis 1975 über 70 mehrseitige

Protokolle zur Verfügung. Es bot sich deshalb hierfür eine Erschließung und Analyse der Inhalte unter Verwendung der Graphdatenbank Neo4j besonders an.

Die Betrachtung von Ludwig Deiters und Fritz Rothstein erfolgt auf Grundlage ihrer jeweiligen Nachlässe, ihrer Publikationen sowie weiterer Quellenkonvoluten aus verschiedenen Archiven und Zeitzeugengesprächen. Durch diese Heterogenität des Quellenmaterials soll ein möglichst differenzierter Blick auf das Handeln der beiden Akteure ermöglicht werden. Der Vergleich zwischen Deiters und Rothstein dient dem Erkenntnisgewinn bezüglich der Positionen der Akteure und der Frage nach der Vielfalt denkmalpflegerischer Prozesse in der DDR.

5.3.1 Denkmalpflege und sozialistische Umgestaltung

Innerhalb dieses Kapitels wird der in den 1960er und 1970er Jahren häufig verwendete Terminus der sozialistischen Umgestaltung eingehend hinterfragt. Dabei soll jedoch nicht die sozialistische Umgestaltung im Allgemeinen untersucht werden, sondern es soll die Rolle und Positionierung der institutionellen Denkmalpflege dazu – die auch Gesprächsgegenstand der Konservatorengespräche waren²⁰⁷ – im Hinblick auf den häufig in diesem Zusammenhang genannten Begriff der Rekonstruktion analysiert und erörtert werden. Den Ausgangspunkt hierfür bildet die „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ zum Thema der sozialistischen Umgestaltung der Städte, die vom 23. bis 29. Juni 1963 in Weimar stattgefunden hat und deren Beiträge in der *Deutschen Architektur* publiziert worden sind. Der Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) mit Sitz in Moskau war als Gegenmodell zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und zur Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) gegründet worden. Er diente vorrangig dazu, die Wirtschaftsbeziehungen der sozialistischen Staatengemeinschaft zu koordinieren.

Die Expertentagung von 1963 in Weimar eignet sich für die Betrachtung der Positionierung der Denkmalpflege besonders gut, da die Tagungsbeiträge in der *Deutschen Architektur* in Gestalt eines Themenheftes erschienen sind. Darüber hinaus sind zusätzliche Primärquellen erhalten, die Einblicke in die Vorbereitung der

207 Der Begriff der sozialistischen Umgestaltung ist als Tagesordnungspunkt in den Protokollen der Konservatorengespräche zwar nicht zu finden, dennoch prägte das Thema unter anderem die institutionelle Denkmalpflege maßgeblich in ihrer weiteren Entwicklung und auch im Hinblick auf ihre Schwerpunktsetzung der fachwissenschaftlichen Analyse und Anleitung im Bereich von Denkmalpflege und Denkmalschutz. Ausschlaggebend hierfür waren vor allem der Grad an Ökonomisierung im Bauwesen sowie der Anspruch der absoluten Planbarkeit aller wirtschaftlichen Prozesse innerhalb der DDR. So wurde die Umgestaltung immer wieder Thema bei der Diskussion von Generalbebauungsplänen oder bezüglich konkreter Denkmalobjekte.

Tagung und in die im Vorfeld erfolgten Überlegungen bezüglich der Publikation gewähren – auch, wenn kein stenografisches Protokoll der Tagung gefunden werden konnte.

Die Auseinandersetzung mit den publizierten Beiträgen der Tagungsredner ermöglicht es, Einsicht in die jeweiligen Blickwinkel und Themenschwerpunkte der jeweiligen Institutionen und Akteure auf dem Gebiet der sozialistischen Umgestaltung zu gewinnen. Welchen Anspruch verfolgte Ludwig Deiters als Generalkonservator für Denkmalpflege der DDR innerhalb der Tagung? Welchen Stellenwert nahm die Denkmalpflege generell während der Veranstaltung ein? Abschließend sollen die Tagungsinhalte in den größeren Kontext der sozialistischen Umgestaltung gestellt und mit weiterem Quellenmaterial zu Vorträgen und Beiträgen von Ludwig Deiters aus den 1960er und 1970er Jahre rückgebunden werden; insbesondere, um die Position der Denkmalpflege aus der Sicht des Generalkonservators ins Verhältnis zur sozialistischen Umgestaltung zu setzen.

Die sozialistische Umgestaltung verfolgte das Ziel, der sozialistischen Gesellschaft einen städtebaulichen Rahmen zu geben. Zugleich sollte sie die Rationalisierungsbestrebungen im Bauwesen vorantreiben und für bessere Lebensbedingungen sorgen. Die in diesem Zusammenhang häufige Verwendung des Begriffs Rekonstruktion meinte dabei – ganz im Sinne des Fortschrittsgedankens – Funktionstrennung, Modernisierung und Neubau. Aus denkmalpflegerischer Sicht versuchte man, den Fortschrittsgedanken aufzunehmen und unter Einbeziehung denkmalpflegerischer Inhalte auszudeuten. Hierbei ist es zwingend notwendig, zwischen dem denkmalpflegerischen Rekonstruktionsbegriff und einem eher politisch konnotierten Rekonstruktionsverständnis, das sich auch in den Diskussionen um die sozialistische Umgestaltung niederschlug, zu unterscheiden, wenngleich eine solche Differenzierung weder von den damaligen Akteuren aktiv erfolgte noch in der bisherigen Forschungsliteratur für die 1960er Jahre bis zum Jahr 1975 eingehender betrachtet wurde. So wurde von den Denkmalpflegern Rekonstruktion – wie auch heute noch – beschrieben und definiert als „Rekonstruktion verlorengegangener Teile nach entsprechenden noch vorhandenen Teilen am Objekt oder nach erhalten gebliebenen Unterlagen“²⁰⁸, wohingegen

208 Zum Begriff der Rekonstruktion siehe: Ludwig Deiters: Zur Denkmalpflege in der sozialistischen Gesellschaft, in: Materialien und Berichte zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 5–41, hier S. 31. Im „Bildwörterbuch der Architektur“ heißt es zum Begriff Rekonstruktion: „Versuch der Wiederherstellung des ursprünglichen Aussehens eines abgebrochenen oder durch Umbau stark veränderten Bauwerks. Die Rekonstruktion kann durch eine Rekonstruktionszeichnung bzw. Wiederaufbau erfolgen. Doch ist eine zu weitgehende Rekonstruktion dann nicht zu empfehlen, wenn sie nicht ganz gesichert ist oder nur noch unbedeutende originale Reste erhalten sind.“ In: Hans Koepf: Bildwörterbuch der Architektur, Stuttgart 1968, S. 313.

die Rekonstruktion im Zusammenhang mit der sozialistischen Umgestaltung Modernisierung, Instandsetzung und/oder eine zeitgemäße Wiederherstellung meinte.

Obwohl diese Unterscheidung der Begrifflichkeiten zwar allgemein bekannt war und ist, wurde bisher außer Acht gelassen, dass auch Denkmalpfleger die Diskussion um die sozialistische Umgestaltung mitgestalteten und ebenfalls den Begriff der Rekonstruktion nutzten, ihn dabei aber gerade nicht im denkmalpflegerischen Sinne auslegten. Vielmehr versuchten sie durch die Nichtunterscheidung, den Erhalt der Grundrissgestaltung einzufordern, für ein ausgewogenes Verhältnis von Altem und Neuem sowie für Ergänzungen, im Sinne von Lückenschließungen, und Bereinigungen von späteren Zeitschichten zu plädieren und für den Erhalt und die Einbindung von Einzeldenkmälern in die (neuen) Stadtstrukturen einzutreten.

Expertentagung des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe

Im August 1963 erschien, herausgegeben von der Zeitschrift *Deutsche Architektur*, das Themenheft zur „sozialistische[n] Umgestaltung“²⁰⁹, in dem die Inhalte der Expertentagung veröffentlicht wurden. Das Heft bestand aus fünf Beiträgen des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, aus fünf Artikeln (regional) verschiedener „örtlicher Organe“, darüber hinaus aus vier weiteren Abhandlungen von Forschung und Lehre seitens der Universität Dresden und der Hochschule Weimar sowie aus einem Text der institutionellen Denkmalpflege, verfasst vom Generalkonservator Ludwig Deiters. Die Beiträge der örtlichen Organe werden an dieser Stelle nicht weiter betrachtet, da hier das Konzept der sozialistischen Umgestaltung hinterfragt werden soll und weniger das praktische Vorgehen und die Umsetzung des Konzepts in der Alltagspraxis.

Lothar Kwasnitza, der zu diesem Zeitpunkt als Architekt am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie beschäftigt war, berichtete im Themenheft zunächst über Inhalte und Zielstellung der Veranstaltung. So formulierte er die „Umgestaltung der Altbaugebiete“ als Kernthema der Tagung, die zum Ziel gehabt habe, „die vielseitigen Wechselbeziehungen und Verflechtungen der einzelnen Elemente bei der Umgestaltung und Rekonstruktion von Wohngebäuden und Städten darzulegen, Prinzipien zu formulieren und Vorschläge zu unterbreiten, die für die Länder des RGW allgemeine Gültigkeit erlangen können“²¹⁰. Auf der Tagung „lagen die Ergebnisse der Umgestaltung“ aus allen RGW-Ländern vor, sodass die „Erkenntnisse, Beispielplanungen und Empfehlungen“ hätten dis-

209 Deutsche Architektur (1963), H. 8.

210 Lothar Kwasnitza: Zur sozialistischen Umgestaltung der Städte. Bericht über die Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 456.

kutiert werden können.²¹¹ Dass jedoch die sozialistische Umgestaltung in jedem der Länder einen anderen Verlauf genommen hat und dabei unterschiedliche Schwerpunktsetzungen verfolgt wurden, zeigt sich bereits an Kwasnitzas Einschränkung im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation der Einzelstaaten: „Die Fragen der Umgestaltung der Städte sind eng verbunden mit der wirtschaftlichen Situation und dem Entwicklungstempo der Volkswirtschaft des jeweiligen Landes.“²¹² Man habe sich allerdings auf eine Umsetzung der Umgestaltung innerhalb von zwei Etappen geeinigt. So sollte die erste Etappe den „Wohnungsneubau auf unerschlossenem Gelände“²¹³ zum Ziel haben, während die zweite Etappe „umfangreiche Maßnahmen zur Umgestaltung der Altbaugebiete bei allmählicher Neuordnung der Stadtstruktur auf der Grundlage der neuzeitlichen Forderungen des sozialistischen Städtebaus“²¹⁴ umfassen sollte. Die Tagung widmete sich demnach vor allem Fragen und Problemen der zweiten Etappe der Umgestaltung, die letztlich weitreichendere Konsequenzen sowohl für den Städtebau als auch für die Gesellschaft mit sich bringen sollte. Der Stellenwert oder die Bedeutung der Denkmalpflege fand bei Kwasnitzas aber keine Beachtung.

Peter Doehler, ebenfalls Architekt sowie Direktor des Instituts für Städtebau und Architektur der Bauakademie, führte im Anschluss an Kwasnitzas thematische Einführung Ziele, Aufgaben und Wege der sozialistischen Umgestaltung in den alten Wohngebieten der DDR-Städte aus.²¹⁵ Hierbei sprach Doehler vor allem die politische und ideologische Bedeutung der sozialistischen Umgestaltung an, basierend auf den Ausführungen und Forderungen Walter Ulbrichts beim VI. Parteitag der SED (Januar 1963). Doehler zufolge gründe sich die ideologische Notwendigkeit zur Umgestaltung vor allem darauf, dass sie „ein Teil der revolutionären Umwälzung [ist], die auf dem Wege zum Kommunismus realisiert werden [muss]“²¹⁶. Städtebaulich habe die „Periode des Kapitalismus“ zu einer starken Umformung geführt, die sich „in meist planloser, chaotischer Form“ ausgedrückt habe und die nun überwunden werden müsse.²¹⁷ Im Anschluss an

211 Bei den hier erwähnten „Ergebnissen“ handelt es sich um die redigierten Berichte der Arbeitsgruppe „Sozialistische Umgestaltung der bestehenden Städte unter Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete“ der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW, die innerhalb dieses Kapitels noch thematisiert werden sollen. Die Ergebnisse bzw. Berichte der RGW-Länder haben jedoch in das Themenheft der Deutschen Architektur keinen Eingang gefunden.

212 Lothar Kwasnitzas: Zur sozialistischen Umgestaltung der Städte, S. 456.

213 Ebd.

214 Ebd.

215 Vgl. Peter Doehler: Die sozialistische Umgestaltung der alten Wohngebiete der Städte in der DDR – Ziel, Aufgabe und Wege, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 457–458.

216 Ebd., S. 457.

217 Vgl. ebd.

seine Ausführungen zur politisch-ideologischen Bedeutungsebene der sozialistischen Umgestaltung definierte Doehler den Terminus Umgestaltung, der „von der Werterhaltung bis zum Abriß und Neubau“ reichen würde und in Erhaltung, Rekonstruktion, städtebauliche Sanierung und völlige Umgestaltung unterschieden werden müsse.²¹⁸ Anhand dieses Spektrums wird bereits deutlich, dass die sozialistische Umgestaltung letztlich alles umfassen konnte und weitreichende städtebauliche Veränderungen zum Ziel hatte.

Die zuvor von Kwasnitza angeführten zwei Etappen, innerhalb derer die Umgestaltung erfolgen sollte, konkretisierte Doehler im Hinblick auf den zeitlichen Rahmen und die konkreten Maßnahmen. Die erste Etappe sollte bis „etwa 1970“ abgeschlossen sein und der „Beseitigung des Wohnungsdefizites“ dienen.²¹⁹ Zudem sollten „umfangreiche Werterhaltungsmaßnahmen“ durchgeführt werden und nur „verhältnismäßig geringe Abrisse schlechtester Wohngebäude und ihr Ersatz durch Neubauten“ erfolgen.²²⁰ Die zweite Etappe sollte bis 1980 dauern, „die Bereitstellung einer gut ausgestatteten Wohnung, umfangreiche[n] Abriß der schlechtesten Bausubstanz, umfangreiche Umgestaltungsmaßnahmen in alten Wohnungen“ umfassen und die Analyse und Klassifizierung der Altbauwohngebiete bei einer Konzentration auf die Gebiete, die vor 1918 entstanden waren, beinhalten.²²¹ Hierzu waren zum einen umfangreiche finanzielle Mittel und zum anderen umfangreiche Planungen zur Realisierung der Sanierungsarbeiten notwendig. Helfen sollte dabei eine Klassifizierung des Bestandes, wobei die Konzentration auf Altbaugebiete vor 1918 in Doehlers Ausführungen bereits suggeriert, dass man hier die „schlechteste Bausubstanz“²²² vermutete, die man durch „umfangreichen Abriß“²²³ aus dem Stadtbild verdrängen wollte. Die Erhaltungsmaßnahmen in den Altbaugebieten, die noch für die erste Etappe vorgesehen waren, verfolgten letztlich nur das Ziel, notwendigen Wohnraum so lange wie möglich zu erhalten, da man mit den Neubaumaßnahmen nicht schnell genug vorankam und die Lösung des Wohnungsproblems höchste Priorität hatte.

Bereits 1961 hatte sich Doehler in seiner Dissertation²²⁴ intensiv mit der Thematik der sozialistischen Umgestaltung auseinandergesetzt. Sein Augenmerk

218 Vgl. ebd., S. 458.

219 Vgl. ebd.

220 Vgl. ebd.

221 Vgl. ebd.

222 Ebd.

223 Ebd.

224 Peter Doehler: Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbausubstanz von Altbaugebieten insbesondere der Städte über 10.000 Einwohner im Zeitraum 1965–1980. Dissertationsschrift (Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung), Berlin 1961.

hatte er dabei auf die (angedachte) Umgestaltung von Altbaugebieten in Städten mit über 10.000 Einwohnern im Zeitraum von 1965 bis 1980 gerichtet und sich somit ebenfalls vorrangig mit der „zweiten Etappe“ des sozialistischen Umgestaltungsprozesses auseinandergesetzt. Neben einer eingehenden Auseinandersetzung mit der vor 1918 errichteten Bausubstanz dieser Städte verglich Doehler in seiner Dissertation den Umgang mit Altbauwohngebieten in kapitalistischen und sozialistischen Ländern miteinander, um letztlich Schlussfolgerungen für die städtebauliche Planungspraxis zu formulieren. Insbesondere der Vergleich mit der Bundesrepublik verdeutlicht dabei den systempolitischen Anspruch der sozialistischen Umgestaltung, der bei Doehler weniger die Verbesserung von Lebensbedingungen und Wohnverhältnissen zum Ziel hatte, als vielmehr eine klare architektonische und städtebauliche Abgrenzung zur BRD bzw. zum kapitalistischen Ausland, um damit der „Periode des Sieges des Sozialismus und des Aufbaus des Kommunismus zum Durchbruch zu verhelfen“²²⁵.

Im Vergleich zu seiner Dissertationsschrift ist Doeblers Beitrag in der *Deutschen Architektur* weitaus weniger ideologisch aufgeladen. Auch formulierte er den vorgesehenen Planungszeitraum vager, indem er vermutete, dass die erste Etappe bis „etwa 1970“ abgeschlossen sein könnte, während er in seiner Doktorarbeit noch davon ausgegangen war, dass die erste Phase in einigen Städten bereits vor 1965 abgeschlossen sein könnte. Deutlich wird aus Doeblers Ausführungen, dass für ihn die sozialistische Umgestaltung nur in Form von umfangreichen Neubaumaßnahmen realisierbar und von planwirtschaftlichen Interessen geleitet war. Denkmalpflegerische Inhalte und Zielsetzungen spielten für ihn dabei keine Rolle.

Johannes Bonitz, ebenfalls Architekt vom Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie, berichtete über einen Experimentalentwurf zur Umgestaltung eines Altbauwohngebietes in Leipzig.²²⁶ Bonitz' Ausführungen verdeutlichten die Prämisse der Wirtschaftlichkeit, die für das Bauwesen in der DDR höchste Priorität hatte. Neben umfangreichen Abbrucharbeiten fanden bei Bonitz vor allem die Steigerung der Geschosshöhen sowie die Umverteilung von Industriebetrieben aus der Innenstadt heraus (außerhalb der Wohnsiedlungen) Betonung. Die Wirtschaftlichkeit seines Experimentalentwurfs sah Bonitz durch die dadurch erreichte höhere Wohndichte und durch eine verbesserte Ausnutzung des Baulandes gegeben.²²⁷ Denkmalpflegerische Gesichtspunkte oder der Erhalt von historischer Bausubstanz finden bei ihm, wie auch schon bei Kwasnitza und Doehler, keine Erwähnung. Im Zentrum des Experiments stand das Finden eines

225 Ebd., S. 269.

226 Vgl. Johannes Bonitz: Experimentalentwurf zur Umgestaltung eines Altbauwohngebietes in Leipzig, in: *Deutsche Architektur* (1963), H. 8, S. 466–467.

227 Vgl. ebd., S. 466.

realisierbaren Lösungsweges für die „zweite Etappe“ der sozialistischen Umgestaltung.

Der Beitrag²²⁸ von Wolfgang Weigel, der wie Bonitz, Doehler und Kwasnitza am Institut für Städtebau und Architektur der Bauakademie tätig war, stellte die Bedeutung der Stadtzentren für die sozialistische Umgestaltung heraus. Im Gegensatz zu seinen Institutskollegen bezog sich Weigel nicht direkt auf die Zweiphasigkeit der sozialistischen Umgestaltung. Vielmehr lag sein Fokus auf dem Beginn der sozialistischen Umgestaltung, die aus seiner Sicht in direktem Zusammenhang zu den Wiederaufbaubestrebungen „der kriegszerstörten Zentren der Städte“²²⁹ stand und damit eine logische Fortführung der bisherigen Entwicklungen war. Auch bei den *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* sah Weigel bereits einen Sinnzusammenhang mit den Umgestaltungsbestrebungen, da die Grundsätze „die Aufgabe, einwandfrei funktionierende und gestaltete gesellschaftliche Mittelpunkte des sozialistischen Lebens zu schaffen“²³⁰ in das Zentrum rückten. Dennoch waren die Diskussionen um die (weitere) sozialistische Umgestaltung Weigel zufolge dringend notwendig, da die „erzielten Ergebnisse“ eine „kritische Auswertung [benötigen], um die Umgestaltung mit hoher Qualität fortführen und für weitere Städte vorbereiten zu können“²³¹. Dabei spielte bei Weigel – wie auch schon bei Bonitz – der Erhalt von Stadtstruktur(en) oder historischer Bausubstanz keine Rolle. Ganz im Gegenteil plädierte Weigel für eine klare Funktionsgliederung mit aufgelockerter Bebauung und gestalteten Grünflächen in den Stadtzentren. Im Wiederaufbau der Stadtzentren sah Weigel demnach keinen Wiederaufbau, sondern den Aufbau sozialistischer Städte. Die Umgestaltung bestand für ihn vorrangig in der Neugestaltung und in der Anpassung bzw. Abstimmung des Stadtzentrums auf das Gefüge der Stadt als Ganzes. Hierbei konnte für ihn auch auf die Erhaltung des Stadtgrundrisses verzichtet werden.

In einem weiteren Beitrag von Lothar Kwasnitza „Zur Umgestaltung der Städte in einigen sozialistischen Ländern“²³² betonte Kwasnitza zunächst, dass das Ziel der sozialistischen Umgestaltung die „grundlegende Verbesserung der Wohn- und Lebensbedingungen der Menschen“ sei, bevor er dann die verschiedenen Entwicklungen, die er bereits in seinem ersten Beitrag angedeutet hatte, anhand der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik (ČSSR) erläuterte. Gerade weil Kwasnitza die Länder nicht vergleichend,

228 Wolfgang Weigel: Anmerkungen zur Umgestaltung der Stadtzentren, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 478–480.

229 Ebd., S. 478.

230 Ebd.

231 Ebd.

232 Lothar Kwasnitza: Zur Umgestaltung der Städte in einigen sozialistischen Ländern, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 481–484.

sondern eher voneinander unabhängig beschrieb, werden Unterschiede deutlich. Während die Sowjetunion die sozialistische Umgestaltung bereits direkt nach der Oktoberrevolution 1917 umgesetzt und dabei 60 Stadtneugründungen realisiert hat, stand in der Volksrepublik Polen nach 1944 der Wiederaufbau stark zerstörter Städte im Sinne historischer (weitestgehend getreuer) Rekonstruktionen im Vordergrund. Die Ausführungen zur ČSSR bilden dann im Vergleich zu den Erläuterungen hinsichtlich der Umgestaltung der Sowjetunion und der Volksrepublik Polen einen starken Kontrast, da Kwasnitza hier keine politischen oder ideologischen Bezüge herzustellen versuchte, sondern lediglich auf den Bauzustand der Wohngebäude verwies, die der Grund dafür seien, dass dort „die Umgestaltung in den nächsten Jahren einen steigenden Anteil der Bautätigkeit ausmachen“²³³ werde.

Dass die drei Länder jedoch völlig unterschiedliche Ausgangsbedingungen hatten und gänzlich andere Entwicklungen durchlaufen haben, auch im Vergleich zur DDR, ist nicht Bestandteil von Kwasnitzas Bericht: Für Russland hatte die Oktoberrevolution weitreichende Folgen, sie führte letztlich das Land aus dem Status einer Agrarnation und – im Vergleich zu Europa – stark verspätet in die Industrialisierung. Zeugnis dessen sind auch die zahlreichen, von Kwasnitza erwähnten, Stadtneugründungen. Für Polen waren hingegen die vielen maßstabslosen Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs Ausgangspunkt der Umgestaltung. Kwasnitza verwendete hier den Begriff der Umgestaltung synonym für die Wiederherstellung, wie sie in den Altstädten von Gdańsk und Warschau durchgeführt worden sind. Allerdings standen diese weniger im Zeichen einer gesellschaftlichen Umformung hin zum Sozialismus, sondern waren vielmehr Ausdruck des Widerstands und des Stolzes des polnischen Volkes, das ein Zeichen gegen den Vernichtungswillen der Nationalsozialisten und des Faschismus setzen wollte.

Der Beitrag²³⁴ des Architekten Bernhard Klemm von der TU Dresden entstammte dessen Dissertation zur Umgestaltung der historischen Altstadt von Görlitz, die er 1962 an der TU Dresden abgeschlossen hatte. Klemm war 1956 vom Chef-Konservator der Arbeitsstelle Dresden, Hans Nadler, mit der städtebaulich-denkmalpflegerischen Untersuchung der Stadt Görlitz betraut worden.²³⁵ Für den Beitrag im Rahmen des Themenheftes zur sozialistischen Umgestaltung beschränkte sich Klemm auf einige wenige Aspekte seiner Arbeit, die zum einen den „Sonderfall“ Görlitz und zum anderen die Bedeutung der historischen

233 Ebd., S. 482.

234 Bernhard Klemm: Umgestaltung der historischen Altstadt von Görlitz, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 461–463.

235 Vgl. Jürgen Schieferdecker: Bernhard Klemm war der Protagonist der Altstadtsanierung, in: Dresdener Neueste Nachrichten vom 15.07.2016, <https://www.dnn.de/Nachrichten/Kultur/Regional/Bernhard-Klemm-war-der-Protagonist-der-Altstadtsanierung> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

Bausubstanz, insbesondere innerhalb des Altstadtbereiches, verdeutlichen sollten. Klemms Verständnis von Umgestaltung war jedoch ein anderes, als jenes der Beitragsverfasser der Deutschen Bauakademie, die, im Gegensatz zu Klemm, das Sozialistische der Umgestaltung betonten.

Aus seinem Text geht hervor, dass Klemm durchaus eine Umgestaltung im Sinne einer Aufwertung des Altstadtbereiches befürwortete, um das Stadtbild auch für den Tourismus zu erschließen. Gleichwohl betonte er, dass der Grund für eine Umgestaltung der Altstadt nicht im mittelalterlichen Stadtgefüge zu finden sei, sondern im „unseren heutigen Anforderungen an ein Wohngebiet nicht mehr entsprechende[n] Zustand der Bebauung“²³⁶. Dass diese „heutigen Anforderungen“ in den 1950er Jahren für Görlitz durchaus andere Konsequenzen hätten haben können, wird insofern deutlich, als dass Klemm die Bedeutung der Stadt im internationalen Kontext betonte, die für ein moderates Vorgehen bei der Umgestaltung und für den relativ großflächigen Substanzerhalt entscheidend gewesen sei: „Die Stadt Görlitz ist durch ihre Lage an der Staatsgrenze zum Ort Internationaler Begegnung und Verständigung geworden. Der Reichtum an Baudenkmalern macht die Altstadt zum Anziehungspunkt für viele Besucher aus dem In- und Ausland.“²³⁷ Auch auf das Thema der Wirtschaftlichkeit kommt Klemm zu sprechen und kritisiert, dass die Problematik „nicht in der Finanzierung“ liege, sondern „im zu knappen Anteil der Werterhaltungsarbeiten an der Gesamtleistung der Görlitzer Baubetriebe“.²³⁸ Dementsprechend wandte sich Klemm explizit gegen die im sozialistischen Umgestaltungsprozess vorgesehenen Abbrüche alter Bausubstanz: Nicht nur, weil „Mittel zur Umgestaltung der Altstädte bereitstehen“, sondern vor allem, da die „ausgeführten Umbauten [...] bewiesen [haben], daß auch in historischen Häusern Wohnungen eingerichtet werden können, die unsere heutigen Ansprüche erfüllen [können]“.²³⁹ Damit stand Klemms Beitrag den Ausführungen Doehlers diametral gegenüber. Klemm betonte die denkmalpflegerische Zielstellung bei der Sanierung von Görlitz, die er explizit nicht als sozialistische Rekonstruktion verstanden wissen wollte: „Die Erneuerung der Görlitzer Altstadt gilt wegen der besonderen Bedeutung, die denkmalpflegerische Gesichtspunkte dabei einnehmen, im Vergleich zur sozialistischen Rekonstruktion anderer Städte in der Deutschen Demokratischen Republik als Sonderfall.“²⁴⁰

236 Bernhard Klemm: Umgestaltung der historischen Altstadt von Görlitz, S. 461.

237 Ebd.

238 Vgl. ebd., S. 462.

239 Vgl. ebd.

240 Ebd.

Georg Funk, Architekt und Stadtplaner, der an der TU Dresden die Professur für Baurecht und Bauordnung innehatte, erläuterte in seinem Artikel²⁴¹ die Bedeutung der sozialistischen Umgestaltung innerhalb der universitären Architektenausbildung. Er blieb dabei, insbesondere im Vergleich zu den anderen Beiträgen aus dem universitären Bereich, sehr auf die Lehre bezogen und beschäftigte sich weitaus weniger mit der konkreten sozialistischen Umgestaltung.

Dass sowohl die Ausbildung der Architekten als auch die Lehre und die Lehrinhalte eine durchaus explizitere Verbindung zur sozialistischen Umgestaltung hatten, zeigte der deutlich kritischere Beitrag²⁴² von Hermann Räder. Räder, der als Professor für Städtebau und Entwerfen an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar tätig war, berichtete zwar ebenfalls vom Bedeutungszuwachs der sozialistischen Umgestaltung in Forschung und Lehre, jedoch betonte er, dass an der Weimarer Hochschule „schon seit Jahren an der Grundlagenforschung und an der Methodik zur sozialistischen Umgestaltung der Städte gearbeitet“²⁴³ würde. Viel expliziter findet sich bei Räder auch die Verbindung von sozialistischer Umgestaltung und Denkmalpflege im universitären Kontext. So verwies er einerseits auf ein „erste[s] internationale[s] Kolloquium zu Fragen der Rekonstruktion“, das im September 1960 in Weimar stattgefunden hatte, und andererseits auf den „Lehrplan der Baugeschichte und Denkmalpflege“, in welchem „das Verhältnis des historischen Bestandes und des Denkmals zur Neu- und Umgestaltung vorrangig behandelt“ werde.²⁴⁴ Im Gegensatz zu Funk, der für die Entscheidungsfindung der Staatsorgane die Ergebnisse von Seminararbeiten für ausreichend hielt, war dies für Räder ein ungenügender Zustand: „Es wäre auch durchaus wünschenswert, daß die Hochschule in ihrem Bemühen, Lehre und Forschung zum Thema sozialistische Umgestaltung eng mit der Praxis zu verbinden, noch mehr Kontakt und Unterstützung von seiten der Städte erhielte.“²⁴⁵ Wie Funk macht auch Räder deutlich, dass die staatlich verordnete Umgestaltung nur unter Einbindung der Universitäten und unter Zuhilfenahme der aktuellen Forschungen realisiert werden könne.

Demgegenüber erörterte Martin Henze in seinem Beitrag²⁴⁶ zur „Lückenbebauung bei der Altstadtsanierung“ die in der Praxis bestehende Verbindung

241 Georg Funk: Vorbereitung der Studenten für die Aufgaben der Umgestaltung, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 470–471.

242 Hermann Räder: Die Mitarbeit der Hochschule bei der sozialistischen Umgestaltung unserer Städte, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 472–473.

243 Ebd., S. 472.

244 Vgl. ebd.

245 Ebd.

246 Martin Henze: Lückenbebauung bei der Altstadtsanierung, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8, S. 474–475.

zwischen Hochschule/Universität und staatlicher Denkmalpflege. So hatte das Institut für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Dresden, Henze mit der Erforschung und der Durchführung von Untersuchungen zu Altstadtsanierungen beauftragt und er verhandelte dazu in seinem Dissertationsprojekt (am Lehrstuhl für Gebäudelehre und Entwerfen der TU Dresden) die Möglichkeit der Lückenbebauung am Beispiel der Altstadt von Freiberg. In seinem Artikel im Rahmen des Themenheftes der *Deutschen Architektur* beschrieb Henze die Komplexität seiner Untersuchung, die den historischen Charakter der Altstadt erhalten solle, sich aber vor der Notwendigkeit von Abbrüchen, aufgrund der schlechten Substanz, nicht verschließen könne und bei allem auch die Wirtschaftlichkeit der Durchführung wahren solle. Die Lösung sah Henze in „zweckmäßige[n] Grundrisse[n] und anpassungsfähige[n] Bauweisen mit einem hohen Mechanisierungsgrad“²⁴⁷. Allein die Forderung nach dem Erhalt des historischen Charakters verdeutlicht bereits, dass es hier weniger um denkmalpflegerische Zielstellungen im Sinne des Substanzerhalts ging, sondern vielmehr um eine Stadtbildpflege, die eine möglichst „harmonische“ Stadt in Verbindung von Neubau und Altbestand entstehen lassen sollte. Dennoch sollte die Altstadt in ihrer Struktur möglichst weitgehend erhalten bleiben, indem Neubauten lediglich als Lückenfüller das eigentliche Ensemble abrundete. Damit zeigte Henze einen Lösungsweg auf, der sich deutlich von Weigels Idee der Gestaltung der Stadtzentren nach Funktionen abgrenzte. Vielmehr bewies Henze mit seiner Dissertation die Möglichkeit von städtebaulichen Kompromisslösungen, die der Forderung nach verbesserten Wohn- und Lebensverhältnissen – wie sie Kwasnitza formuliert hatte – nachkamen; bei gleichzeitigem Erhalt historischer bzw. individueller und gewachsener Stadtanlagen, die den Charakter der jeweiligen Stadt prägten. Damit versuchte Henze ein ausgewogenes Verhältnis von Altem und Neuem zu schaffen und zugleich die vorhandenen (bzw. historischen) städtebaulichen Strukturen zu erhalten.

Auch Ludwig Deiters versuchte im Rahmen der Diskussion um die sozialistische Umgestaltung der Städte in seinem Beitrag²⁴⁸ seine Position als Generalkonservator für Denkmalpflege in der DDR bezüglich Denkmalpflege und Denkmalschutz herauszuarbeiten. Wie bereits zuvor Bernhard Klemm verdeutlicht hatte, bemerkte auch Deiters, dass die Umgestaltung bzw. „planmäßige sozialistische Rekonstruktion“, wie er es nannte, auf die Anpassung der Umwelt entsprechend der „neuen Bedürfnisse der heutigen und künftigen Gesellschaft“ zurückzuführen sei.²⁴⁹ Die Aufgabe der Denkmalpflege bestand für Deiters darin, „den historischen Räumen solche Funktionen [zuzuweisen], die sie noch heute zu erfüllen

247 Ebd., S. 474.

248 Ludwig Deiters: Denkmalpflege bei der Umgestaltung der Städte, in: *Deutsche Architektur* (1963), H. 8, S. 464–465.

249 Vgl. ebd., S. 464.

vermögen“²⁵⁰. Für die historische Bausubstanz im Allgemeinen führte Deiters vor allem den dokumentarischen und künstlerischen Wert als relevant innerhalb der sozialistischen Umgestaltung an. In seinem Beitrag unterschied er dabei zwischen Einzeldenkmälern und städtebaulichen Anlagen: Für das Einzeldenkmal konstatierte er, dass man „das Echte und Ursprüngliche der Gestalt des Materials am Denkmal [...] konservieren [muss, um] ihm ein Maximum an Aussagekraft und künstlerischer Wirkung zu erhalten oder wiederzugeben“²⁵¹. Insbesondere im Sinne des „Wiedergebens“ sah Deiters hierfür „das Beseitigen von Entstellungen, gegebenenfalls auch das sehr zurückhaltende Ergänzen“²⁵² als mögliche Maßnahmen. Auch „Kopien“ von verlorengegangenen Bauteilen oder Baukörpern waren seiner Auffassung nach möglich, „wenn es sich um ein größtenteils im Original vorhandenes baukünstlerisches Ensemble von besonderer nationaler Bedeutung handelt, oder wenn eine sehr wertvolle Innenausstattung erhalten“²⁵³ sei. Auch wenn Deiters grundsätzlich den gleichen Umgang auch für die städtebaulichen Denkmale forderte, betonte er die Seltenheit von „städtebauliche[n] Denkmale[n], wie Stadtsilhouette, Stadtgrundriss, Straßen- und Platzräume, in denen Baudenkmale überwiegen“²⁵⁴. Für den Erhalt der Einzeldenkmale sah er „die Kontrastwirkung“ – im Falle eines Einzeldenkmals innerhalb einer neu gebauten Umgebung – durchaus als einen möglichen Lösungsweg an, bei dem keine „übertriebene[n] Konzessionen an den historischen Maßstab gemacht werden“ müssten.²⁵⁵ Deiters sprach sich generell in seinem Beitrag für weitreichende Zugeständnisse innerhalb der sozialistischen Umgestaltung aus und trat weit weniger für den Erhalt von historischer Substanz ein, als man es von dem Generalkonservator für Denkmalpflege der DDR erwarten würde.

Das Themenheft der *Deutschen Architektur* zur sozialistischen Umgestaltung gab nicht nur Auskunft über die politischen Leitlinien und theoretischen Rahmenbedingungen, die für die Realisierung der sozialistischen Umgestaltung formuliert und festgelegt wurden, sondern spiegelte zugleich die verschiedenen Facetten und Standpunkte wider, die von unterschiedlichen Akteuren und Institutionen innerhalb der DDR vertreten wurden. So zeigen die Beiträge der Vertreter der Deutschen Bauakademie, dass denkmalpflegerische Aspekte für sie bei der sozialistischen Umgestaltung keine Rolle spielten. Eine Ausnahme bildete lediglich die Klassifizierung der Altbauwohngebiete. Doch auch hier waren es vorrangig politisch-ideologische und ökonomische Zielstellungen, die das

250 Ebd.

251 Ebd.

252 Ebd., S. 465.

253 Ebd.

254 Ebd.

255 Vgl. ebd.

Vorgehen bestimmten, gleichwohl insbesondere Weigel bemüht war, Kontinuitäten aufzuzeigen, die die sozialistische Umgestaltung in eine direkte Verbindung zum Wiederaufbau der zerstörten Städte und zu den *Sechzehn Grundsätzen* stellten. Kwasnitza versuchte hingegen, die länderspezifischen Unterschiede und Bedingungen aufzuzeigen, die eine ideologisch einheitliche Vorgehensweise ebenso wenig möglich werden ließen wie eine gemeinsame architektonisch-städtebauliche Lösung zur sozialistischen Umgestaltung über die Ländergrenzen hinweg. Im Gegensatz dazu führten die Vertreter der Hochschulen aus, dass zur Realisierung einer sozialistischen Umgestaltung der Städte und Dörfer Interdisziplinarität zwingend notwendig sei. Sie betonten diesbezüglich nicht nur die Verbindung zur Denkmalpflege, sondern auch den Austausch und die Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege und mit den jeweiligen örtlichen Organen. Besonders kritisch äußerten sich Klemm und Räder, die einerseits den Erhalt von historischer Substanz und lediglich eine moderate Umgestaltung forderten und andererseits die bisherige Zusammenarbeit mit den staatlichen Akteuren und Organen kritisierten.

Deutlich treten hier die Unterschiede zwischen den Angehörigen des Bausektors, die möglichst effizient und ökonomisch agieren sollten, und den Hochschulvertretern zu Tage, deren Arbeitsweise von Idealen geprägt war, die aber dennoch bemüht waren, möglichst viel Einfluss auf die tatsächliche Baupraxis zu gewinnen.

Abstimmung innerhalb des RGW

Anders als es das Themenheft der *Deutschen Architektur* zur sozialistischen Umgestaltung suggeriert, war die Expertentagung in Weimar in einen deutlich größeren transnationalen Zusammenhang und Austausch innerhalb der Akteure der sozialistischen Staatengemeinschaft eingebunden. Als „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ war die Konferenz ein Teilergebnis der Sektion „Gebietsplanung und Städtebau“ der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW und damit keine DDR-interne Angelegenheit.

Unter dem Dach des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe als oberstem ständigem Organ existierten verschiedene Ständige Kommissionen zu diversen Sachgebieten. Hierzu zählte auch die Ständige Kommission Bauwesen, die sich unter anderem mit der sozialistischen Umgestaltung in den sozialistischen Ländern beschäftigte. Dabei war die sozialistische Umgestaltung nicht nur aufgrund wirtschaftlicher Aspekte für die RGW-Staaten von Interesse, sondern auch im Hinblick auf die ideologische Ausrichtung des Umgestaltungsprozesses. Auch Doehler hatte im Vorwort seiner Dissertation die Verpflichtung der DDR zur weiteren Erforschung der Thematik aufgrund ihrer internationalen Tragweite betont und auf weitere Forschungsarbeiten verwiesen, die insbesondere vom Institut für Städtebau und Architektur der Deutschen Bauakademie vorangetrieben und betreut wurden.

Innerhalb der Ständigen Kommission Bauwesen des RGW existierte die Arbeitsgruppe „Sozialistische Umgestaltung der bestehenden Städte unter Berücksichtigung ihrer alten Wohngebiete“, die sich aus Bonitz, Deiters, Kwasnitza, Lorenz, Räder, Schwarzbusch²⁵⁶ und Weigel zusammensetzte. Die Gruppe bereitete neben der Expertentagung in Weimar auch eine die Veranstaltung begleitende Ausstellung sowie das Themenheft der *Deutschen Architektur* vor. Im Zuge der Tagungsvorbereitung redigierte sie im Februar 1963 einen Gesamtbericht²⁵⁷ zur sozialistischen Umgestaltung der Städte im Vergleich mit Bulgarien, Polen, Ungarn und der ČSSR. Hierfür lagen der Arbeitsgruppe einzelne Berichte aus den Ländern vor, die sich unterschiedlichen Aspekten der sozialistischen Umgestaltung widmeten. Im Folgenden sollen der deutsche Bericht („Einbeziehung der Baudenkmale und der Denkmale der Stadtbaukunst in die Umgestaltung der Städte“²⁵⁸) sowie der polnische Beitrag („Problem der Rekonstruktion und Modernisierung der polnischen Städte“²⁵⁹) im Hinblick auf die Bedeutung der Denkmale, der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes einerseits und dem Begriff der Rekonstruktion andererseits im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung analysiert und erläutert werden.

Der deutsche Bericht zur „Einbeziehung der Baudenkmale und der Denkmale der Stadtbaukunst in die Umgestaltung der Städte“ sollte zunächst unter dem Titel „Die besonderen Probleme der Umgestaltung bzw. Erhaltung historisch wertvoller Stadtensembles“ im Gesamtbericht veröffentlicht werden.²⁶⁰ Die beiden Titel lassen auf eine veränderte thematische Ausrichtung schließen. Während die Arbeitsgruppe zunächst den Erhalt ganzer historischer Stadtensembles hat betrachten wollen, sollte der Fokus der zweiten Fassung auf Einzeldenkmale innerhalb einer umgestalteten Stadt gerichtet werden. Auf den ersten Blick wirkt diese Veränderung der Überschrift durchaus fundamental. Tatsächlich aber spiegeln die beiden Titel die zwei Kategorien wider, zwischen denen aus Sicht der Arbeitsgruppe die historische Substanz der Städte unterschieden werden sollte. So gab es, dem Bericht folgend, „a) Städte, in denen im historischen Kern der relativ geschlossene Bestand an kulturhistorischen wertvollen Bauten (Baudenkmalen) das

256 Zu Schwarzbusch konnten keine weiteren Personendaten ermittelt werden.

257 Deutsche Bauakademie zu Berlin (Hrsg.): Die Umgestaltung der einzelnen Elemente der Stadt. Auszug aus dem Gesamtbericht der Mitgliedsländer des RGW über „Die sozialistische Rekonstruktion der bestehenden Städte unter besonderer Berücksichtigung der Umgestaltung ihrer alten Wohngebiete“. Arbeitsmaterial für die 9. Plenartagung 1963, Berlin 1963.

258 BLDAM, L 3/7, Länderberichte für RGW-Konferenz zur Rekonstruktion der Städte der ČSSR, Ungarn, Polen, Bulgarien, Länderbericht der DDR.

259 BLDAM, L 3/7, Länderberichte für RGW-Konferenz zur Rekonstruktion der Städte der ČSSR, Ungarn, Polen, Bulgarien, Länderbericht der Volksrepublik Polen.

260 Vgl. BLDAM, L 3/7, Länderbericht und korrigiertes Typoskript der DDR, o. Pag.

Bild der Straßen und Plätze bestimmt“ und zudem „b) Städte, in denen sich nur charakteristische Eigenheiten des historischen räumlichen Aufbaus, der Stadtgrundriß, Wesentliches in der Stadtsilhouette, Bezüge zu natürlichen Gegebenheiten, begrenzte Straßen und Platzräume oder kleinere Ensembles denkmalwerter Bauten und einzelne Denkmale erhalten haben oder erhalten lassen“.²⁶¹ Während es sich bei Städten der Kategorie a nur um Kleinstädte handeln konnte, die sich „im Kapitalismus nicht wesentlich weiterentwickelt haben“, waren Städte der Kategorie b durch „die kapitalistische Citybildung“ stark verändert worden.²⁶²

Der Kategorisierung folgend sollten auch die weiteren Planungen im Umgang mit den Städten im Rahmen der sozialistischen Umgestaltung auf zwei verschiedenen Wegen weiterverfolgt werden: Die „Denkmalstädte“ der Kategorie a sollten in ihrer „Gesamtheit der historischen Bauten an Straßen und Plätzen“ erhalten und restauriert werden. Während in den Städten der Kategorie b „[d]ie historischen Ensembles und Einzeldenkmale [...] klar in die neue Ordnung der Gesamtbebauung“ integriert werden und „sich neue Bauten in der Umgebung wertvoller Baudenkmale maßstäblich unterordnen“ sollten.²⁶³ Der entscheidende Unterschied zwischen den Städten der beiden Kategorien bestand nicht allein im Erhaltungszustand ganzer historischer Ensembles oder Stadtanlagen, sondern vielmehr darin, dass die sogenannten „Denkmalstädte“ als „Reservationen“ dienen sollten.²⁶⁴ Die Verwendung des Begriffs Reservation lässt darauf schließen, dass diese Städte als Schutzzonen gelten sollten, um einen bestimmten städtebaulichen Zustand zu erhalten und zu konservieren. Ein Zustand, der so in der restlichen Republik nur selten – da nicht dem technologischen Fortschritt und den Entwicklungen des Sozialismus bzw. Kommunismus entsprechend – vorzufinden sei. Während der erstgewählte Titel deutlich fundamentaler nach dem möglichen Erhalt und der (notwendigen) Umgestaltung von Denkmalen innerhalb der sozialistischen Umgestaltung der Städte gefragt hat, dies jedoch in seinen Ausführungen nicht beinhaltete und nicht erfüllte, bezog sich die zweite Titelfassung auf die Art und Weise der Einbeziehung und auf die Nutzungsmöglichkeiten der Denkmale; diese bildeten dann tatsächlich auch den Schwerpunkt der weiteren Ausführungen. Die Problematisierung der Städteumgestaltung aus denkmalpflegerischer Sicht blieb damit weitestgehend außen vor. Eingefordert wurde lediglich der intensivere Austausch mit den anderen RGW-Staaten im Umgang mit ihren jeweiligen Denkmalbeständen.

261 Vgl. BLDAM, L 3/7, Länderbericht der DDR, o. Pag.

262 Vgl. ebd.

263 Vgl. ebd.

264 Vgl. ebd.

Der polnische Beitrag behandelte anhand von 16 Punkten das „Problem der Rekonstruktion und Modernisierung der polnischen Städte“²⁶⁵ und widmete sich damit, oberflächlich betrachtet, zunächst weniger den Aspekten von Denkmalpflege und Denkmalschutz. Anders als der deutsche Beitrag verzichteten die Vertreter der polnischen Arbeitsgruppe auf eine grundlegende Kategorisierung der Städte. Stattdessen versuchten sie, die Vielfalt der Vorgehensweisen im Umgang mit Städten, die wiederaufgebaut, umgestaltet und/oder erweitert werden sollten, darzulegen. Ausgehend von der Feststellung, dass jede Stadt „ein lebender Organismus“ sei (Punkt 1) und sich daher unablässig weiterentwickle und verändere, müsse das Ziel, „die Befriedigung der stetig wachsenden gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedürfnisse“ sein.²⁶⁶ Sowohl der artikulierte Fortschrittsoptimismus als auch die Forderung nach einer Anpassung der Lebenswelt an die Bedürfnisse der Menschen entsprachen den Grundforderungen der sozialistischen Umgestaltung, wie sie auch in der DDR verlangt und im Themenheft der *Deutschen Architektur* zusammengestellt publiziert waren.

Anders als beim deutschen Beitrag innerhalb des RGW-Berichts waren die kapitalistischen Entwicklungen der Vergangenheit sowie der bestehende Systemgegensatz zwischen der sozialistischen Staatengemeinschaft und dem westeuropäischen Ausland bei der polnischen Delegation nicht von Bedeutung. Viel wesentlicher als die Überwindung der „kapitalistischen Citybildung“ war das Thema des Wiederaufbaus nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs (Punkt 2). Wiederaufbau, Umgestaltung, Rekonstruktion und Stadterweiterung standen für die polnischen Fachleute in direktem Bezug zueinander. Dementsprechend waren für sie auch verschiedene Lösungsansätze und -wege denkbar, die von einer vollständigen Rekonstruktion bis zur Versetzung der Stadt an einen anderen Ort reichten und sehr differenziert betrachtet werden sollten. Dabei war die „Rekonstruktion“ (Punkt 3) nur eine Möglichkeit zur Anpassung an die Erfordernisse einer sozialistischen Stadt. Denn auch Stadterweiterungen (Punkt 4) und eine planmäßige Organisation der Städte (Punkt 5) waren denkbar. Die Schwerpunkte der Ausführungen lagen jedoch auf dem Thema Rekonstruktion und auf der Art des Umgangs mit historischer Bausubstanz, mit örtlichen Traditionen und mit gesellschaftlichen Bedingungen, die die Bauweise, Gestaltung und Stadtplanung beeinflussten (Punkt 6–16).²⁶⁷ So führte der Bericht aus, dass eine gesellschaftliche Notwendigkeit zur Rekonstruktion bestünde, bei der die Wirtschaftlichkeit nachrangig sei (Punkt 6). Insbesondere in diesem Punkt war die polnische Sicht diametral entgegengesetzt zu den deutschen Leitlinien zur sozialistischen Umgestaltung, besaßen doch in der DDR Wirtschaftlichkeit,

265 BLDAM, L 3/7, Länderbericht der Volksrepublik Polen.

266 Vgl. ebd., o. Pag.

267 Vgl. ebd., o. Pag.

Effizienz und Baukostensenkung durch Typisierung höchste Priorität. Diesbezüglich führte die polnische Delegation aus, dass „[e]ine ‚häßliche‘ Stadt [...] die mit Hilfe wirtschaftlicher Kennziffern schwer bewiesen werden kann, [...] aber unzweifelhaft im Bewußtsein der Bewohner dieser Stadt negativ aufgenommen wird“²⁶⁸, nicht das Ziel einer Umgestaltung sein könne. Für sie war die „Schönheit“ einer Stadt eine „gesellschaftliche Notwendigkeit“, die kein zahlenmäßiges Äquivalent hatte.²⁶⁹ Es überrascht daher nicht, dass der Bericht sein Hauptaugenmerk (in insgesamt sechs von 16 Punkten) auf den verschiedenartigen Umgang mit historischer Bausubstanz und auf den Wiederaufbau zerstörter Städte richtete.

Insbesondere durch die kritische Auswertung bereits umgesetzter städtebaulicher Modelle, etwa am Beispiel von Krakau und Nowa Huta, verdeutlichte die polnische Delegation die Notwendigkeit von Einzelfallentscheidungen und einer differenzierten Vorgehensweise. Denn wenn die Stadterweiterung „ausschließlich die territoriale Ausdehnung und den Neubau auf neuem Gelände“²⁷⁰ meine, würden die Gegensätze zwischen den Altstädten und den neuen Arealen nur vergrößert, wie es bereits bei Nowa Huta der Fall sei (Punkt 7). Um dies zu verhindern und bessere Lösungswege zu finden, solle zwischen Maximal- und Minimalrekonstruktion unterschieden werden (Punkt 8), wobei diese Entscheidung von den Gesamtentwicklungsplänen und der „Nutzung der bestehenden Objekte“ abhängig wäre (Punkt 9).²⁷¹ Zusätzlich unterschied die polnische Delegation zwischen „komplexer (vollständiger) Rekonstruktion“ (Punkt 10) und „Teilrekonstruktionen“ (Punkt 11), die nicht zwangsläufig mit der Maximal- oder Minimalrekonstruktion in Bezug stünden.²⁷² Mit den in Punkt 8 dargelegten Rekonstruktionskonzepten wurden vor allem Modernisierungskonzepte formuliert. Die komplexe Rekonstruktion und die Teilrekonstruktion hingegen meinten den tatsächlichen Wiederaufbau zerstörter Baukörper, die unter Umständen auch mit Modernisierungen einhergehen konnten. Während unter Maximal- und Minimalrekonstruktion der Bezug zur sozialistischen Umgestaltung durch Instandsetzung, Modernisierung und Neubau subsumiert wurde, waren die komplexe Rekonstruktion und die Teilrekonstruktion Konzepte, denen der denkmalpflegerische Rekonstruktionsbegriff zugrunde lag.

Die Ausführungen zur komplexen Rekonstruktion verdeutlichen, dass die Delegation diese Vorgehensweise als polnischen Weg verstand, der sich auf den Wiederaufbauwillen des eigenen Volkes bezog: „Der komplexe Wiederaufbau der historischen Stadtteile, die Rekonstruktion ihrer früheren Schönheit waren unmittelbar nach dem Kriege eine notwendige politische Tat, die davon zeugt, daß

268 Ebd., o. Pag.

269 Vgl. ebd., o. Pag.

270 Ebd., o. Pag.

271 Vgl. ebd., o. Pag.

272 Vgl. ebd., o. Pag.

die von den Okkupanten zerstörten Denkmäler der nationalen Kultur dem Volk aufs neue zurückgegeben werden.²⁷³

Im Vergleich zu den Ausführungen bezüglich der Teilrekonstruktion einer Stadt, bei der vor allem „traditionelle Entwicklungstendenzen“²⁷⁴ erhalten bleiben sollten, wird deutlich, dass die komplexe Rekonstruktion nicht als weiterhin durchführbare Vorgehensweise, sondern als abgeschlossene Aufbauperiode der direkten Nachkriegszeit verstanden werden sollte, die mit einer expliziten ideologischen Konnotation verbunden war. Die Teilrekonstruktion blieb als denkmalpflegerische Verfahrensweise aber weiterhin anwendbar.

Die erfolgreiche Realisierung dieser Maßnahmen war aus polnischer Sicht durch eine – unverzichtbare – detaillierte Planung gewährleistet, bei der „nur ein Projektant daran gearbeitet [hat][...] und ein Hauptkoordinator für die Ausführung des ganzen Programms verantwortlich war“ (Punkt 12). Entsprechende Bedeutung maß man der jeweiligen Planung der Rekonstruktionsetappen und den damit verbundenen Investitionen und Zeitplänen zu (Punkt 13 und 14). So müsse der Rekonstruktionsplan so ausgearbeitet werden, dass für die Bevölkerung „das tägliche Leben nicht gestört, sondern erleichtert wird“ (Punkt 15). Abschließend versuchte der Bericht die zuvor ausgeführten 15 Punkte am Beispiel von Lodz zu veranschaulichen, da es „sowohl die Probleme einer sehr schwierigen, schrittweisen und langwierigen Rekonstruktion des Stadtzentrums in sich birgt, als auch die Probleme der weniger schwierigen Rekonstruktionen der Wohngebiete am Stadtrand [illustriert]“²⁷⁵ (Punkt 16).

Der Terminus komplexe Rekonstruktion meinte in den 1960er Jahren in allen sozialistischen Ländern eine grundlegende städtebauliche Veränderung, auch wenn der Rekonstruktionsbegriff selbst durchaus unterschiedlich ausgedeutet wurde. Denkmalpflege und Denkmalschutz waren dabei häufig lediglich in kulturideologischer Hinsicht von Bedeutung.

Die beiden untersuchten Beiträge aus dem Gesamtbericht verdeutlichen ebenso wie die Artikel aus dem Themenheft der *Deutschen Architektur*, dass sehr unterschiedliche Sichtweisen auf das Thema der sozialistischen Umgestaltung existierten, insbesondere im Hinblick auf die denkmalpflegerischen Zielsetzungen. In den verschiedenen sozialistischen Ländern waren zudem die Ausgangsvoraussetzungen für die Umgestaltung sehr unterschiedlich. Eine einheitliche gemeinsame Linie wird daher nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner erkennbar, der sich unter Modernisierung und Anpassung der Wohnverhältnisse an bestehenden Lebensbedingungen subsumieren lässt. Dabei waren denkmalpflegerische

273 Ebd., o. Pag.

274 Ebd., o. Pag.

275 Ebd., o. Pag.

Leitlinien von untergeordneter Bedeutung. Allerdings verdeutlichte der polnische Beitrag in besonderem Maße die gesellschaftliche Tragweite der Umgestaltung, die zumindest in der Volksrepublik Polen den städtebaulichen Maßnahmen zukam, weshalb Denkmale und historische Bausubstanz integriert, geschützt und/oder rekonstruiert werden sollten.

Aus dem Beitrag von Ludwig Deiters in der *Deutschen Architektur* wird hingegen deutlich, dass für die Denkmale in der DDR Nutzungskonzepte entwickelt und Funktionen gefunden werden sollten, die von der historischen Substanz erfüllt werden konnten. Denkmale besaßen bei dieser Betrachtungsweise nicht per se eine gesellschaftliche Bedeutung, sondern hatten sich dem Fortschritt an- bzw. einzupassen oder mussten einen bestimmten Zweck innerhalb der sich weiterentwickelnden Gesellschaft finden und erfüllen. Dies überrascht, da es eine schwache Position der Denkmalpflege gegenüber dem Bauwesen erkennen lässt, die sich in Deiters sonstigen Ausführungen nicht finden lässt.

Ludwig Deiters auf der Suche nach einer Strategie

Ludwig Deiters versuchte als Generalkonservator des Instituts für Denkmalpflege der DDR die sozialistische Umgestaltung mitzugestalten und Einzeldenkmale ebenso wie historische Stadtstrukturen zu schützen. Da jedoch die Diskussionen in der DDR und auch innerhalb des RGW vorrangig im Bereich des Bauwesens geführt wurden, war die Ausgangslage für eine sozialistische Umgestaltung bei gleichzeitiger Wahrung denkmalpflegerischer Belange schwierig. Die Interessen des Bauwesens und dabei insbesondere die angestrebte komplexe Rekonstruktion, waren nur schwer mit den Zielen der Denkmalpflege vereinbar.

1966 sprach sich Deiters deutlich stärker für die „Berücksichtigung der kulturhistorischen Werte“²⁷⁶ aus als noch in seinem Beitrag im Themenheft der *Deutschen Architektur* drei Jahre zuvor: „Die Pflege der Denkmale, ihre Einbeziehung in das kulturelle Leben der Gesellschaft und in die sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer und damit ihre Erhaltung für die Zukunft ist [...] eine nationale Pflicht.“²⁷⁷ Während er 1963 die Notwendigkeit des Erhalts aufgrund des dokumentarischen und künstlerischen Wertes erläuterte, appellierte Deiters 1966 regelrecht an das Pflichtgefühl jedes Einzelnen, indem er die Denkmale der DDR als „Bestandteil der Weltkultur und Besichtigungsziel einer wachsenden Anzahl von Touristen aus vielen Ländern“²⁷⁸ beschrieb. Offensichtlich war sich Deiters

276 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Berücksichtigung der kulturhistorischen Werte bei der Erhaltung der Altsubstanz und bei der sozialistischen Umgestaltung der Städte und Dörfer, 13.10.1966. Im Vergleich dazu: Ludwig Deiters: Denkmalpflege bei der Umgestaltung der Städte, S. 464-465, in: Deutsche Architektur (1963), H. 8.

277 Ebd.

278 Ebd.

darüber im Klaren, dass eine rein intrinsische Motivation nicht zu einer verstärkten Rücksichtnahme auf den Denkmalbestand führen würde, dass aber die Furcht vor dem Verlust des Ansehens der DDR und der Wunsch nach internationaler Anerkennung durchaus als Argument nützen könnten. Zudem führte Deiters aus, dass man nur Denkmale schützen könne, die man bereits als Denkmale erfasst und in einem solchen Sinne erkannt habe. Der Stand der Erfassungsarbeit in der DDR sei jedoch, aufgrund von fehlenden Mitarbeitern und zu wenigen ehrenamtlichen Denkmalpflegern, nach wie vor unzureichend, sodass die Gefahr bestünde, eine Vielzahl potenzieller Denkmale nicht in die Umgestaltungsmaßnahmen und städtebaulichen Planungen einbeziehen zu können.

In seiner Dissertation, die Deiters 1966 an der TU Dresden abschloss, untersuchte er die „Rekonstruktion der historischen Kerne in märkischen Kleinstädten“²⁷⁹ am Beispiel von Jüterbog, Bernau, Angermünde und Gransee. Ziel der Arbeit war es, festzustellen, „welche baugeschichtlichen Besonderheiten deren Stadtkerne noch heute zeigen, wie der Stadtaufbau und die Bauten zu bewerten sind und wie die historischen Werte bei der Rekonstruktion der Städte berücksichtigt werden können“²⁸⁰. Den Begriff der Rekonstruktion definierte Deiters dabei jedoch nicht. Der Abschnitt zur „Rekonstruktion“ (Kapitel 3 der Dissertation) setzte sich nicht mit denkmalpflegerischen Aspekten auseinander, sondern fragte nach der „Rolle der Städte“²⁸¹ im Hinblick auf ihre dienstleistenden Funktionen. Allerdings setzte sich Deiters im Verlauf des dritten Kapitels mit der „Brauchbarkeit der historischen Stadtform“ und der „Gestaltung der Bauten und Freiflächen im Verhältnis zur historischen Substanz“ auseinander.²⁸² In seinen Schlussfolgerungen sprach sich Deiters für den Denkmalwert der Stadtkerne der von ihm untersuchten Orte aus, da sie „dokumentarischen und künstlerischen Wert“²⁸³ besäßen. Da aber „die Masse der heutigen Bausubstanz nicht erhaltbar“ sei, plädierte er für den Erhalt des Stadtgrundrisses sowie für die Integration der „einzelnen wertvollen Baudenkmale“ in die neue Bebauung; diese würde dennoch eine Funktionstrennung im Sinne der sozialistischen Umgestaltung ermöglichen.²⁸⁴ Der Denkmalpflege sprach er dabei die Aufgabe zu, „die spezielle Bedeutung der einzelnen historischen Städte als Denkmale festzustellen und zu bewerten“²⁸⁵. Seiner Ansicht

279 Ludwig Deiters: Untersuchungen zur Rekonstruktion der historischen Kerne in märkischen Kleinstädten. Dissertationsschrift (TU Dresden, eingereicht am 19.01.1966, Promotionsdatum: 04.02.1967), Dresden 1967.

280 Ebd., Vorwort ohne Seitenangabe.

281 Ebd., S. 41–44.

282 Vgl. ebd., S. 66–74.

283 Ebd., S. 113.

284 Vgl. ebd.

285 Ebd.

nach sollte die Bewertung durch die Aufstellung von zwei Kategorien erfolgen. Die erste Kategorie sollte Denkmale des Städtebaus umfassen, die zugleich mit dem dichten Bestand an Baudenkmalen erhalten werden sollten, wohingegen in der zweiten Kategorie Denkmale des Städtebaus zu erfassen wären, die als eine Art Richtwert für den Grundrisserhalt und für den Erhalt des historischen Maßstabs bei der Neubebauung dienen sollten.²⁸⁶

Das Ergebnis dieser Dissertation stellt somit bereits den Versuch einer Kompromissfindung zwischen sozialistischer Umgestaltung und denkmalpflegerischen Intentionen dar. Diese versuchte Ludwig Deiters auch in den folgenden Jahren und innerhalb der Diskussionen um die sozialistische Umgestaltung zahlreicher DDR-Städte immer wieder einzufordern. Unterstützung wünschte sich Deiters mehrfach vor allem von der Deutschen Bauakademie (DBA), die in der Erarbeitung von Grundlagen für den Umgebungsschutz städtebaulicher Denkmale ebenso wirksam werden könne.²⁸⁷ In der Verbindung zur Bauakademie erhoffte sich Deiters einen inhaltlichen Austausch zwischen den Institutionen IfD und DBA hinsichtlich der Forschungsarbeit zur sozialistischen Umgestaltung, der tatsächlichen Baupraxis in der DDR und darüber hinaus einer Brücke zum Bauwesen; unterstand das IfD doch dem Ministerium für Kultur und die Bauakademie dem Ministerium für Bauwesen. Deiters versuchte, sich und die Denkmalpflege stärker im Bereich des Bauwesens zu positionieren und mit verschiedenen Akteuren und Institutionen in Kontakt zu treten.

1971 bildete sich im Rahmen des Bundes Deutscher Architekten der DDR (BdA) eine Zentrale Fachgruppe (ZFG) Rekonstruktion, die aus der ZFG Denkmalpflege hervorging. Hierdurch konnten die bis dato stattfindenden Diskussionen verstetigt werden und zugleich wurde, durch den Bezug zum BdA, eine verstärkte Einbindung in den Diskurs um die sozialistische Umgestaltung innerhalb des Bauwesens ermöglicht. Die ZFG Denkmalpflege war erst kurz zuvor auf dem V. Bundeskongress des BdA auf Vorschlag des BdA-Präsidenten gegründet worden. Ludwig Deiters beschrieb in seinem Diskussionsbeitrag²⁸⁸ für den VI. Bundeskongress (ebenfalls 1971), dass sich in der Folge eine Gruppe „aus Kollegen, die Erfahrung in der Arbeit an historischen Stadtkernen und Baudenkmalen haben, zusammengefunden“²⁸⁹ habe. Gleich zu Beginn führte Deiters aus, dass sich die Bildung einer ZFG Denkmalpflege überholt habe, da „[i]m Zusammenhang mit der sozialistischen Umweltgestaltung [...] im zurückliegenden Zeitraum neue Aufgaben zur Erhaltung und Aneignung historischer Werte an den Konzentra-

286 Vgl. ebd., S. 117.

287 Vgl. IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Altbauten und sozialistische Umgestaltung. Diskussionsbeitrag für den VI. Bundeskongress des BdA/März 1971, S. 7.

288 Ebd., S. 1.

289 Ebd.

tionspunkten des gesellschaftlichen Lebens gestellt“²⁹⁰ hätten. Dass weder er noch die Mitglieder der ZFG Denkmalpflege mit dieser Sichtweise alleinstünden, verdeutlichte Deiters, indem er auf Aussagen des BdA-Präsidenten sowie Walter Ulbrichts Bezug nahm und diese entsprechend ausdeutete.²⁹¹ Die Gründung der ZFG Rekonstruktion entsprach damit den politisch geforderten Entwicklungen, bedeutete zugleich aber eine Schwächung der Denkmalpfleger innerhalb des BdA. Die Abwicklung bzw. Überführung der ZFG Denkmalpflege in die ZFG Rekonstruktion führte in letzter Konsequenz zu einer geringeren Sichtbarkeit der Denkmalpfleger, da diese nun über keine offizielle Interessenvertretung innerhalb des BdA mehr verfügten. Im weiteren Verlauf seines Beitrags legte Deiters anhand von drei Thesen dar, inwiefern Denkmale in die Umgestaltungsprozesse eingebunden werden sollten und die Erhaltung und Nutzung von Altbauten aus ideologischen und ökonomischen Aspekten zu erfolgen habe. Im Sinne dieser Argumentationslinie schloss Deiters seinen Beitrag mit der „Anregung“²⁹² zur Gründung einer ZFG Rekonstruktion ab, deren Tätigkeitsfeld er beschrieb und was er zugleich mit konkreten Maßnahmen den Mitgliedern auf dem Bundeskongress zur Diskussion stellte. Darüber hinaus nutzte er die Gelegenheit zu mahnenden Worten an die Architektenschaft:

„Alle die Kollegen, deren ganze Tätigkeit auf den Neubau gerichtet ist, sollten doch nicht vergessen, daß spätestens mit der Schlüsselübergabe der Prozeß der Werterhaltung, der Reparatur und der Anpassung an die sich verändernde Nutzung ihrer Bauten beginnt. Sie sollten daran bei der Projektierung denken, ihr Ohr und ihr Herz für Fragen der Gebäudeerhaltung und schließlich auch der Denkmalpflege offenhalten. Auch sie wollen, daß ihre Bauten mit Respekt behandelt werden.“²⁹³

290 Ebd.

291 So hatte der BdA-Präsident, laut den Ausführungen von Deiters, am Jahresanfang 1968 von der „Nutzung der spezifischen Eigenheiten und Traditionen“ für die Gestaltung unverwechselbarer städtebaulicher Ensembles gesprochen. Walter Ulbricht hatte in seinem Referat beim 9. Tagung des ZK vom 22. bis 25. Oktober 1968 die DDR „die Heimstatt der besten humanistischen Traditionen des deutschen Volkes“ genannt und es für notwendig erklärt, „[...] daß wir mit der Entwicklung unserer sozialistischen Nationalkultur die großen Traditionen des humanistischen Erbes sorgsam bewahren und für die heutigen Menschen richtig interpretieren und erschließen“. Vgl. Walter Ulbricht: Die weitere Gestaltung des gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, Referat auf der 9. Tagung des ZK der SED vom 22. bis 25. Oktober 1968, Berlin 1968.

292 Deiters verwendete selbst die Formulierung „Anregung“. Letztlich war es jedoch eher eine vehemente Forderung, die Deiters aus den gegebenen Umständen innerhalb des Bauwesens und der politischen Leitlinien ableiten konnte.

293 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Altbauten und sozialistische Umgestaltung. Diskussionsbeitrag für den VI. Bundeskongress des BdA/März 1971, S. 7.

Das Zitat drückt nicht zuletzt aus, welche Tragweite Deiters der Arbeit der ZFG Rekonstruktion zusprach, denn diese sollte aus einer rein theoretisch reflektierenden Arbeit in die alltägliche Baupraxis hineinreichen. Die Zeitlichkeit, die Deiters an dieser Stelle thematisierte, zeigt aber auch, dass es bei der ZFG Rekonstruktion nicht allein um Denkmale oder um den Denkmalbestand der DDR ging, sondern um den Erhalt von Bausubstanz im Allgemeinen, das Bewahren von Stadtstrukturen sowie um Individualität und Eigenarten von Städten und Dörfern.

Zwei Jahre später (1973) beschrieb Deiters auf dem 6. Seminar der Zentralen Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst“²⁹⁴ des BdA die „Aufgaben der Denkmalpflege bei der sozialistischen Umgestaltung der Altbaugebiete“²⁹⁵. Auch hier begann Deiters seine Ausführungen mit der moralischen Verpflichtung für den Erhalt von Denkmalen, die er von Schinkel kommend ableitete:

„Für uns sind die Worte zu den denkmalpflegerischen Zielen jener Zeit aus dem Munde des Architekten Karl Friedrich Schinkel interessant, der im Jahre 1815 den Verlust verschiedener Denkmale beklagte und in diesem Zusammenhang sagte, ‚wenn jetzt nicht ganz allgemeine und durchgreifende Maßnahmen angewendet werden, so werden wir in kurzer Zeit unheimlich nackt und kahl wie eine neue Kolonie in einem früher nicht bewohnten Lande dastehen.‘“²⁹⁶

Durch den Verweis auf Schinkel zeigte Deiters die kulturellen Wurzeln der Denkmalpflege ebenso wie die historischen Traditionslinien auf, die seitens der DDR-Kulturpolitik gern genutzt wurden, um die DDR als Kulturnation zu definieren und die Entwicklungsschritte der Gesellschaft auf dem Weg zum Sozialismus bzw. Kommunismus nachzuzeichnen und edukativ darzulegen. Der Bezug zu Schinkel sollte belegen, dass die Inhalte und Zielsetzungen der institutionellen Denkmalpflege nicht ignoriert werden dürften, wenn sich die Staatsführung weiterhin als Kulturnation verstanden wissen wollte. Zugleich verwies er auch darauf, dass die Veränderungsbestrebungen im Bereich des Bauwesens stärker mit den Traditionen, auf die man sich wiederholt berief, in Einklang gebracht werden müssten.

294 Die Zentrale Arbeitsgruppe (ZAG) „Architektur und bildende Kunst“ war eine Arbeitsgruppe, die die beiden Fachverbände Bund der Architekten der DDR (BdA) und Verband Bildender Künstler der DDR (VBK) miteinander verband. Geleitet wurde die Arbeitsgruppe jeweils von einem Vertreter des BdA und einem Vertreter des VBK. – Deiters sah für die sozialistische Umgestaltung in der bildenden Kunst wie auch im Erhalt von Denkmalen geeignete Mittel gegen Monotonie und Schematismus bei der Neubebauung.

295 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Aufgaben der Denkmalpflege bei der sozialistischen Umgestaltung der Altbaugebiete, Referat gehalten während des 6. Seminars der Zentralen Arbeitsgruppe „Architektur und bildende Kunst“ des BdA am 15. und 16.11.1973 in Erfurt.

296 Ebd., S. 1.

Im weiteren Verlauf leitete Deiters die Aufgaben der Denkmalpflege bei der sozialistischen Umgestaltung aus politischen Leitlinien ab, die vorrangig auf das 9. Tagung des ZK von 1968 rekurrierten. So verwies der Generalkonservator hinsichtlich der Funktion von Denkmalen zum Erwerb von „Geschichtskennntnisse[n] und [...]von] Geschichtsbewußtsein“²⁹⁷ und bezüglich der Bedeutung von Denkmalen für den Tourismus auf Kurt Hager sowie beim Wert von Denkmalen für die kulturelle Bildung und „für die weitere Entwicklung der Nationalkultur“²⁹⁸ auf Alfred Kurella. Erkennbar wird dabei vor allem die Anpassung an politische und ökonomische Rahmenbedingungen, die zu einer Schwächung denkmalpflegerischer Zielsetzungen führte.

Den Erhalt von Denkmalen betrachtete Deiters für das Bild einer Stadt und für ihre Gestaltung „als ein Mittel gegen Monotonie und Schematismus bei der Neubebauung“²⁹⁹ und verwies an dieser Stelle auf einen Bericht des Politbüros zum 4. Plenum 1968. Um den Erhalt gewährleisten zu können, sah Deiters das Analysieren und Klassifizieren der Denkmale sowie „die richtige Wahl der gesellschaftlichen Nutzung“³⁰⁰ als grundlegende Voraussetzungen. Abermals wird hier deutlich, dass für Deiters die Klassifizierungsarbeit, bei der es vorrangig um eine Inventarisierung des Bestandes ging, die elementarste Aufgabe der Denkmalpflege der DDR war. Nur auf dieser Grundlage konnte seiner Auffassung nach über eine gesellschaftliche Nutzung nachgedacht werden.

Des Weiteren bestünde die Aufgabe der Denkmalpflege darin, so Deiters, „im Zuge der komplexen Instandsetzung richtig zu restaurieren“³⁰¹. Unter der „richtigen“ Restaurierung verstand der Generalkonservator das zum Vorscheinbringen der „historische[n] Aussage und [der] künstlerische[n] Wirkung“³⁰². Deiters kritisierte unter Zuhilfenahme (kultur-)politischer Leitlinien die verstärkte Ökonomisierung und Technisierung im Bauwesen. Gleichzeitig wollte er die Möglichkeiten kommunizieren, die durch die Denkmalpflege innerhalb dieses Umgestaltungsprozesses genutzt werden könnten.

Durch die Verbindung von politischen Entscheidungen und vorgegebenen Leitlinien mit denkmalpflegerischen Zielsetzungen versuchte Deiters in seiner Funktion als Generalkonservator die Tragweite von Denkmalschutz und Denkmalpflege zu betonen und zudem die Denkmalpflege in ihren Bemühungen durch die Kopplung an das Politische in ihrer Durchsetzungskraft zu stärken.

297 Ebd., S. 2–3.

298 Ebd., S. 3.

299 Ebd., S. 4.

300 Ebd.

301 Ebd.

302 Ebd.

Weit weniger ideologisch aufgeladen verhielt sich demgegenüber Deiters' Bericht³⁰³ von 1975 zur Arbeitsweise der ZFG Rekonstruktion bei der Umgestaltung von Altbaugebieten. Lediglich zu Beginn seiner Ausführungen nahm Deiters darin auf die Gründung der ZFG Rekonstruktion im Jahr 1971 Bezug und erläuterte die damalige Aufgabe der Arbeitsgruppe, die im Zeichen des VIII. Parteitages der SED stand. In diesem Sinne sei die Arbeit der Fachgruppe „darauf gerichtet [gewesen], die politische Aufgabenstellung der Rekonstruktion der Bausubstanz zu erläutern [und] auf die Ziele und Probleme aufmerksam zu machen“³⁰⁴. Dabei hätten sich „zwei Arbeitsweisen“ etabliert, die sich an unterschiedliche Zielgruppen wenden würden: einerseits „die Behandlung von Fachfragen mit Beiträgen aus den verschiedensten Teilen der Republik im größeren Kreis“ und andererseits „der Meinungsaustausch über Rekonstruktionsprobleme in ausgewählten Städten in Verbindung mit Vorstandssitzungen“³⁰⁵. Damit war es der Fachgruppe um inhaltlichen überregionalen Austausch sowie um die Diskussion spezifischer Problemfälle vor Ort gegangen. Offenbar hatte sich aber das Interesse an der Arbeit der Gruppe oder zumindest das Verständnis für ihre Forderungen in Grenzen gehalten, denn Deiters resümierte, dass die Gruppe „weiterhin bereit [ist], einen fruchtbaren Meinungsstreit durch Konsultationen, Seminare, Diskussionen am Ort und Publikationen zu unterstützen“. Zugleich forderte Deiters zur „besseren Information und zur Weiterentwicklung“ die Konzeption und Umsetzung einer „Wanderausstellung zum Thema Rekonstruktion von Altbauwohnungen“.³⁰⁶ „Neue Aufgaben erfordern auch von uns eine intensivere Arbeit“³⁰⁷, schrieb Deiters und verdeutlichte damit, dass die bisherigen Aktivitäten nicht zum gewünschten Ziel geführt hätten und man neue Wege finden und gehen müsse. Vor allem wird aus dem Gedanken der Wanderausstellung ersichtlich, dass die Verbindung zur Öffentlichkeit eher schwierig war und die Denkmalpfleger nur schwerlich die jeweiligen Zielsetzungen vermitteln konnten. Die Arbeit der ZFG Rekonstruktion war vorrangig durch die Leitlinien des Bauwesens geprägt und sollte entsprechend der ökonomischen Planungsziele gewährleistet werden. Für kulturpolitische Abstimmungen fehlten sowohl die Zeit als auch das Geld. Auch dies veranschaulicht der Beitrag von Deiters, wenn er auf die Zahlen des Fünfjahrplanes verweist.

Deiters' Aussagen zum Stellenwert sowie zu Funktion und Bedeutung der Denkmalpflege innerhalb der sozialistischen Umgestaltung legen den Drahtseilakt zwischen dem Kultursektor und dem Bauwesen in der DDR offen. Obwohl die

303 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Beitrag der ZFG Rekonstruktion zur Umgestaltung der Altbauwohngebiete vom 08.06.1975.

304 Ebd., S. 1.

305 Ebd.

306 Vgl. ebd., S. 5.

307 Ebd.

Denkmalpflege im Hinblick auf ihre Aufgaben und Tätigkeitsfelder enge Kontakte zum Bauwesen pflegte, war ihr Einfluss gering. Auf unterschiedlichen Wegen und mit verschiedenen Argumentationslinien versuchte Deiters die Beziehung zum Bauwesen zu stärken, um früher in die Diskussion und in die Planungsprozesse einbezogen zu werden.

Obwohl die sozialistische Umgestaltung (und insbesondere die komplexe Rekonstruktion) keine denkmalpflegerischen Ziele verfolgte, versuchten die Denkmalpfleger ebenso wie auch die Architekten an den Hochschulen einen Weg zu finden, die ideologischen und wirtschaftlich getriebenen Umgestaltungspläne mit denkmalpflegerischen Leitlinien und Interessen zu vereinen. Auf der Ebene des RGW hatte der wirtschaftliche Austausch zwischen den Ländern höchste Priorität. Darunter fiel auch ein Dialog über das Bauwesen und die Baupraxis in den jeweiligen sozialistischen Staaten. Der Austausch mit Fachleuten anderer Nationen bedeutete zugleich das Eruiere von Möglichkeiten und Handlungsspielräumen für das Vorgehen im eigenen Land. Nicht zuletzt durch den Vergleich mit der Volksrepublik Polen wird sich Deiters als Generalkonservator für die stärkere Betonung der gesellschaftlichen Bedeutung der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes entschieden haben. Die gepflegten Kontakte zur Deutschen Bauakademie und die Versuche der Institutionalisierung der Diskussionen durch Fachgruppen im BdA (vgl. Kapitel 5.3.2) oder auch innerhalb von ICOMOS (vgl. Kapitel 5.2.2) können als Versuch verstanden werden, denkmalpflegerische Ziele in Diskussionen und Prozesse einzubinden. Dementsprechend variierte auch Deiters seine Argumentationslinie nach jeweiligen gesellschaftlichen, kulturellen, wirtschaftlichen und/oder politischen bzw. außenpolitischen Aspekten, um für den Schutz der Denkmale einzutreten.

Aus den Beiträgen im Themenheft der *Deutschen Architektur* von 1963 anlässlich der „Expertentagung der Länder des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW)“ zum Thema der sozialistischen Umgestaltung ließen sich relativ deutlich gegensätzliche Sichtweisen zwischen den Vertretern der Bauakademie einerseits und den Vertretern der Hochschulen bzw. Universitäten und der Denkmalpflege andererseits feststellen. Dies liegt nicht zuletzt an der Abkehr von der Beachtung und Einbeziehung des vorhandenen Bestandes, wie sie auf der „Ersten Theoretischen Konferenz der Deutschen Bauakademie“³⁰⁸ im Oktober 1960 formuliert worden war, und an der Festlegung, dass nach 1965 die Umgestaltung „durch einen flächigen komplexen Abriss alter Gebäude, vor allem alten Wohngebäudebestandes

308 Deutsche Bauakademie (Hrsg.): Probleme des Städtebaus und der Architektur im Siebenjahrplan. Erste Theoretische Konferenz (= XXV. Plenartagung der Deutschen Bauakademie), Berlin 1960.

und seines Ersatzes durch neue Gebäude[.]“³⁰⁹ umgesetzt werden sollte. Die auf der genannten Konferenz von 1960 formulierten Grundsätze wurden 1965 für die Periode des umfassenden Aufbaus des Sozialismus erneut aktualisiert. Wesentlicher Aspekt wurde darin der Begriff der Rekonstruktion.

Peter Doehler und die Verwirklichung der sozialistischen Umgestaltung

Insbesondere der Architekt Peter Doehler sprach sich deutlich gegen eine Instandhaltung des Altbaubestandes aus. In seiner, oben bereits erwähnten, Dissertation zu den „Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbaubsubstanz von Altbaugebieten insbesondere der Städte über 10.000 Einwohner im Zeitraum 1965–1980“³¹⁰ setzte er sich 1961 intensiv mit der Gegenüberstellung des Kostenaufwandes und des Nutzeffektes von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen an Wohngebäuden auseinander. Dort kritisierte er unter anderem die Auffassung von Stanislaw Sommer, des stellvertretenden Direktors des Staatsinstituts für Rekonstruktion der historischen Städte und Baudenkmäler in Prag, der aus Kostengründungen und im Hinblick auf die historisch wertvolle Substanz für den Erhalt und die Sanierung des Altbaubestandes plädierte. Doehler widersprach, da er zum einen die als niedrig benannten Kostenaufwände für falsch hielt. Zum anderen war er der Überzeugung, dass „[d]er Bauzustand, die Bauweise, die Grundrißgestaltung [...] [, der] sanitäre Ausstattungsgrad der mehr als etwa 80 bis 90 Jahre alten Gebäude [und] vor allem die mit einem Umbau dieser Wohngebäude zu[r] Erreichung einer Neubauqualität verbundenen Kosten, sowie die städtebauliche Situierung und Gestaltung“ den Abriss „im Zeitraum der Generalperspektive bis 1980“ notwendig machen würden.³¹¹ Doehler positionierte sich damit dezidiert gegen die Erhaltung von Altbauwohngebieten. Allerdings tat er dies im Hinblick auf den Kostenaufwand und den Nutzeffekt. Seine Betrachtung berücksichtigte nicht den denkmalgeschützten Bestand an Altbaugebieten oder den denkmalpflegerischen Umgang mit bestehenden Gebäuden, sondern bezog sich stets auf die staatlichen Rahmenbedingungen und planwirtschaftlichen Vorgaben. Diese hinterfragte Doehler in seiner Dissertation nicht, sondern vielmehr versuchte er, Kostenaufwände und Nutzeffekte zu analysieren. Dementsprechend sollten seine Ausführungen, aus heutiger Perspektive, für die denkmalpflegerischen Ziele und Möglichkeiten der 1960er und 1970er Jahre nicht überbewertet werden, gleichwohl Doehler als Direktor des Instituts für Städtebau und

309 Hans-Hartmut Schauer: Historische Altstadt und „sozialistische Umgestaltung“. Städtebauliche Denkmalpflege in Sachsen-Anhalt bis 1990, Halle/Saale 2007, S. 14.

310 Doehler, Peter: Planungsgrundlagen zur sozialistischen Umgestaltung der Wohnbaubsubstanz von Altbaugebieten insbesondere der Städte über 10.000 Einwohner im Zeitraum 1965–1980.

311 Vgl. ebd., S. 95.

Architektur der Bauakademie seine Vorstellungen hat weitertragen können und er auch um deren Umsetzung bemüht war.³¹²

Den theoretischen Überlegungen Doeblers stand eine Wohnungszählung aus den Jahren 1968 bis 1971 entgegen, die offenbarte, dass eine Weiternutzung des Altbauwohnbestandes aus volkswirtschaftlicher Sicht unumgänglich sei.³¹³ Dieses Eingeständnis hatte zur Folge, dass sich Spielräume für denkmalpflegerische Zielsetzungen ergaben, die auch aus Vorträgen von Deiters hervorgingen und sich beispielsweise in der beschriebenen Gründung der ZFG Rekonstruktion im Jahr 1971 niederschlugen.

Denkmalpflege und sozialistische Umgestaltung im Fall Quedlinburg

Die sozialistische Umgestaltung bzw. Rekonstruktion war jedoch nicht nur Bestandteil theoretischer Tagungen, sondern prägte auch die Planungen der Denkmalpfleger sowie die praktische denkmalpflegerische Arbeit. Im Rahmen der Planungen und Aufgabenstellungen für das Jahr 1968 diskutierten die Konservatoren darüber, dass die „denkmalpflegerische Arbeit [...] mit Hilfe von Spezialbetrieben rationeller gestaltet werden“ müsse und dass als Voraussetzung hierfür Denkmalpflege und Denkmalschutz „in die sozialistische Planung einbezogen werden und Berücksichtigung in den Generalbebauungsplänen finden“ müssen.³¹⁴ Auch wenn an dieser Stelle weder die sozialistische Umgestaltung noch die sozialistische Rekonstruktion explizit genannt werden, so wird dennoch durch den Verweis auf die Generalbebauungspläne die Verbindung zu geplanten sozialistischen Umgestaltungen deutlich. Die Denkmalpfleger des Instituts für Denkmalpflege wollten zur „Verbesserung der Arbeit auf dem Gebiet der Denkmalpflege“³¹⁵ stärker als bisher in die Planungsprozesse des Bauwesens und Städtebaus einbezogen werden, um rechtzeitig für den Erhalt von Denkmalen und Altbausubstanz eintreten zu können.

312 Sowohl bei Sandra Keltsch: Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege in der DDR zwischen 1970 und 1990. Dargestellt an der Entwicklung von Denkmalstädten in Sachsen-Anhalt, Leipzig 2012, S. 19–21 als auch bei Florian Urban: The Invention of the Historic City. Building the Past in East Berlin 1970–1990, Berlin 2006, S. 77–79 wird Doeblers Dissertation ein massiver Stellenwert für die sozialistische Umgestaltung zugesprochen. Insbesondere im Hinblick auf die Denkmalpflege wird gern auf Doebler verwiesen, um zu verdeutlichen, dass Denkmalpflege und Denkmalschutz bei der sozialistischen Umgestaltung keine Rolle gespielt hätten.

313 Sandra Keltsch: Stadterneuerung und städtebauliche Denkmalpflege in der DDR zwischen 1970 und 1990, S. 25–26; Wolfgang Junker: Das Wohnungsbauprogramm der Deutschen Demokratischen Republik für die Jahre 1976–1990, Berlin 1973; Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau (Hrsg.): Städtebau. Grundsätze, Methoden, Beispiele, Richtwerte, Berlin 1979.

314 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 19.12.1967, S. 1.

315 Ebd.

Wie dies konkret aussehen konnte, besprachen die Konservatoren am 10. September 1968 am Beispiel der Rekonstruktion des historischen Stadtzentrums von Quedlinburg. Vorgesehen war hierfür eine umfassende Einbeziehung des IfD. Im Vorfeld sollten Vorbereitungsarbeiten erfolgen, Pläne zur städtebaulichen Konzeption und zur Stadtkomposition erstellt, die Herstellung von Rekonstruktions- und Neubautypen einschließlich einer Kostenschätzung analysiert sowie die Entwicklung von Typen zur Baulückenschließung vorangetrieben werden. Für die konkrete Planung dieses komplexen Vorhabens sollte vorab eine „Aussprache zwischen dem Generalkonservator, dem Vorsitzenden des Rates des Kreises, dem Bürgermeister und dem Direktor des Büros für Städtebau und Architektur sowie deren unmittelbare[n] Mitarbeiter[n]“³¹⁶ stattfinden.

Die Stadt Quedlinburg beschäftigte die Denkmalpfleger bereits seit den 1950er Jahren. Ein Entwurf zu „Richtlinien für die städtebauliche Einordnung von Bau-, Kultur- und Naturdenkmälern in das Stadt- und Dorfbild“³¹⁷ sah 1956 vor, dass die Grundlagen zur Erfassung und Einordnung der Bau-, Kultur- und Naturdenkmale gemeinsam vereinbart würden, und zwar zwischen folgenden Beteiligten: den Abteilungen „Aufbau“ der Räte der Städte und Kreise in Verbindung mit den Räten der Bezirke, den Hauptarchitekten bei den Räten oder den Chefarchitekten bei den Aufbaustädten sowie dem IfD in Zusammenarbeit mit den Staatlichen Entwurfsbüros der Stadt- und Dorfplanung. Die hohe Zahl der Akteure spiegelt wider, dass früh erkannt worden ist, um welche Komplexität es sich bei der Einbeziehung des Denkmalbestandes in weitere städtebauliche Maßnahmen handelte, und verdeutlicht das Bestreben, städtebauliche und denkmalpflegerische Zielsetzungen zu vereinen. Im Entwurf wurde des Weiteren vorgesehen, dass für Quedlinburg, für den Stadtkern von Erfurt sowie für Bautzen, Görlitz, Freiberg und Meißen „Schutzbereiche im Sinne der Denkmalschutzverordnung [...] durch die Räte der Bezirke und Kreise im Einvernehmen mit dem Institut für Denkmalpflege“³¹⁸ festgelegt werden sollten.

Doch erst 1967 konnten die Planungen für Quedlinburg durch eine Grundsatzdirektive des Rates des Kreises „über die sozialistische Umgestaltung und Neuplanung der Stadt Quedlinburg“³¹⁹ fortgeführt werden. Die Aufstellung zweier Varianten „für die Rekonstruktion der historischen Stadtkerne von Quedlinburg“ führte zunächst jedoch wieder zu keiner Einigung. Dennoch bewerteten die Kon-

316 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 10.09.1968, S. 5.

317 BArch, DH 1/39056, Entwurfsfassung vom 29.02.1956.

318 Ebd.

319 Helmut Stelzer: Probleme zur städtebaulichen Rekonstruktion der Altstadt von Quedlinburg unter Berücksichtigung ihrer Bedeutung als Denkmal mittelalterlicher Stadtbaukunst. Ein Beitrag zur Erneuerung von Fachwerkstätten mit geschlossen erhaltenen Stadtkernen. Dissertationsschrift (Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar), Weimar 1978, S. 47.

servatoren des IfD die Grundsatzdirektive an sich noch 1968 als eine Art Erfolgsrezept, das als Konzept auch auf Stralsund angewandt werden sollte: „Nach dem Muster Quedlinburg soll auch eine Arbeitsgruppe für Stralsund gebildet werden, die aus Mitarbeitern des Instituts für Denkmalpflege und des Rates der Stadt besteht und entsprechend Entwicklungspläne erarbeitet.“³²⁰ Allerdings sollte erst 1974 die Verabschiedung eines Generalbebauungsplans für Quedlinburg erfolgen, der auch die Zustimmung des IfD erfuhr.

Der langwierige Prozess gefährdete den Denkmalbestand Quedlinburgs. So war 1972 der Vorschlag seitens der Abteilungsleiterin für Kultur beim Bezirk Halle/Saale an Minister Klaus Gysi herangetragen worden, „Quedlinburg aus der Republikliste herauszunehmen, da bisher keine Möglichkeit einer umfassenden Restaurierung abzusehen“³²¹ war. Über diese Vorgänge informierte Hans Berger die Konservatoren auf ihrer Sitzung vom 20. April 1972 und verdeutlichte die Dringlichkeit des Handelns seitens der institutionellen Denkmalpflege. Parallel zu diesen Entwicklungen kamen die Mitglieder des BdA 1973 zum Entschluss, dass

„[f]ür die Rekonstruktion [...] qualifizierte Entscheidungen vorbereitet werden [müssen]. Die Betriebe sind bisher im wesentlichen nur auf Neubauten orientiert und müssen jetzt mit den Forderungen der Stadtrekonstruktion vertraut gemacht werden. Die Mitarbeiter des Instituts für Denkmalpflege in der Gruppe Baurekonstruktion müssen insbesondere auf das Aufzeigen der Gesamtsproblematik hin orientieren.“³²²

Einen ähnlichen Fall hatten die Konservatoren bereits im November 1968 diskutiert. Damals liefen einerseits viele Vorbereitungen für den 20. Jahrestag der DDR und anlässlich dessen sollten sich auch die Denkmalpfleger an einer Ausstellung des MfK beteiligen, andererseits bestand gerade wegen des bevorstehenden Jahrestages die Gefahr, dass „bauliche Vorhaben durchgeführt werden sollen“, die im Falle der Stadt Wismar möglicherweise mit umfangreichen Abbrüchen einhergehen würden. So stellten die Konservatoren gemeinsam fest, dass es „dringend notwendig [ist], möglichst umgehend mit dem Rat der Stadt zu verhandeln, damit Möglichkeiten für Neubauten gefunden werden, ohne den Denkmalbestand zu gefährden“³²³.

Die Denkmalpfleger des IfD arbeiteten permanent im Spannungsfeld von fortschreitender Industrialisierung, stetigem Ökonomisierungsdruck und ihrem Bestreben, historische Altbausubstanz, über Jahrhunderte gewachsene Stadtgrundrisse und tradierte Stadtsilhouetten in größtmöglichem Maße zu erhalten.

320 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 10.09.1968, S. 5.

321 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 20.04.1972, S. 1.

322 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 14.02.1973, S. 2.

323 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 06./07.11.1968, S. 1–2.

Ihrem Selbstverständnis nach wollten sie nicht nur Denkmalpflege und Denkmalschutz für die herausragendsten Einzeldenkmale gewährleisten, sondern, entsprechend der Denkmalschutzverordnung von 1961, auch die „Umgebung, soweit sie für die Eigenart und die Wirkung des Denkmals von Bedeutung ist“³²⁴, miteinbeziehen.

Die ausgewerteten Protokolle der Konservatorenberatungen zeigen, dass Quedlinburg keinen Einzelfall bildete, vielmehr wird eine gewisse Symptomatik für die institutionelle Denkmalpflege der DDR innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes und insbesondere im Hinblick auf die sozialistische Umgestaltung offengelegt.

5.3.2 Konservatorengespräche – Teil 2

In Anlehnung an die Konservatorengespräche des ersten Untersuchungszeitraumes (siehe Kapitel 3.3.2) werden nun die regelmäßigen Besprechungen der Konservatoren auch für den zweiten Untersuchungszeitraum (1961–1975) dezidiert analysiert. Dadurch werden erneut die Aushandlungsprozesse in den Vordergrund gerückt, denn durch Aushandlungen entstehen nicht nur Strukturen, sondern sie zeigen auch, was immer wieder hinterfragt und in Frage gestellt werden muss. Mit der Denkmalschutzverordnung von 1961 und der Einsetzung eines Generalkonservators für Denkmalpflege hatten sich die Strukturen, in denen sich die denkmalpflegerische Praxis entwickeln und abspielen sollte, etabliert. Dennoch kann bei näherer Betrachtung nicht festgestellt werden, dass damit die Diskussionen um Leitlinien und um die weitere Entwicklung der Denkmalpflege im sozialistischen System abgeschlossen gewesen wären.

Anhand der überlieferten Protokolle der Konservatorenberatungen können auch für den Zeitraum von 1961 bis 1973³²⁵ die Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit aufgezeigt und die Probleme, Inhalte und Strategien der Denkmalpflege der Institute für Denkmalpflege in Berlin, Dresden, Halle/Saale, Schwerin und Erfurt (ab 1963) dargelegt werden. Im Vergleich zum ersten Untersuchungszeitraum kann für die 1960er und beginnenden 1970er Jahre auf ein deutlich umfangreicheres Quellenkonvolut zurückgegriffen werden, das sich aus über 70 mehrseitigen Protokollen, handschriftlichen Notizen und Mitschriften zusammensetzt. Trotzdem ist es auch in diesem Kapitel nicht das Ziel, die Diskussionen in ihrer Vollständigkeit

324 Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477, hier S. 475, § 3.

325 Die Protokolle der Konservatorenbesprechungen konnten lediglich bis 1973 erschlossen werden. Für die Jahre nach 1973 konnten keine Protokolle gefunden werden, die eindeutig den Konservatorenbesprechungen zuzuordnen waren. Das Quellenkonvolut des BLDAM bildete die Besprechungstermine nur bis 1973 ab, weshalb die Auswertung in diesem Jahr endet.

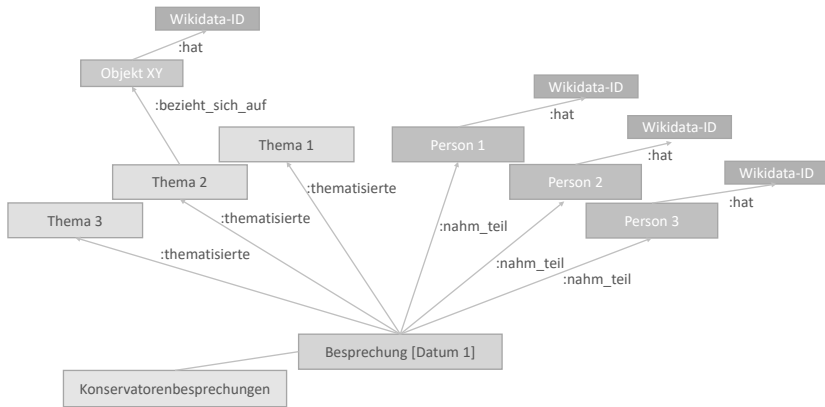


Abb. 33: Datenmodell Konservatorenbesprechungen

abzubilden, sondern es wird vielmehr angestrebt, Themensetzungen exemplarisch nachzuvollziehen, zu analysieren und auszuwerten. Aufgrund der Vielzahl der Quellen ist es zudem möglich, verstärkt die Personen selbst in den Fokus zu rücken und Protagonisten für den Bereich der Denkmalpflege zu verifizieren.

Ausgehend von den Diskussionen und Gesprächen über Leitlinien der denkmalpflegerischen Arbeit im Spannungsfeld zwischen denkmalpflegerischen Idealen und politischer Praxis soll zunächst die Zusammenarbeit der IfD-Mitarbeiter mit Akteuren des Kulturbundes eine eingehende Betrachtung finden, da diese unter anderem in die Vorbereitungen für den 20. Jahrestag der DDR mündete. Im Unterschied zum Kapitel zuvor wird der Blick an dieser Stelle somit auf die Akteure selbst und weniger auf die Institutionen bzw. Organisationen gelenkt. Der Blick auf dieses Jubiläum zeigt die kulturpolitische Funktion auf, die durch die staatliche Denkmalpflege erfüllt werden sollte, und lässt darüber hinaus einen Vergleich zum zehnten Jahrestag aus dem ersten Untersuchungszeitraum zu, sodass Entwicklungen und Veränderungen der denkmalpflegerischen Praxis als auch veränderte Strukturen und Rahmenbedingungen erfasst und erläutert werden können.

Im Anschluss daran werden die Kooperation und der Austausch der Konservatoren der Institute für Denkmalpflege mit dem Bund der Architekten der DDR (BdA) eingehender betrachtet, um auch hier die Vielfalt der Inhalte und Themen denkmalpflegerischer Praxis in der DDR analysieren und bewerten zu können.

Themenvielfalt und Schwerpunktsetzung

Die Auswertung der in Neo4j angelegten Daten (Abb. 33), die aus den analogen Protokollen extrahiert wurden, zeigt zunächst, dass die Themenvielfalt im Vergleich zur Häufigkeit der Besprechungstermine enorm war (Abb. 34 und 35). Auch

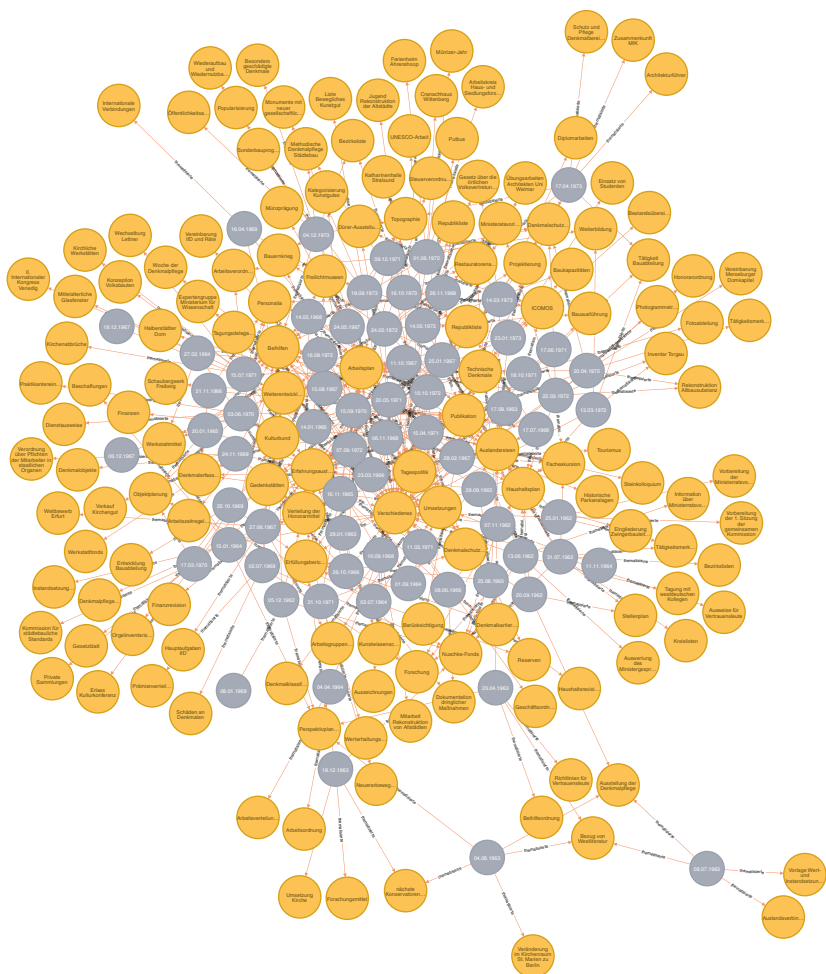


Abb. 34: Visualisierung des Gefüges aus Besprechungsterminen und Themenfeldern der Konservatorengespräche.

MATCH (t:Thema)←[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t,m

wenn eine relativ große Anzahl an Themen offiziell nur einmal Gegenstand der Beratung war, zeigt sich bei der näheren Betrachtung der Protokolle, dass einige der Themen unter einem anderen Tagesordnungspunkt oder sogar bei einem völlig anderen Gesprächsgegenstand erneut zur Sprache kamen, oder es konnte auch vorkommen, dass sie einen anderen Aspekt des übergeordneten Inhalts beleuchteten. Dies trifft beispielsweise auf das Thema der „sozialistischen Umgestaltung“ zu. Während die Umgestaltung selbst kein einziges Mal als Tagesordnungs-

t	Anzahl
{Thema: Verschiedenes}	38
{Thema: Arbeitsplan}	22
{Thema: Beihilfen}	20
{Thema: Auslandsreisen}	18
{Thema: Publikation}	18
{Thema: Erfahrungsaustausch}	18
{Thema: Tagespolitik}	14
{Thema: Verteilung der Honorarmittel}	11
{Thema: Haushaltsplan}	10
{Thema: Erfüllungsberichte}	10
{Thema: Umsetzungen}	10
{Thema: Weiterentwicklung Denkmalpflege}	10
{Thema: Nuschke-Fonds}	7
{Thema: Denkmalschutzgesetz}	7
{Thema: Personalia}	6
{Thema: Republikliste}	6
{Thema: Technische Denkmale}	6
{Thema: Fachexkursion}	5
{Thema: Perspektivplanung}	5
{Thema: Freilichtmuseen}	5
{Thema: Kulturbund}	5
{Thema: ICOMOS}	5
{Thema: Topographie}	5
{Thema: Forschung}	4
{Thema: Restauratorenausbildung}	4
{Thema: Werkstattmittel}	4
{Thema: Objektplanung}	4
{Thema: Denkmalerfassung}	4
{Thema: Gedenkstätten}	4
{Thema: Republikliste}	4
{Thema: Ausstellung der Denkmalpflege}	3
{Thema: Bezug von Westliteratur}	3
{Thema: Denkmalkartierung}	3
{Thema: Bauernkrieg}	3
{Thema: Denkmalschutzverordnung}	3
{Thema: Tätigkeit Bauabteilung}	3
{Thema: Tätigkeitsmerkmale}	2
{Thema: Stellenplan}	2
{Thema: Kunstwissenschaftliche Bildstelle HU Berlin}	2
{Thema: nächste Konservatorentagung}	2
{Thema: Reserven}	2
{Thema: Dokumentation dringlicher Maßnahmen}	2

Abb. 35: Quantitative Auswertung der verhandelten Themen
(Ausschnitt aus den insgesamt 149 Themen).

MATCH (t:Thema)←[:thematisierte]-(m:Besprechung) RETURN t,
count (*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC

punkt benannt wurde, ist sie innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes jedoch auf zehn verschiedenen Konservatorensitzungen Gesprächsgegenstand. Die Ursache hierfür liegt einerseits im oft synonym verwendeten Terminus der sozialistischen Rekonstruktion und andererseits daran, dass als Tagesordnungspunkt statt dieser Begrifflichkeiten häufiger die konkrete Maßnahme (wie im Fall von Quedlinburg, vgl. vorheriges Kapitel) behandelt wurde. So finden sich Aussagen zur sozialistischen Umgestaltung unter den Tagesordnungspunkten Denkmalklassifikation³²⁶, Wohnungsbau³²⁷ oder Altbausubstanz³²⁸. Aufgrund

326 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 10.09.1968.

327 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 16.10.1973.

328 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 22.03.1972 und 20.04.1972.

dessen erfolgte die Themenauswahl für dieses Kapitel nicht allein anhand der am häufigsten verhandelten Themen, sondern es wird der Versuch eines Querschnitts unternommen, der auch weniger häufig diskutierte Inhalte abbildet, sofern es die weitere Quellenlage zulässt. Da die sozialistische Umgestaltung bereits eingehend betrachtet wurde, soll sie hier nicht erneut Gegenstand der Betrachtung sein.

Leitlinien, Inhalte und Ausrichtungen

Leitlinien und Grundlagen der Denkmalpflege und der denkmalpflegerischen Praxis wurden vielfach auf den Konservatorenbesprechungen thematisiert und diskutiert (Abb. 36). Das Themenspektrum umfasste dabei Kartierungsfragen, Aspekte der listenmäßigen Erfassung des Denkmalbestandes ebenso wie Berichtserstattungen von Tagungen und zu allgemeinen politischen Geschehnissen bis hin zu Richtlinien.

Zwischen 1962 und 1973 bildeten Konzipieren, Erstellen und Führen von Denkmallisten³²⁹ immer wieder den Gegenstand der Betrachtung. Die Häufigkeit dieses Gesprächs- und Diskussionsthemas zeigt, dass die Listen eine hohe Priorität besaßen und dass die Details zu ihrer Anfertigung ebenso wie ihre Inhalte weit aus weniger klar waren, als es die Ausführungen zur Denkmalschutzverordnung und zur ersten Durchführungsbestimmung von 1961 oder auch die Publikation „Denkmalpflege in unserer Zeit“ suggerierten.

Während auf der Konservatorenbesprechung vom 25. Januar 1962 noch über die Erfassung der Denkmale mittels Karteikarten³³⁰ diskutiert wurde, übergab die MfK-Mitarbeiterin Sonja Wüsten den Konservatoren ein halbes Jahr später auf der Sitzung vom 31. Juli 1962 die bisher bestätigten Bezirkslisten zum Abgleich mit den Originalfassungen der Konservatoren. Dabei wurde auch die Notwendigkeit von Kreislisten diskutiert, die damals nicht vorgesehen waren und die von den Konservatoren als „nicht für zweckmäßig“³³¹ erachtet wurden. Der Grund dafür lag vorrangig in den bereits „gemachten Erfahrungen“, die offenbar die Befürchtung schürten, dass die bis zu diesem Zeitpunkt noch „nicht erfassten Denkmale von den verantwortlichen staatlichen Organen nicht mehr als Denkmal betrachtet und nicht bearbeitet“ würden.³³²

Die Konservatoren sahen sich mit dem Dilemma konfrontiert, die Erfassung des Denkmalbestandes möglichst rasch auch auf lokaler Kreisebene voranzutreiben, da nicht ausgeschlossen werden konnte, dass trotz ihres Einspruches

329 In den Protokollen wird dabei zwischen Kreis-, Bezirks- und Republikliste unterschieden. Auch der Begriff der Denkmalklassifikation findet sich in der Besprechung vom 10.09.1968, meint dabei aber die listenmäßige Erfassung des Bestandes.

330 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 25.01.1962, S. 2.

331 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 31.07.1962, S. 2.

332 Vgl. ebd.

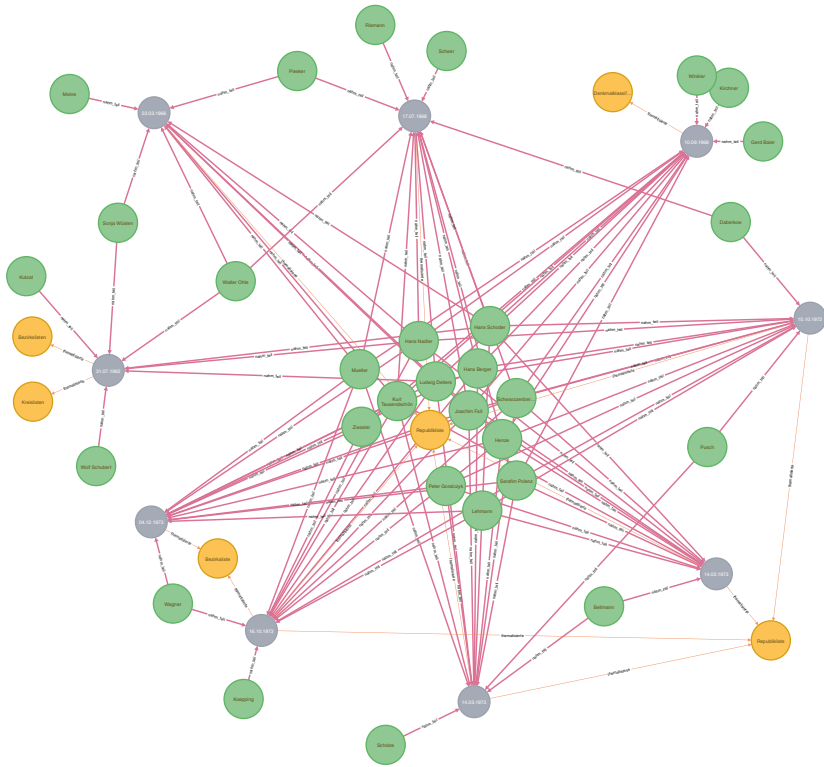


Abb. 36: Ergebnis der Abfrage nach Personen und nach Besprechungsterminen, bei denen Themen der „Klassifikation“ oder „Liste“ diskutiert wurden.
 MATCH (n:Thema)←[:thematisierte]-(b:Besprechung)←[:nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema CONTAINS 'klassifikation' OR n.Thema CONTAINS 'liste' RETURN n,b,p;

Kreislisten aufgestellt werden sollten. Im Streben nach mehr Effizienz hatte die Denkmalschutzverordnung die Zuständigkeiten so geordnet, dass „Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und internationalem Kunstwert“ zur ministerialen Ebene gehörten und der restliche Denkmalbestand auf die Räte der Bezirke, Kreise und Stadtkreise sowie Stadtbezirke und Gemeinden verteilt wurde.³³³ Doch bereits nach weniger als einem Jahr nach der Verabschiedung der Denkmalschutzverordnung war deutlich geworden, dass die Aufteilung der

333 Vgl. Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477, Organe der Pflege und des Schutzes der Denkmale: § 6, § 7 und § 8 der Verordnung.

Denkmale in verschiedene Zuständigkeitsebenen einer Klassifikation gleichkam, da der Bestand dazu listenmäßig erfasst werden musste. Zugleich wuchs bei den Konservatoren die Sorge, bei dem ausdifferenzierten Listensystem könne in Vergessenheit geraten, dass es sich bei dieser Erfassung des DDR-Denkmalbestandes um ein deklaratorisches Prinzip handelte, sodass sie der Erstellung von Kreislisten aufgrund einer potenziellen Degradierung der Denkmale, die noch nicht erfasst waren, ablehnend gegenüberstanden.

Auch deshalb sollte die Denkmalerfassung intensiviert werden, sowohl in Form von Kreiskarteien als auch als Kurzinventare. Aus den Besprechungen von November 1965 und Januar 1966 geht hervor, dass das Dresdener Institut am schnellsten vorankam und bereits zum Jahresende 1965 die Erfassung der Stadt Dresden abschließen konnte. Das Berliner Institut konnte die Kurzerfassung für Wittstock abschließen, während für die anderen Institute nur festgehalten wurde, dass „ähnliche Beispiele auch“ bei ihnen „bearbeitet“ würden.³³⁴

Zur hohen Priorisierung der Erfassung kam hinzu, dass der Denkmalbestand der DDR eine enorme Heterogenität aufwies, da er sich durch die Erweiterung des Denkmalbegriffs auch auf Dorf- und Gehöftanlagen und Verkehrswege, Postmeilensäulen, Werke des Musikinstrumentenbaus, technische Anlagen, Maschinen und Gerätschaften erstreckte. Dies ließ die Unterstützung durch ehrenamtliche Denkmalpfleger zwingend erforderlich werden, sodass die Erfassung zum Gegenstand von Lehrgängen und Tagungen werden sollte, um weitere Mitarbeiter bzw. Honorarkräfte entsprechend auszubilden.³³⁵

Anhand einer Tagung von 1963 in Karl-Marx-Stadt, veranstaltet vom Zentralen Fachausschuss Bau- und Denkmalpflege des Kulturbundes zum Thema Aufgaben der Natur- und Heimatfreunde, kann exemplarisch verdeutlicht werden, dass die Schwierigkeit weniger im Aufzeigen oder in der Verteilung von Aufgaben lag, sondern vielmehr im grundsätzlichen Verständnis darüber, was ein Denkmal sei. Aus dem Bericht zur Tagung von Wüsten und Deiters geht hervor, dass sowohl der „Diskussionsbeitrag des Genossen Rüssel aus Magdeburg“ als auch der Vortrag von Gerhard Strauss ein gänzlich anderes Denkmalverständnis offenbarten, als es Wüsten und Deiters als Leitlinien auf der Tagung zu vermitteln versuchten.³³⁶ Während der Diskussionsbeitrag Rüssels sämtlichen Schlössern, Burgen, Rathäusern und Kirchen, als Zeugnisse der „ehemals herrschenden Klasse“³³⁷ den Denkmalwert absprechen wollte, plädierte Strauss in seinem Vortrag für eine

334 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 16.11.1965, S. 3.

335 Vgl. Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

336 Vgl. BArch, DR 1/8037, Protokoll zur Tagung in Karl-Marx-Stadt vom 19.09.1963.

337 Ebd.

Aufgabenerweiterung und vor allem für eine Ausweitung des Denkmalbegriffs. Die Ausweitung des Denkmalbegriffs, „ohne auf die Gefahren aufmerksam zu machen“³³⁸, werteten Wüsten und Deiters als äußerst riskant. Das Risiko lag für Deiters vermutlich vorrangig in der mangelnden Präzision des Denkmalpflegebegriffs, der durch eine Erweiterung noch mehr aufzuweichen drohte.

So führte Deiters 1967 in einem Beitrag zu den Problemen der Denkmalpflege, in dem er auch Lösungsvorschläge unterbreitete, aus, dass zu den „wichtigsten Ursachen“ der zahlreichen Probleme der Denkmalpflege seit den Anfangsjahren der DDR die herrschenden „Unklarheiten über die Anwendung des Denkmalbegriffs“ gehörten.³³⁹ Gleichwohl hatten bereits in den 1950er und frühen 1960er Jahren unterschiedliche Vertreter aus der Denkmalpflege, dem Heimatschutz und dem Bauwesen für einen erweiterten Denkmalbegriff plädiert bzw. diesen als Grundlage für Denkmalpflege und Denkmalschutz konstatiert. Die Erweiterung des Denkmalbegriffs wurde wiederholt von verschiedenen Akteuren genutzt, um die Progressivität der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes in der DDR zu betonen und sich damit zugleich von der Vergangenheit und der BRD abzugrenzen. Auch Deiters erläuterte 1968 in einem Interview mit der *Deutschen Architektur*, dass für die „Betrachtung des kulturellen Erbes [...] die klassischen Monumente nicht mehr aus[reichen und] die besten Beispiele der Volksbaukunst in [die] Wertschätzung“³⁴⁰ einbezogen würden. Deiters erklärte, dass sich die „entscheidende Erweiterung des Denkmalbegriffs in unserer Zeit [...] jedoch aus der Erkenntnis der geschichtlichen und künstlerischen Aussagekraft der städtebaulichen Zusammenhänge“³⁴¹ ergäbe. Demnach kann die Kritik Ludwig Deiters' an den Ausführungen von Gerhard Strauss zum erweiterten Denkmalbegriff nicht als grundsätzliche Kritik an der Begriffserweiterung, sondern lediglich an der mangelnden Präzision des Denkmalbegriffs im Allgemeinen verstanden werden.

Hans Nadlers Beitrag bei der Tagung in Karl-Marx-Stadt, dessen Titel im Bericht von Wüsten und Deiters keine Erwähnung findet, war ihnen hingegen „in dem Sinne nicht richtungsweisend“ genug. Dennoch werteten Wüsten und Deiters die Fachtagung insgesamt als Erfolg, da es ihnen gelungen sei, „zumindest

338 Ebd.

339 Vgl. IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Probleme und Lösungsvorschläge für die Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, S. 2, 2. Fassung.

340 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Interviewanfrage der Deutschen Architektur vom 04.09.1968 an Ludwig Deiters sowie Antworten von Deiters bezugnehmend auf das Interview für die Zeitschrift *Deutsche Architektur* am 23.09.1968, Frage 1 des Interviews, S. 1 der ausformulierten Antworten.

341 Ebd.

einen Teil der Anwesenden von der Richtigkeit unserer Konzeptionen bezüglich der Aufgaben der Denkmalpflege zu überzeugen³⁴².

Die Berichterstattung zur Tagung führt vor Augen, dass die Bewertung des potenziellen Denkmalbestandes zu Schwierigkeiten führte, da die Vorstellungen darüber, was ein Denkmal sei und wie weit der Denkmalbegriff gefasst werden könne, stark divergierten. Darüber hinaus befürchteten die Denkmalpfleger auch eine Überbewertung der listenmäßigen Erfassung des Denkmalbestandes. Bereits 1960, und damit noch vor dem Inkrafttreten der Denkmalschutzverordnung von 1961, erläuterte Gerd Baier, der Denkmalpfleger des Instituts für Denkmalpflege Schwerin, im Rahmen eines Vortrags, dass Denkmallisten „zuweilen vom Verhandlungspartner als einzig binden[d]“³⁴³ anerkannt wurden. Baier schilderte auch, dass von den Räten der Kreise wiederholt der Wunsch an das IfD hergetragen worden sei, die Denkmallisten „zu überprüfen, ob nicht eine große Anzahl der dort aufgeführten Baudenkmale gestrichen und damit nach ihrer Meinung vom Schutz der Verordnung [von 1952, Anm. d. Verf.] freigesprochen werden könnte“³⁴⁴. In seinem Vortrag, der 1961 in gekürzter Form in den Mitteilungen an die Vertrauensleute erschien, schilderte Baier die unterschiedlichen Probleme, die mit einer listenmäßigen Erfassung des Denkmalbestandes einhergingen, gleichwohl „sich für uns alle, die wir im Verkehr mit Einzelpersonen, Institutionen und Verwaltungsbehörden die Belange der Denkmalpflege zu vertreten haben, das Vorhandensein derartiger Listen“³⁴⁵ mehrfach als nützlich erwiesen habe. Da es vor allem bei den Mitarbeitern der örtlichen Verwaltungsorgane an Verständnis für Denkmalpflege und Denkmalschutz mangelte, bargen die Listen ein gewisses Risiko für die Denkmalpfleger und den Denkmalbestand. Um der suggerierten Absolutheit der Denkmallisten entgegenzuwirken, verdeutlichte Baier das deklaratorische System und betonte, dass ein Denkmal ein Denkmal bleibe, „mit oder ohne Listeneintrag[,] so lange, wie es die Forderungen der Verordnung erfüllt, also ein charakteristisches Zeugnis der kulturellen Entwicklung unseres Volkes ist und seine Erhaltung wegen der ihm innewohnenden künstlerischen, wissenschaftlichen oder geschichtlichen Bedeutung im öffentlichen Interesse liegt“³⁴⁶.

Dass die listenmäßige Erfassung entsprechend der Kategorisierung nach Denkmalen von besonderer nationaler Bedeutung oder nach Kreis und Bezirk letztlich doch weitreichende Konsequenzen für das Objekt mit sich bringen konn-

342 BArch, DR 1/8037, Protokoll zur Tagung in Karl-Marx-Stadt vom 19.09.1963.

343 Gerd Baier: Zur Führung von Denkmallisten, in: Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1961), Nr. 10, S. 5–8.

344 Ebd., S. 6.

345 Ebd., S. 5.

346 Ebd., S. 9.

te, zeigt eine Denkmalpflegertagung³⁴⁷ von 1970 in Frankfurt/Oder, deren Beiträge 1971 in der IfD-Reihe „Materialien und Berichte“³⁴⁸ erschienen sind.

Anhand von Beispielen verdeutlichten Hans Schoder, Walter Ohle, Hans Nadler und Hans Berger bei dieser Tagung den denkmalpflegerischen Umgang mit diversen Bauaufgaben an verschiedenen Orten und in unterschiedlichen Regionen der Republik. Während Hans Schoder am Beispiel der Klosterruine Paulinzella mit Nachdruck betonte, dass die denkmalpflegerischen Maßnahmen aufgrund der Einstufung „in die höchste Kategorie“³⁴⁹ möglich geworden seien, da „alle diese international bedeutsamen Denkmale besonders gefördert“³⁵⁰ würden, zeigte Hans Nadler exemplarisch am Schloss Rammenau die Bemühungen des Kreises Bischofswerda auf, der sein Denkmal der Kreisliste zu erhalten und zu nutzen versuchte. Im Gegensatz zu den Objekten aus der Liste der Denkmale von besonderer nationaler Bedeutung und von internationalem Kunstwert standen für das Schloss in Rammenau nur sehr begrenzte Mittel zur Verfügung. Ein glücklicher Umstand fand sich durch das Fichte-Jubiläum 1962 (dem 200. Geburtstag des Rammenauers Johann Gottlieb Fichte), das zu einer musealen Nutzung einiger Räume des Schlosses führte und dadurch die Restaurierung ausgewählter Innenräume ermöglichte.³⁵¹ Zudem betonte Nadler, dass auch der Rat des Bezirks einige Mittel bereitstellte und das IfD einige „spezielle restauratorische Arbeiten“³⁵² finanzieren konnte. Die Hauptbelastung lag jedoch beim Kreis Bischofswerda, dem es gelang, durch die museale Nutzung zumindest Instandsetzungen in geringem Umfang zu ermöglichen und die Nutzung aufrechtzuerhalten.

Vergleicht man die beiden Beispiele der Klosterruine Paulinzella und des Schlosses in Rammenau, so zeigt sich, von welcher Tragweite die Denkmaleintragung in eine der Listen war. Durch diese vorgenommene Wertung bzw. Kategorisierung wurden denkmalpflegerische Maßnahmen ermöglicht (wie bei der Klosterruine) oder reglementiert (wie beim Schloss). Zugleich zeigt der Fall Rammenau, dass es nicht zuletzt am Engagement der örtlichen Organe lag, ob ein Denkmal die notwendigen Instandsetzungs- oder Instandhaltungsmaßnahmen

347 BLDAM, L 24/3, Referate in Frankfurt/Oder, 1970.

348 Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971.

349 Hans Schoder: Sicherung und Restaurierung der Klosterruine Paulinzella, in: Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 41–52, hier S. 41.

350 Ebd., S. 42.

351 Vgl. Hans Nadler: Zur Restaurierung und neuen Nutzung des Schlosses Rammenau, in: Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Materialien und Berichte. Zur Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Jena 1971, S. 62–69, hier S. 66.

352 Ebd., S. 68.

erhielt, wenn das Denkmal nicht in die höchste Kategorie eingestuft worden war. Ebenso zeigen Nadlers Ausführungen, dass es selbst dann noch von möglichen Nutzungskonzepten, Jubiläen und Ähnlichem abhing, ob genügend finanzielle Mittel zusammengetragen und bereitgestellt werden konnten, um das jeweiligen Denkmal längerfristig zu erhalten.

Neben denkmalpflegerischen Leitlinien und Handlungsanweisungen behandelten die Konservatoren auf ihren Besprechungen häufig auch tagespolitische Ereignisse und politische Entscheidungen. Die Auswertungen von Direktiven oder Parteitagungen bezeugen das Spannungsfeld denkmalpflegerischer Tätigkeiten und Handlungsmöglichkeiten zwischen denkmalpflegerischen Zielen und Idealen einerseits und politischen und ökonomischen Zwängen andererseits. Sie lassen Rückschlüsse auf die angestrebte politische Ausrichtung der institutionellen Denkmalpflege zu.

Der direkte Bezug zwischen der institutionellen Denkmalpflege und den politischen Entscheidungen in der DDR spiegelte sich beispielsweise in den Monaten um den VIII. Parteitag der SED im Juni 1971 wider. So forderte die Betriebsparteiorganisation (BPO) des Ministeriums für Kultur die BPO des Instituts für Denkmalpflege im Vorfeld des Parteitages dazu auf, eine Bilanz zum gegenwärtigen Stand der Denkmalpflege und ihren Problemen zusammenzustellen.³⁵³ Auch wenn nicht nachvollzogen werden kann, welches Material in welcher Form für die geforderte Bilanz zusammengetragen wurde, kann anhand der ebenfalls protokollierten Auswertungen der Direktive des SED-Zentralkomitees zum Fünffahrplan sowie anhand des VIII. Parteitages der politische Rahmen nachvollzogen werden, in dem die institutionelle Denkmalpflege unter Erich Honecker agieren sollte.

Während Ute Schwarzenberger auf die Effektivitäts- und Rationalisierungsbestrebungen im Rahmen des Fünffahrplans verwies, die auch vom IfD gewährleistet und unterstützt werden sollten, erläuterte Deiters als Ergebnis des VIII. Parteitages die weiterhin notwendige Abgrenzung der DDR zur BRD:

„Die deutsche Nation in der Form vor 1945 existiert nicht mehr. Es gibt eine sozialistische deutsche Nation, die DDR[,] und einen vom ehemaligen gesamtdeutschen Staat abgespaltenen imperialistischen deutschen Staat, die BRD. Die Pflege des humanistischen und revolutionären Erbes der ehemaligen gemeinsamen Vergangenheit darf nicht zum Vorwand dienen, die imperialistischen Ziele der BRD gegenüber der DDR durchzusetzen.“³⁵⁴

353 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 15.04.1971, S. 4.

354 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorensitzung vom 17.06.1971, Auswertung des VIII. Parteitages von Ludwig Deiters, S. 1.

Die Betonung der Effizienz und Rationalisierung verwies indirekt auf den VIII. Parteitag der SED, dessen Ziele unter anderem Rationalisierungen im Wohnungsbau und eine neue Wirtschafts- und Sozialpolitik gewesen waren. Die massive Abgrenzung zur Bundesrepublik lässt sich nur mit Blick auf Honeckers außenpolitische Bestrebungen verstehen, die auf eine völkerrechtliche Beziehung zur Bundesrepublik und auf eine Normalisierung des Verhältnisses zu West-Berlin ausgerichtet waren und zugleich die sozialistische Staatengemeinschaft zu stärken versuchten.³⁵⁵

Die Denkmalpfleger sollten jedoch nicht nur die politischen Beschlüsse auswerten und sich zu den parteipolitischen Entscheidungen bekennen, sondern auch eigenständig theoretische Konferenzen durchführen, um die aktuellen politischen Probleme in einen Zusammenhang zur Denkmalpflege zu stellen. Vor diesem Hintergrund planten die Konservatoren im Februar 1973 eine Konferenz.³⁵⁶ Diese sollte im Mai 1973 in Lohme auf Rügen stattfinden. Ute Schwarzenberger, Ludwig Deiters, Kurt Tausendschön, Hans Schoder und Peter Goralczyk sollten Referate zu verschiedenen Themenkomplexen vorbereiten, während Hans Nadler, Serafim Polenz, Hans Berger und Hans Scholze Arbeitsgruppen zu den Themenkomplexen anleiten sollten. Während Schwarzenberger zur DDR-Kulturpolitik referieren sollte, arbeitete Deiters an einem Vortrag zu den Grundlagen der Denkmalpflege in der DDR. Tausendschön setzte sich hingegen mit den finanziellen und materiellen Aufwendungen und Schoder mit dem Zusammenwirken der Partner der Denkmalpflege in Zusammenhang mit der Entwicklung der gesetzlichen Grundlagen auseinander. Goralczyk kam die Aufgabe zu, ein Referat zur Entwicklung der Arbeitsweise des IfD im Rahmen der theoretischen Konferenz zu formulieren. Um zu gewährleisten, dass die Tagung auf Rügen auch dem parteipolitischen Sinne entsprechen würde, sollte zwei Wochen zuvor als ergänzende Vorbereitung eine Partei-Aktivtagung in Berlin durchgeführt werden.

Wertet man die Protokolle der Konservatorenberatungen in Bezug auf denkmalpflegerische und politische Leitlinien aus, offenbaren sich eine intensive politische Durchdringung der denkmalpflegerischen Arbeit und darüber hinaus teilweise divergierende Sichtweisen und Schwierigkeiten hinsichtlich denkmaltheoretischer Überlegungen bei der listenmäßigen Erfassung des DDR-Denkmalbestandes. Mithilfe von Vorträgen und Publikationen versuchten die Denkmalpfleger, interessierte Laien für ihre Arbeit zu gewinnen und diesen zugleich die erforderlichen Grundlagen zu vermitteln, um Denkmale gemäß ihrer Bedeutung einordnen zu können. Dass die Konsequenzen einer Denkmalszuweisung zu

355 Vgl. 5-Punkte-Programm der SED in Übereinstimmung mit dem Friedensprogramm der KPdSU, VIII. Parteitag der SED. Siehe unter anderem: Heinz Heitzer/Günther Schmerbach: Illustrierte Geschichte der DDR, S. 260.

356 Vgl. BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorensitzung vom 14.02.1973, S. 1–2.

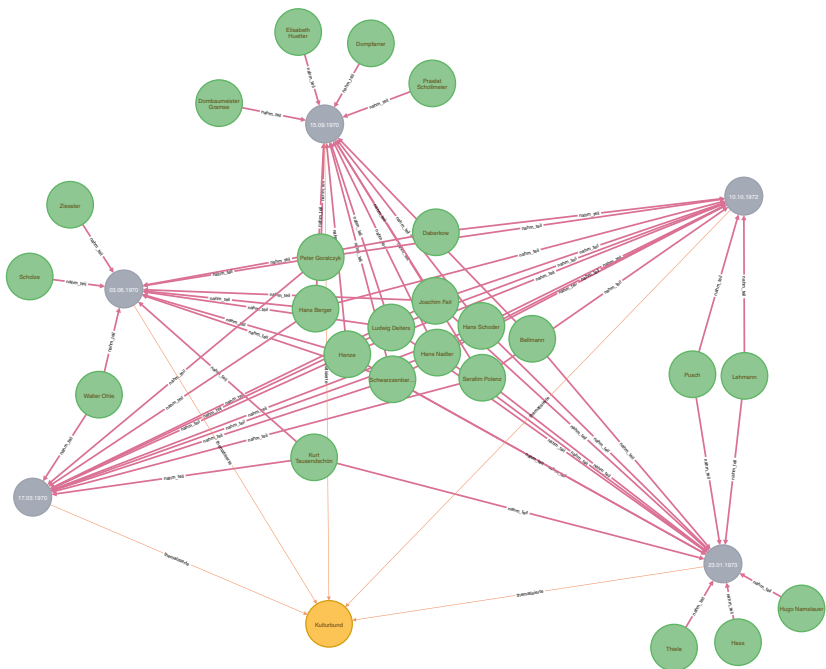


Abb. 37: Abfrage nach Sitzungsterminen, bei denen der Kulturbund Diskussionsgegenstand war.

```
MATCH (n:Thema) <-[:thematisierte]-(b:Besprechung) <-[:nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema='Kulturbund' RETURN n,b,p
```

einer spezifischen Kategorie von großer Tragweite für das Objekt sein konnten, hat am Beispiel der Denkmalpflegertagung in Frankfurt/Oder von 1970, genauer anhand der dortigen Beiträge von Hans Schoder zur Klostersruine Paulinzella und von Hans Nadler zu den denkmalpflegerischen Maßnahmen am Kreisdenkmal Schloss Rammenau, aufgezeigt werden können.

Der Kulturbund als kritischer Partner

Der Kulturbund blieb, trotz aller bereits erwähnten internen Strukturprobleme, auch im zweiten Untersuchungszeitraum ein wichtiger Partner für die institutionelle Denkmalpflege. So wurden beispielsweise mithilfe des Kulturbundes zahlreiche Publikationen zu spezifischen Denkmalen oder zur Denkmalpflege in der DDR veröffentlicht. Anhand der Protokolle der Konservatorensitzungen kann ebenfalls nachgewiesen werden, dass der Kulturbund ein häufiger Bestandteil der Beratungen war. Abbildung 37 zeigt das Ergebnis der Neoj4-Abfrage zu Be-

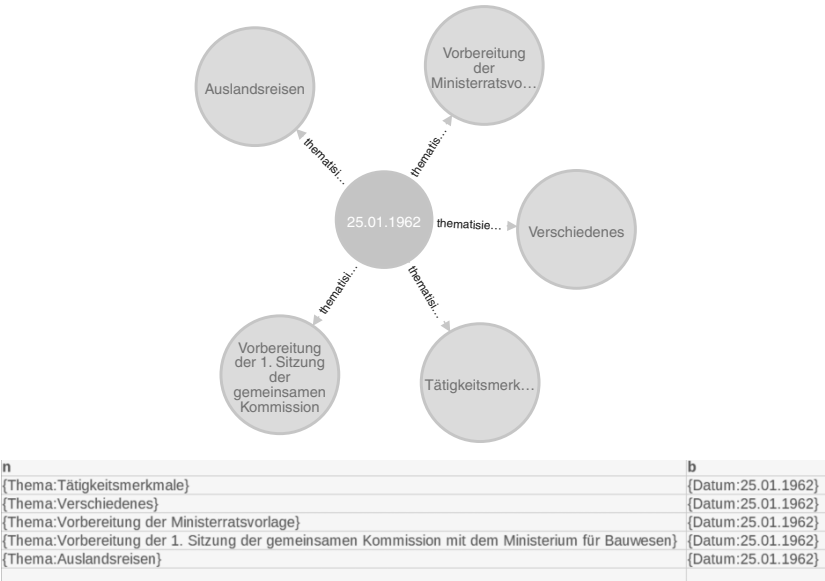


Abb. 38: Abfrage nach Themen, die am 25. Januar 1962 verhandelt wurden.
MATCH (n:Thema)←[:thematisierte]-(b:Besprechung) WHERE b.Datum =
‘25.01.1962’ RETURN n,b;

sprechungsterminen, bei denen der Kulturbund Gesprächsgegenstand war, und nach den daran beteiligten bzw. anwesenden Personen.

Die Protokolle der Konservatorengespräche dienen als Ausgangspunkt, da sie erste Themenfelder benennen, bei denen eine Zusammenarbeit zwischen dem IfD und dem Kulturbund bestand. Des Weiteren geben die im Bundesarchiv, innerhalb der „Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO)“, aufzufindenden Akten des Kulturbundes Aufschluss über die Kooperation zwischen dem Kulturbund und anderen staatlichen Institutionen, da in ihnen zahlreiche Schriftwechsel und Planungsprozesse festgehalten wurden und überliefert sind. Im Vordergrund dieser Zusammenarbeit standen die Verbreitung von Wissen über Denkmalpflege und Denkmalschutz in der DDR sowie der Erfahrungsaustausch zwischen Mitgliedern des Kulturbundes und anderen Organisationen, aber auch mit dem sozialistischen Ausland.

1962 beschlossen die Konservatoren des Instituts für Denkmalpflege auf ihrer Sitzung vom 25. Januar (Abb. 38) unter dem Tagesordnungspunkt „Auslandsreisen“, dass „[m]it der Sektion Natur- und Heimatfreunde im Deutschen Kulturbund [...] in nächster Zeit zu verhandeln [ist], mit dem Ziel, eine Sonderfahrt in das

sozialistische Ausland nur mit Denkmalpflegern zu organisieren³⁵⁷. Am 25. Mai 1962 wandte sich Hans Schoder vom IfD an den Bundessekretär und Abteilungsleiter der Natur- und Heimatfreunde des Kulturbundes, Horst Bänninger, und unterrichtete ihn³⁵⁸ über die Kontakte des Instituts zu den Kollegen in der ČSSR und über die Bemühungen zur Realisierung einer Reise inklusive Gegenbesuches, also einer Austauschreise. Auch über die weiteren Rahmenbedingungen hinsichtlich der Personenzahl und der Kosten berichtete Schoder dem Bundessekretär und offerierte, dass „auch interessierte Mitglieder des Kulturbundes“ in die ČSSR mitreisen könnten. Während alle fachlichen Fragen und Inhalte der Austauschreise dem IfD obliegen sollten, war angedacht, dass der Kulturbund das IfD bei der Organisation und Durchführung unterstützen und auch den Gegenbesuch der tschechoslowakischen Delegation gewährleisten und vorbereiten solle.

Als der Zeitpunkt des Austausches näher rückte, wurde bekannt, dass die Gäste aus der ČSSR – abweichend vom ursprünglichen Reiseplan – noch einen Ausflug in die nördlichen Bezirke unternehmen wollten, wodurch eine Abänderung des Reiseprogramms und der zur Verfügung stehenden Unterkünfte erfolgen musste. Dabei wandte sich das Bundessekretariat des Kulturbundes an die Regionalgruppe in Rostock und beauftragte den dortigen Bundesfreund, Werner Kleinfeld, mit der weiteren Organisation der Reise. Dieses Vorgehen stieß bei Kleinfeld auf Widerstand. Er hatte diesbezüglich wenig Verständnis für die Bundesleitung, da er zum einen der Meinung war, dass die Realisierung der Reise und die organisatorischen Vorbereitungen nicht in seiner Zuständigkeit lägen; aus seiner Sicht wäre es „richtiger gewesen [...], wenn Bundesfreund Müller diese Sache in die Hand genommen hätte, denn letzten Endes ist es seine Arbeit und er bekommt bezahlt dafür“³⁵⁹. Zum anderen sah sich Kleinfeld außer Stande, die Aufgabe zu voller Zufriedenheit zu realisieren, da die Bitte sehr kurzfristig an ihn übermittelt worden war. Das Antwortschreiben vom 1. August 1963 von Bänninger an Kleinfeld unterstrich die Dringlichkeit der Bitte aber nochmals. Deutlich wird dabei auch, dass offenbar nur eine kleine Anzahl von Personen zur Verfügung stand, um die Delegationsreise realisieren zu können. Am 14. August – weniger als einen Monat vor dem Austausch – übermittelten der erste Bundessekretär und der Abteilungsleiter des Kulturbundes dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten alle Angaben und Informationen zur Studienreise mit der Bitte um Genehmigung.³⁶⁰ Am 17. August wurde die Reise vom Ministerium für Kultur mit den Worten genehmigt, dass sie „vom Kulturbund getragen wird“. In der Befür-

357 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 25.01.1962, S. 1.

358 BArch, DY 27/11508, Schreiben von Schoder an Bänninger vom 25.05.1962.

359 BArch, DY 27/11508, Schreiben von Kleinfeld an Bänninger vom 28.07.1963.

360 Vgl. BArch, DY 27/11508, Schreiben von Karlheinz Schulmeister und Horst Bänninger an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten vom 14.08.1963.

wortung des Ministeriums heißt es weiter, man freue sich, „[...] dass den Mitarbeitern des Instituts diese Reise durch den Kulturbund ermöglicht wird.“³⁶¹

Die Involvierung des Kulturbundes hatte zur Folge, dass die Austauschreise nicht als offizielle Fahrt einer staatlichen Institution durchgeführt werden musste, sondern als freundschaftlicher Austausch zwischen zwei sozialistischen Staaten mittels einer nichtstaatlichen gesellschaftlichen Institution durchgeführt werden konnte. Dass die IfD-Mitarbeiter von vornherein die Einbindung des Kulturbundes forciert hatten und sich mit der Bitte um die Organisation der Reise an den Kulturbund gewandt hatten, offenbart den Mehrwert, den der Kulturbund für das Institut hatte. Auf diese Weise standen die Inhalte stärker im Vordergrund als die politisch-ideologischen Fragen. Für den Kulturbund war die Einbindung mit der Hoffnung verbunden, im Folgejahr auch ehrenamtliche Denkmalpfleger an einem weiteren Austausch beteiligen zu können, zugleich diente er der eigenen Legitimierung als zwischen den Institutionen vermittelnde Instanz.

Damit allein gaben sich die Mitglieder des Kulturbundes allerdings nicht zufrieden. Sie verstanden sich durchaus auch als kritische Instanz, die sich selbstbewusst gegenüber der institutionellen Denkmalpflege zu positionieren verstand. Zu diesen kritischen Akteuren innerhalb des Kulturbundes und der ehrenamtlichen Denkmalpfleger gehörte unter anderen Otfried Wagenbreth³⁶², seines Zeichens Geologe, Montanhistoriker und Dozent der Hochschule für Architektur und Bauwesen. Wagenbreth übersandte im November 1970 einen von ihm verfassten Aufsatz mit dem Titel „Glanz und Elend unserer augenblicklichen Denkmalpflege“ an Horst Bänninger und merkte dazu an: „Ich hatte nicht viel Zeit, so daß ich ‚frei von der Leber weg‘ schreiben mußte – deshalb ist auch einige Galle im Text.“³⁶³ Wagenbreth hatte den Aufsatz bezugnehmend auf Horst von Tümplings Zeitungsartikel „Umwelt – Heimat – Natur“ verfasst, welcher am 27. September 1970 in der Wochenzeitung *Sonntag* erschienen war. Die Ausführungen Wagenbreths sind dabei nicht als Replik auf von Tümplings Text zu verstehen, sondern vielmehr als kritische Erweiterung und Konkretisierung. So definierte Wagenbreth darin die Denkmalpflege als „eine progressive, d.h. in die Zukunft weisende Tätigkeit“ und sah die Ursache für die defizitäre Zusammenarbeit zwischen dem IfD und den zuständigen örtlichen Verwaltungsorganen darin, dass das Ministerium für Kultur und das IfD „es bisher allerdings nicht verstanden [haben], diese gesellschaftliche Aufgabenstellung der Denkmalpflege

361 Vgl. BArch, DY 27/11508, Befürwortungsschreiben vom Ministerium für Kultur vom 17.08.1963.

362 Otfried Wagenbreth (07.04.1927–25.05.2017): Geologe, Montanhistoriker. Ab 1962 Dozentur für Geologie und technische Gesteinskunde an der HAB Weimar. Vgl. <https://tu-freiberg.de/presse/nachruf-auf-verdienten-wissenschaftler-der-tu-bergakademie-freiberg-prof-dr-otfried-wagenbreth> [letzter Zugriff: 25.03.2021].

363 BArch, DY 27/8931, Schreiben von Wagenbreth an Bänninger vom 04.11.1970.

wirkungsvoll klarzustellen und damit die Denkmalpflege selbst in das sich entwickelnde gesellschaftliche System des Sozialismus einzufügen [...]“³⁶⁴. Auch die von der institutionellen Denkmalpflege selbst häufig als problematisch definierte fehlende gesellschaftliche Rückbindung sah Wagenbreth als hausgemachtes Problem. Für ihn führten die Konzentration auf „überregional wichtig[e] Einzelobjekte“ sowie der „gesellschaftlich schädlich[e] Ressortgeist“ im IfD zum „Fehlen der notwendigen Massenwirksamkeit“.³⁶⁵ Auch wenn Wagenbreth hier die Verantwortung für diese Umstände allein beim IfD und beim MfK sah, wird deutlich, dass die fehlende Mitwirkung breiterer Bevölkerungskreise als grundsätzliches Problem erkannt worden ist.

Bereits im Frühjahr 1970 hatten die Konservatoren auf ihrer Besprechung vom 17. März 1970 über die „Aktivierung der Zusammenarbeit des Zentralfachausschusses des Kulturbundes und der Denkmalpflege“³⁶⁶ beraten. Neben Bänninger und Wagenbreth waren auch „Frau Adam, Herr Rüssel und Herr Douffet“ an der Konzipierung einer weiteren Kooperation seitens des Kulturbundes beteiligt. Aus dem Protokoll der Konservatorenbesprechung geht hervor, dass man sich auf zwei Punkte verständigt hat: Zum einen sollten sowohl Vertreter des Kulturbundes, des IfD und der Staatsorgane gemeinsam an „konkrete[n] Vorschläge[n] der Zusammenarbeit“ arbeiten und zum anderen sollten die Bezirke stärkere Beachtung finden, „in denen bisher keine intensive gesellschaftliche Arbeit auf diesem Gebiet geleistet“ worden sei. Bis zum Herbst des Jahres 1970 hatte sich aber an der Situation offenbar nicht viel geändert, sodass Wagenbreth seinen Unmut darüber in seinem Aufsatz freien Lauf ließ. Dennoch gibt es auch Beispiele für eine erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen institutioneller Denkmalpflege und Kulturbund, wie anhand der gemeinsamen Anstrengungen dieser bei der Vorbereitung des 20. Jahrestags der DDR aufgezeigt werden kann.

Zwanzig Jahre Denkmalpflege

Während die Konservatoren zum 20. Jahrestag der DDR (1969) eine Publikation planten, organisierten die Mitglieder des Kulturbundes eine Ausstellung. Im Institut für Denkmalpflege begannen die Planungen dafür schon im Januar 1966, denn zusammen mit dem Jahrestag sollte auch das 20. Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR gefeiert und präsentiert werden. Dazu sollte ein „Bildband“³⁶⁷ erscheinen, für dessen Konzeption und fristgerechte Fertigstellung Hans Müller verantwortlich zeichnen sollte. Auf der Konservatorensitzung vom 14. Januar 1966

364 Ebd.

365 Vgl. BArch, DY 27/8931, Artikel von Wagenbreth: Glanz und Elend unserer augenblicklichen Denkmalpflege, o. Pag.

366 BLDAM, L 6/2, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 17.03.1970, S. 3.

367 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 14.01.1966, S. 1.

berichtete Müller bereits von seinen Besprechungen mit dem Seemann-Verlag und erläuterte die weiteren Schritte bezüglich Papierqualität und geplanter Auflagenstärke. Nur zwei Monate später, bei der Besprechung vom 23. März³⁶⁸ konnte die Konzeption für die Publikation bestätigt werden. Auch hatten Deiters und Müller weitere Gespräche mit dem Verlag führen können, sodass nun die eigentliche Arbeit am Bildband beginnen sollte. Die Redaktionsarbeit dazu sollten Joachim Fait, Fritz Löffler und Hans Müller gemeinsam koordinieren.

In den Arbeitsstellen Schwerin, Berlin und Erfurt waren im Sommer 1966 bereits Objektlisten vorhanden, die als Grundlage der Veröffentlichung dienen sollten. Dass die Publikation kein reines Leuchtturmprojekt der DDR-Denkmalpflege werden sollte, sondern vielmehr den Stand, die Inhalte ebenso wie die Arbeitsweise der institutionellen Denkmalpflege widerspiegeln sollte, wird unter anderem daran ersichtlich, dass nicht Ludwig Deiters als Generalkonservator in Zusammenarbeit mit dem Ministerium für Kultur die Publikation plante und umsetzte, sondern dass die Konservatoren der Arbeitsstellen bzw. der Institute miteinbezogen wurden und für die Erstellung des Manuskripts verantwortlich waren.³⁶⁹

Ebenfalls im Sommer 1966 konnten die Konservatoren bereits die geplante Gliederung der Jubiläumspublikation diskutieren.³⁷⁰ Vorgesehen war ein kurzes Vorwort des Ministeriums für Kultur, an das sich eine kurze Einführung von Generalkonservator Deiters zur Denkmalpflege in der DDR und zum Verhältnis von Städtebau und Denkmalpflege zueinander anschließen sollte. Im Anschluss waren Texte der Konservatoren zu Baudenkmalpflege, technischen Denkmälern, Gedenkstätten und Gartendenkmälern geplant, bevor dann ein umfangreicher Bildteil mit circa 200 Abbildungen die Publikation abrunden sollte. In kürzester Zeit war demnach aus dem „Bildband“, als die die Publikation noch im Januar bezeichnet worden ist, ein umfangreicher Katalog zur Denkmalpflege der DDR geworden.

Doch im Oktober 1967 kam es plötzlich zu einem Verlagswechsel.³⁷¹ Scheinbar sah sich der Seemann-Verlag nicht (mehr) in der Lage, die Publikation zu realisieren. Mit dem Henschelverlag war jedoch schnell Ersatz gefunden, sodass das termingerechte Erscheinen des Buches gesichert werden konnte. Hierfür waren allerdings umfangreiche Um- und Neuplanungen notwendig, die von der ursprünglichen Konzeption stark abwichen, wie ein Blick auf die gedruckte Publikation zeigt, die mit ihrem Titel „Denkmale der Geschichte und Kultur. Ihre

368 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 23.03.1966, S. 2.

369 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 23.03.1966, S. 2.

370 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 08.06.1966, Anlage geplante Gliederung der Publikation.

371 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 11.10.1967, S. 2–3.

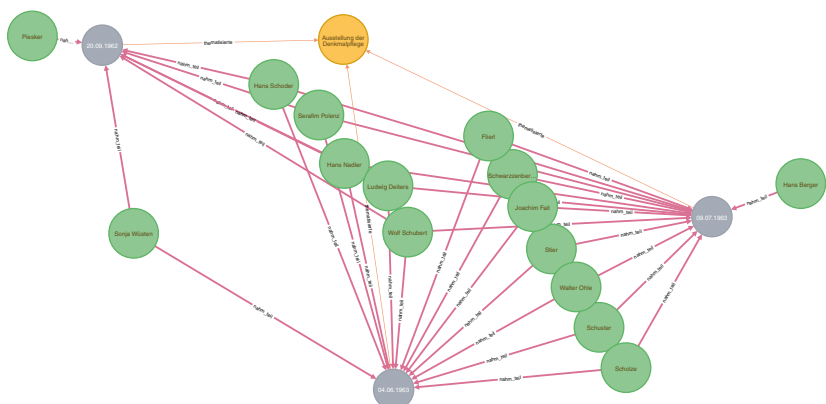


Abb. 39: Ergebnis der Abfrage dazu, wer das Thema Ausstellung verhandelt hat.

```
MATCH (n:Thema)←[:thematisierte]-(b:Besprechung)←[:nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema = "Ausstellung der Denkmalspflege" RETURN n, b, p;
```

Erhaltung und Pflege in der Deutschen Demokratischen Republik⁴³⁷² keinen Zusammenhang zum Jubiläum und zum ursprünglichen Gliederungskonzept erkennen lässt. So fehlt in der erschienen Publikation der klare Bezug zum Jahrestag, da auch auf das Vorwort verzichtet wurde. Lediglich ein Einleitungstext ohne Überschrift und Autorennennung ist einem umfangreichen Bildteil vorgeschaltet. Diesem schließt sich wiederum ein Bildtafel-Kapitel an, das die gezeigten Abbildungen benennt, beschreibt und zum Teil die erfolgten denkmalpflegerischen Maßnahmen erörtert.

Ausstellung zum 20-jährigen Jubiläum

Neben der Publikation zum 20-jährigen Jubiläum plante das Institut für Denkmalpflege in Zusammenarbeit mit den Natur- und Heimatfreunden des Kulturbundes eine Ausstellung, die ebenfalls einen Überblick über die Denkmalpflege in der DDR geben sollte (Abb. 39 und 40). Ein Ziel dieser Ausstellung war es ebenso, die Kooperation zwischen dem IfD und den Natur- und Heimatfreunden aufzuzeigen.³⁷³ Damit sollten die Bedeutung der Natur- und Heimatfreunde als bestehende Organisation innerhalb des Kulturbundes und ihr Beitrag zum Erhalt des Denkmalbestandes der DDR hervorgehoben werden. Nicht zuletzt, um die Daseinsberechtigung der Natur- und Heimatfreunde zu legitimieren.

372 Institut für Denkmalpflege der DDR (Hrsg.): Denkmale der Geschichte und Kultur. Ihre Erhaltung und Pflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1969.

373 Vgl. BArch, DY 27/11514, Bl. 109, Zur Zielstellung der Ausstellung. Ausstellung „20 Jahre Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik“.

p	Anzahl
{Name:Hans Schoder}	3
{Name:Serafim Polenz}	3
{Name:Hans Nadler}	3
{Name:Wolf Schubert}	3
{Name:Ludwig Deiters}	3
{Name:Schuster}	2
{Name:Stier}	2
{Name:Walter Ohle}	2
{Name:Schoitze}	2
{Name:Schwarzenberger}	2
{Name:Joachim Fait}	2
{Name:Flierl}	2
{Name:Sonja Wüsten}	2
{Name:Hans Berger}	1
{Name:Piesker}	1

Abb. 40: Ergebnis der Abfrage nach Personen und Häufigkeiten der Teilnahme an Gesprächen, bei denen das Thema Ausstellung verhandelt worden ist.
 MATCH (n:Thema)←[:thematisierte]-(b:Besprechung)←[:nahm_teil]-(p:Person) WHERE n.Thema = "Ausstellung der Denkmalpflege"
 RETURN p, count (*) AS Anzahl ORDER BY Anzahl DESC

Aus den Aktennotizen und Festlegungen der Planungstreffen zur Ausstellung – an denen Mitglieder des Kulturbundes ebenso teilnahmen wie Mitarbeiter des IfD – geht hervor, dass zunächst angedacht war, eine Ausstellung weiterzuarbeiten, die das IfD bereits für die Deutsch-Britische Gesellschaft vorbereitete. Seitens des IfD sollte die Ausstellung die Themenkomplexe „1. Sozialistische Rekonstruktion der Altstädte und Denkmale (Baupflege), 2. Neue Nutzung der Baudenkmale [und] 3. Historische Denkmale“³⁷⁴ umfassen. Dieser Vorschlag stieß auch bei den Vertretern des Kulturbundes auf Zustimmung, sollte jedoch noch um die „ideologische Seite“ erweitert werden. Man einigte sich darauf, dass die Ausstellung von der DDR-Verfassung und von den gesetzlichen Grundlagen für die Denkmalpflege ausgehen solle, um dann sowohl die Struktur und Gliederung der Denkmalpflege als auch die Zusammenarbeit von Kulturbund und institutioneller Denkmalpflege präsentieren zu können (Abb. 41, folgende Seite).³⁷⁵

Die Bedeutung des Jubiläums zum 20. Jahrestag wurde in den weiteren Planungen thematisiert und sollte zum einen durch eine Rückschau auf die vergangenen zwei Dekaden, in denen sich die Denkmalpflege vor allem der „Beseitigung der Kriegsschäden“ gewidmet hatte, erfolgen. Zum anderen sollte die Ausstellung

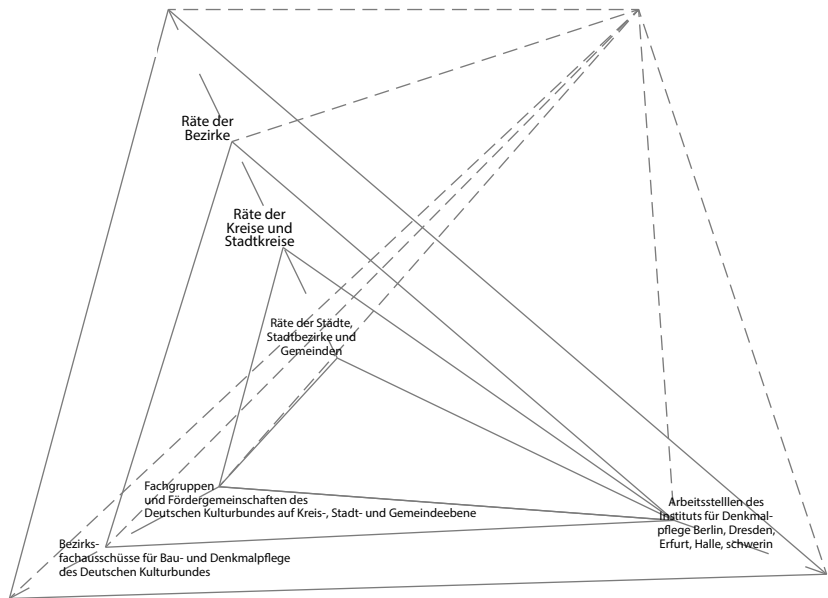
374 BArch, DY 27/11514, Bl. 135.

375 Vgl. ebd.

Staatliche Organe der Denkmalpflege
(Verantwortlich für die Pflege, den Schutz und die Erhaltung der Denkmale im Arbeitsbereich)

Ministerium für Kultur
Zentrales Organ des Ministerrates der DDR
für die Pflege und den Schutz der Denkmale

Ministerium für Bauwesen
(Bezirks-, Kreis- und Stadtbauämter)
(Zusammenarbeit bei Bau- und Architekturfragen)



Gesellschaftliche Organe der Denkmalpflege
Deutscher Kulturbund
Zentrale Kommission Natur und Heimat des Präsidialrates
Zentraler Fachausschuß für Bau- und Denkmalpflege
(Gesellschaftlicher beratender Partner des Ministeriums für Kultur bei Fragen der Bau- und Denkmalpflege)

Wissenschaftliche Organe der Denkmalpflege
Institut für Denkmalpflege der Deutschen Demokratischen Republik
(Beratung, Durchführung von Arbeiten, Forschung, Inventarisierung auf dem Gebiet der Denkmalpflege)
Weitere wissenschaftliche Organe
Deutsche Bauakademie
Büros für Städtebau
Büros für Territorialplanung
Bauhochschulen
(Beratung in wissenschaftlichen, Gestaltungs-, Bau- und Architekturfragen)

Abb. 41: Struktur der Denkmalpflege in der DDR, Überlegungen einer Visualisierung für das 20-jährige Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR

auch dazu dienen, die „zukünftig zentrale Aufgabe“ der Denkmalpflege vorzustellen: die „Mitarbeit an der sozialistischen Rekonstruktion der Städte“.³⁷⁶

Ebenso wie sich der Inhalt der geplanten Exposition noch wandelte und sich mehr und mehr am 20. Jahrestag und den gegenwärtigen Aufgaben und Problemen ausrichtete, veränderte sich auch der Titel im Verlauf der Konzipierungsphase. Offenbar hatte man zunächst geplant, die Ausstellung unter der Überschrift

376 Vgl. ebd., Bl. 138.

„Denkmalpflege in unserer Zeit“ umsetzen zu können. Damit wäre nicht nur ein direkter Bezug zur Publikation von 1961, die anlässlich der neuen Denkmalschutzverordnung von 1961 erschienen war (siehe hierzu Kapitel 4.2.1), hergestellt worden, sondern man hätte zugleich die Möglichkeit geschaffen, aus der Einzelpublikation eine Buchreihe zu etablieren, wie es seitens des Kulturbundes und des IfD wiederholt diskutiert bzw. angedacht wurde.³⁷⁷ Letztlich fiel die Entscheidung jedoch zu Ungunsten der Idee einer Publikationsreihe aus und rückte den Fokus vom Ist-Zustand der Denkmalpflege weg und hin zum großen Staatsjubiläum.

Sukzessive vergrößerte sich die Ausstellung im Planungsprozess von zunächst 20 Ausstellungstafeln, die das IfD für die Deutsch-Britische Gesellschaft vorgesehen hatte, auf insgesamt 36 Tafeln. Auch die Themenkomplexe erweiterten sich und sollten nun Gedenkstätten, technische Denkmale, Denkmale in neuer Nutzung, Erholungsgebiete, Altstädte, die gesellschaftliche Arbeit des Kulturbundes und der Denkmalpflege sowie Bauten von internationaler Bedeutung umfassen. Durch die Ausweitung der Themenkomplexe sollten die Vielfältigkeit des Aufgabenspektrums der Denkmalpflege ebenso wie ihre Verankerung in der Gesellschaft und im Alltag jedes Einzelnen in Text und Bild vor Augen geführt werden. Zu den Hauptaufgaben der sozialistischen Denkmalpflege, wie sie in der Ausstellung vorgestellt wurde, sollte die sozialistische Rekonstruktion (vgl. Kapitel 5.3.2) gehören. Als Positivbeispiele wurden hierfür neben Görlitz noch Quedlinburg, Bautzen, Stralsund, Erfurt, Rostock, Weimar, Dresden, Leipzig, Karl-Marx-Stadt und Freiberg angeführt. Es handelte sich dabei nicht nur um Rekonstruktionen von Altstadtensembles, sondern vor allem um den Erhalt von „Altstadtbildern und Bauensembles“, da darunter „viele Schätze der Weltkultur“ seien.³⁷⁸ Dass es bei dieser Art von Rekonstruktion häufig weniger um den Substanzerhalt oder um den historisch-dokumentarischen Wert eines Denkmals ging, sondern vielmehr um den Schutz eines „Altstadtbildes“ und damit um eine bestimmte Wirkung, die im Stadtraum erzeugt werden sollte, führte die Exposition selbst dem Betrachter anhand der gezeigten Aufgabe „Wohnraumgewinnung“ vor Augen.

Innerhalb der Ausstellung sollten vor allem die Bilder wirken. Die Texte dazu sollten „möglichst kurz“ gehalten werden und eine eher erläuternde Funktion erfüllen. Als inhaltlicher Ausgangspunkt blieben über den gesamten Planungszeitraum hinweg die DDR-Verfassung, die Denkmalschutzverordnung sowie Ausführungen zur Bedeutung der Denkmale innerhalb der sozialistischen Gesellschaft bestehen.³⁷⁹ Der Staat bzw. die Regierung sollte auf diese Weise als Bewahrer der

377 Dass die Pläne zur Umsetzung einer Publikationsreihe unter dem Titel „Denkmalpflege in unserer Zeit“ durchaus konkret waren, kann ebenfalls den Akten des Kulturbundes BArch, DY 27/11514 entnommen werden.

378 Vgl. BArch, DY 27/11514, Bl. 30.

379 Vgl. ebd., Bl. 109.

Denkmale und der Denkmalpflege inszeniert werden und eine starke Verbindung zwischen denkmalpflegerischen Belangen und der Gesellschaft sollte suggeriert werden. Zudem sollte kein Zweifel daran bestehen, dass eine wesentliche Voraussetzung für eine erfolgreiche Denkmalpflege in der „Massenbewegung [liegt], an der jeder persönlich beteiligt [ist]“³⁸⁰.

Während die Exposition ihre inhaltlichen Schwerpunkte auf die Einbindung der Denkmalpflege in die Gesellschaft wie auch auf die Rekonstruktion von (Alt-) Städten legte und damit das Bild einer „sozialistischen“ Denkmalpflege bzw. einer Denkmalpflege innerhalb einer sozialistischen Gesellschaft erzeugte, präsentierte sich die IfD-Publikation anlässlich des Jubiläums zeitgemäß und im internationalen Vergleich auf Augenhöhe. Sie gab Auskunft über Tätigkeitsfelder und Inhalte der Denkmalpflege in der DDR, ohne den Eindruck zu hinterlassen, dass die institutionelle Denkmalpflege politisch-ideologisch getrieben sei, sondern bediente sich eher klassischer denkmalpflegerischer Inhalte. Im Vergleich dazu erschien die Ausstellung mit ihren Ulbricht-Zitaten und Auszügen aus Verfassung und Denkmalschutzverordnung ideologisch stark aufgeladen. Die in ihr gezeigten Objekte fanden sich zum Großteil auch in der Publikation des Instituts für Denkmalpflege wieder. Durch die veränderte Schwerpunktsetzung und in Verbindung mit den Zitaten und Leittexten auf den Ausstellungstafeln entstand ein politisch-didaktisches Moment, das weniger das Denkmal als vielmehr die weitere Entwicklung einer Denkmalpflege innerhalb der sozialistischen Gesellschaft zum Thema machte.

Zugespitzt könnte man formulieren: Die Ausstellung war ausgehend von den staatlichen Strukturen, politischen Leitbildern und ideologischen Zielen konzipiert worden. Die Publikation diente dem Institut für Denkmalpflege und seinen Arbeitsstellen als Grundlage sowie Ausgangspunkt und stellte das Denkmal und die Ergebnisse der institutionellen Denkmalpflege in den Vordergrund. Ausstellung und Publikation zeigten zusammen letztlich einerseits die Dichotomie der Denkmalpflege zwischen politisch-ideologischem und fachwissenschaftlichem Anspruch und andererseits das breite Spektrum der Denkmalpflege in der DDR auf. Der Vergleich lässt keine Unterscheidung in Anspruch und Realität zu, sondern zeigt die Vielschichtigkeit der Realitäten auf, in denen sich Denkmalpflege entwickelt hat und entwickeln konnte.

Partner im Bauwesen: BdA

Der Bund der Architekten der DDR (BdA) war als Tagesordnungspunkt nur selten in den Protokollen der Konservatorengespräche dokumentiert (Abb. 42). Dennoch gehörte auch diese Vereinigung zu den Organisationen, die mittelbar Gesprächs- oder Diskussionsgegenstand der Besprechungen waren, da sie als Berufsorgani-

380 Ebd., Bl. 138 RS.

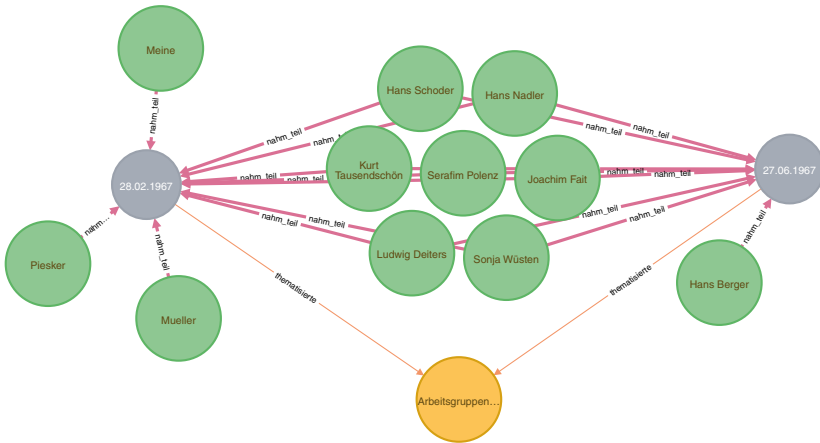


Abb. 42: Ergebnis der Abfrage nach dem Tagesordnungspunkt „Arbeitsgruppe im BdA“.
 MATCH (n:Thema)←[:thematisierte]-(b:Besprechung) WHERE
 n.Thema='Arbeitsgruppen im BdA' RETURN n,b;

sation der Architekten unter anderem für die Förderung des sozialistischen Städtebaus eintrat und sich damit indirekt auch mit der historischen Bausubstanz vieler Städte und Dörfer auseinanderzusetzen hatte.

Auf der Konservatorenversammlung vom 28. Februar 1967 informierte Ludwig Deiters die anwesenden Konservatoren über die Bildung einer Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“ im BdA. Diese begründete sich auf die vielfältigen Tätigkeitsbereiche des BdA, die bereits im Statut (GBI Teil II Nr. 11 vom 3. Februar 1967) verankert seien.³⁸¹ Deiters führte den Konservatoren gegenüber aus, dass sich die Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“ aus verschiedenen Berufsgruppen und Tätigkeitsbereichen zusammensetzen sollte und für sie „neben Mitarbeitern des Instituts auch in den staatlichen Organen tätige Architekten, Stadtplaner, Bezirks- und Stadtarchitekten [...] sowie ehrenamtlich für die Denkmalpflege tätige Vertrauensleute“³⁸² gewonnen werden sollten, um eine möglichst wirksame Denkmalpflege entstehen zu lassen. Am 13. Juni 1967 kam es dann in Berlin offiziell zur Gründung der Arbeitsgruppe, die durch den Bundesvorsitzenden Walter Mickin eröffnet wurde.

Aus dem Entwurf des Einladungsschreibens zur Gründungsversammlung der Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“ im BdA geht hervor, dass die Gründung bereits auf dem V. Bundeskongress des BdA in Halle am 18. Juni 1967 beschlossen worden war und die Hauptaufgabe dieser in der „Unterstützung der staatlichen

381 BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 28.02.1967, S. 4.

382 Ebd.

Organe bei der Lösung verschiedener Probleme“³⁸³ liegen sollte. Auf der Gründungsversammlung wurden die wichtigsten Aufgaben der Arbeitsgruppe umrissen und ihre Ziele definiert. Insgesamt listeten die Gruppenangehörigen neun Aufgabenbereiche auf, die von der Aufforderung ihrer eigenen Mitglieder zur Beteiligung am „Prozess zur Klärung grundsätzlicher Fragen der Denkmalpflege“, „der Bewertung und Erfassung der historisch-wertvollen Bausubstanz“, „der Zustandskontrolle und Veranlassung denkmalpflegerischer Maßnahmen als ehrenamtliche Arbeit in Aktivs und Kommissionen“ über die „Ausschöpfung der Möglichkeiten wirkungsvoller Publikationen“ bis hin zur „Einflußnahme auf die Ausbildung der Architekten“ sowie die „Einflußnahme auf Wettbewerbe in denen denkmalpflegerische Probleme berührt werden“ und der „Mitarbeit an gesetzlichen Regelungen“ reichten.³⁸⁴

Der von Deiters aufgestellte Aufgabenkatalog verdeutlicht den Drang der institutionellen Denkmalpflege, auf gegenwärtig stattfindende Umgestaltungsmaßnahmen und Bauprojekte Einfluss nehmen zu können und ihren Wirkungsbereich aus dem rein theoretisch-ideologischen Kulturbereich in das real praktizierende Bauwesen hinein ausdehnen zu können. Darüber hinaus lassen insbesondere die Aufforderungen an die Mitglieder der Arbeitsgruppe zur Mitarbeit und zum ehrenamtlichen Engagement erkennen, dass für die denkmalpflegerischen Aufgaben in der DDR nach wie vor zu wenig (Fach-)Personal verfügbar war.

Im Anschluss an Deiters Referat bei der Gründungsveranstaltung wurde der Vorstand gewählt. Dieser setzte sich neben Ludwig Deiters als Vorsitzendem zusammen aus: Erika Lorenz³⁸⁵, Bernhard Klemm, Werner Lonitz³⁸⁶, Schlopsnies³⁸⁷, Kurt Tausendschön und Hugo Namslauer³⁸⁸.

Bereits eine Woche nach Gründung der Arbeitsgruppe kamen die Mitglieder am 20. Juni 1967 erneut zusammen. Zu Beginn hielt Deiters ein Grundsatzreferat zur Situation der Denkmalpflege und anschließend wurden elementare Pro-

383 BArch, DY 15/862, fol. 2, Einladungsschreiben zur Gründungsversammlung vom 18.06.1967.

384 Vgl. ebd., fol. 4, Niederschrift über die Gründungsveranstaltung vom 13.06.1967.

385 Erika Lorenz (26.11.1922–11.03.1976): Architektin. Vgl. <http://www.digiporta.net/index.php?id=104605469> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

386 Werner Lonitz (09.08.1913–16.01.1976): Architekt. Vgl. <http://www.digiporta.net/index.php?id=886944283> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

387 Zu Herrn Schlopsnies konnten keine weitere Daten ermittelt werden.

388 Hugo Namslauer (24.05.1922–08.01.1999): Gartenbauingenieur und Denkmalpfleger. 1950 Gartentechniker beim Magistrat von Berlin, 1954–1958 Mitarbeit an der Gedenkstätte Buchenwald, 1954–1959 Mitarbeit an der Gedenkstätte Ravensbrück, 1961–1987 Mitarbeiter am Institut für Denkmalpflege, Leiter der Abteilung Historische Garten- und Parkanlagen. Vgl. <https://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/recherche/kataloge-datenbanken/biographische-datenbanken/hugo-namslauer> [letzter Zugriff: 02.07.2021].

bleme der Denkmalpflege diskutiert. Dabei ging es um die Sichtweise der Architekten auf denkmalpflegerische Themenfelder, auch bezüglich der Ausbildung des Nachwuchses, sowie um die unzureichende Präsenz der Denkmalpflege in der öffentlichen Wahrnehmung.³⁸⁹ Deiters problematisierte vor allem die hohe Anzahl denkmalpflegerischer Objekte, die aufgrund ihrer Menge weder in der notwendigen Weise erfasst noch denkmalpflegerisch geschützt oder gesichert werden könnten. Er plädierte daher dafür, dass die Baudenkmalerschaffung auch vom BdA übernommen werden sollte. Hierbei stieß Deiters jedoch auf Gegenwehr. Dr. Schlopsnies verstand die Baudenkmalerschaffung nicht als Aufgabe der Arbeitsgruppe oder des BdA, da diese oder dieser „nicht das nachholen [soll], was staatliche Stellen versäumt haben“³⁹⁰.

Einigkeit hingegen bestand bei den Mitgliedern darüber, dass die Wahrnehmung der Denkmalpflege sowohl in der Fachwelt als auch in der breiteren Öffentlichkeit unzureichend sei und dringender Verbesserung bedürfe. Bernhard Klemm führte vergleichend die „Naturkundler“ an, die es deutlich besser verstünden, ihre Themen in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Deiters meinte hingegen, dass man vor allem die Planträger umstimmen müsse und diese nur dann überzeugen könne, wenn ihr jeweiliges Denkmalobjekt gewinnbringend (beispielsweise im Rahmen des Fremdenverkehrs oder als Gaststätte oder Hotel) genutzt werden könne. Die Gruppenmitglieder Schuster und Görl waren dagegen der Auffassung, dass vor allem die Architekten von der Denkmalpflege und vom Erhalt historischer Substanz überzeugt werden müssten und bereits bei den Studierenden für eine größere Akzeptanz geworben werden müsse. Hierauf erwiderte Klemm, dass dies an der TU Dresden bereits der Fall sei, man „aber in Weimar in dieser Richtung noch eine mangelhafte Erziehung“ hätte. Am Ende der Niederschrift bündelt ein erneuter Aufgabenkatalog die Ergebnisse der Sitzung. Dabei wurde der erste, neun Punkte umfassende, Katalog letztlich um zwei weitere Punkte ergänzt: Zum einen gehörte nun auch die wissenschaftliche Arbeit an denkmalpflegerischen Grundsatzfragen zu den Aufgaben der Arbeitsgruppe (Punkt 10) und zum anderen sollte das Fachgebiet „Denkmalpflege“ in internationalen Fachverbänden vertreten sein (Punkt 11).³⁹¹

Auf den Konservatorensitzungen berichtete Deiters in regelmäßigen Abständen von den Tätigkeiten und Ergebnissen der Arbeitsgruppe „Denkmalpflege“. So berichtete er bei der Sitzung vom 27. Juni 1967, dass „die Arbeitsgruppe bisher dreimal zusammengetreten ist“ und sich an der Arbeitsgruppe „auch die Plankommission, das Ministerium für Finanzen und das Ministerium für Bauwesen“

389 Vgl. ebd., fol. 8, Protokoll über die Sitzung der Arbeitsgruppe Denkmalpflege vom 20.06.1967.

390 Ebd., fol. 7.

391 Ebd.

beteiligen würden.³⁹² Weiter legte Deiters dar, dass es hinsichtlich der „Finanzierungspraxis der Denkmalpflege [...] eine heftige Debatte um die Finanzierung des sogenannten denkmalpflegerischen Mehraufwands“³⁹³ gegeben habe. Da hierzu jedoch offenbar innerhalb der Arbeitsgruppe keine Lösung gefunden worden ist, schlug Nadler nun während der Konservatorensitzung vor, „zu untersuchen, welche anderen Finanzierungsquellen [...] erschlossen werden können“³⁹⁴.

Aus den Arbeitsplänen der Arbeitsgruppe zu den Jahren 1968 und 1969 geht diese Problematik jedoch nicht hervor und sie scheint daher kein Hauptthema gewesen zu sein. Für das Jahr 1968 bestanden die Schwerpunkte aus der Formulierung von „Hinweise[n] zur städtebaulichen Einbeziehung und zur kulturellen und ökonomischen Nutzung der historischen Bausubstanz bei der Rekonstruktion der Städte und Dörfer in der DDR“ sowie aus der Beschäftigung mit Nutzungsmöglichkeiten „historischer Bauten für Zwecke der Erholung und des Tourismus“.³⁹⁵ Das Thema Erholung und Tourismus wurde auch 1969 fortgeführt. Darüber hinaus wurde 1969 die „Erschließung von Baudenkmalen bei der Gestaltung der Umwelt der sozialistischen Gesellschaft“ zum Arbeitsschwerpunkt der Arbeitsgruppe.³⁹⁶

In einem Rechenschaftsbericht von 1970 zur Tätigkeit der Zentralen Arbeitsgruppe (ZAG) „Denkmalpflege“ erklärte der Konservator Peter Goralczyk als Vorstandsmitglied der ZAG Denkmalpflege und als Verfasser des Berichts, dass die volle Arbeitsfähigkeit erst ab 1969 habe gewährleistet werden können, obwohl die Gründung bereits 1967 erfolgt war. Insbesondere die Tagung der Arbeitsgruppe in Stralsund 1969 wurde von Goralczyk in seinem Bericht herausgestellt und erscheint daher retrospektiv als Initialzündung der eigentlichen Tätigkeit.³⁹⁷

5.3.3 Zwei unter Vielen. Ludwig Deiters und Fritz Rothstein

Im folgenden Kapitel sollen Ludwig Deiters und Fritz Rothstein eingehender betrachtet werden. Das Ziel ist es, deren Position(en) in den Bereichen Denkmalpflege und Denkmalschutz innerhalb des zweiten Untersuchungszeitraumes zu begutachten, zu vergleichen und kritisch zu hinterfragen. Während Deiters als Generalkonservator auf nationaler Ebene agierte, war Rothstein als Hauptreferent für Denkmalpflege beim Berliner Magistrat auf lokaler bzw. städtischer Ebene aktiv und war dennoch überregional vernetzt; nicht zuletzt, weil er – ebenso

392 Vgl. BLDAM, L 6/3, Protokoll der Konservatorenbesprechung vom 27.06.1967, S. 2.

393 Ebd., S. 2–3.

394 Ebd., S. 3.

395 Vgl. BArch, DY 15/862, fol. 10, Arbeitsplan 1968.

396 Vgl. ebd.

397 Vgl. ebd., fol. 46–47, Rechenschaftsbericht 1970.

wie Deiters – Mitglied der Fachgruppe „Rekonstruktion“ des BdA war. Sowohl Deiters als auch Rothstein sollen hierbei als exemplarisch ausgewählte Protagonisten der DDR-Denkmalpflege untersucht und als solche verstanden werden. Wie in den Kapiteln zu den Konservatorengesprächen (Teil I und II) aufgezeigt werden konnte, gab es nicht *den einen* Protagonisten, sondern eher eine Vielzahl von Akteuren, die sich regelmäßig austauschten, die über unterschiedliche Netzwerke verfügten und die ihre Handlungsspielräume unterschiedlich zu nutzen verstanden.

Ludwig Deiters – Der Generalkonservator

Ludwig Deiters³⁹⁸ schloss 1950 sein Architekturstudium an der TU Berlin mit Diplom ab und begann im Anschluss daran, beim Institut für Bauwesen der Deutschen Akademie der Wissenschaften, im Bereich der Grundlagenforschung zum Schulbau, zu arbeiten. Im Verlauf der 1950er Jahre beteiligte Deiters sich am Wettbewerb für das Mahnmal Buchenwald und am Bau der Wohnstadt des Eisenhüttenkombinats „Stalinstadt“/Eisenhüttenstadt, ab 1954 arbeitete er an der Gedenkstätte Buchenwald mit sowie an Entwürfen für die beiden Nationalen Gedenkstätten Ravensbrück und Sachsenhausen. 1957 wurde er durch das MfK zum Konservator für die Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder berufen. Deiters trat damit die Nachfolge von Gottfried Müller an, der altersbedingt in den Ruhestand ging.³⁹⁹ Obwohl Deiters im Bereich der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes bis zu diesem Zeitpunkt kaum auf eigene Erfahrungen zurückgreifen konnte, wurde er sogleich vom MfK für die weitere Ausarbeitung einer neuen Denkmalschutzverordnung mithinzugezogen. Nur vier Jahre nach seinem Beginn in der institutionellen Denkmalpflege wurde Deiters im Zuge der Umstrukturierung bzw. Neuordnung der Denkmalpflege 1961 zum Generalkonservator der DDR ernannt. Erst 1967 promovierte Deiters an der TU Dresden zum Thema „Untersuchung zur Rekonstruktion der historischen Kerne in märkischen Kleinstädten“ (vgl. hierzu Kapitel 5.3.2).

Wie bereits dargestellt, war Deiters als Generalkonservator die zentrale Figur der regelmäßigen Konservatorengespräche (vgl. Kapitel 5.3.1), da alle Entscheidungen über anstehende Aufgaben oder Veränderungen, über die Bereitstellung finanzieller Mittel ebenso wie die Klärung von Konflikten von ihm getroffen bzw. durchgeführt wurden.

Doch wie hat Ludwig Deiters als Generalkonservator die Denkmalpflege in der DDR bewertet? Welche Position(en) vertrat er? Und wie agierte er? Anhand von zwei Interviews, die Deiters während seiner Zeit als Generalkonservator gegeben hat, soll der Versuch unternommen werden, seinen Blickwinkel und seine

398 Weitere biographische Angaben zu Ludwig Deiters siehe auch in Kapitel 3.3.1 „Direktor gesucht“ in Fußnote 184.

399 Vgl. Ludwig Deiters: Das Institut für Denkmalpflege, S. 18.

Positionen innerhalb des Gefüges der institutionellen Denkmalpflege nachzuzeichnen. Die zwei ausgewählten Interviews eignen sich hierfür im Besonderen, da eines der beiden letztlich nicht veröffentlicht wurde und das andere sowohl in einer veröffentlichten Version als auch in der Manuskriptfassung vorliegt, bei der die Antworten von Deiters selbst schriftlich festgehalten wurden und ungekürzt erhalten sind. In seiner Ausführlichkeit stellt dieses zweite Interview eine Ausnahme im Nachlass von Ludwig Deiters dar und spiegelt das Denken und Handeln des Generalkonservators in besonders eindrücklicher Weise wider. Diese Quelle ist deshalb in besonderem Maße für die Analyse des Protagonisten Ludwig Deiters geeignet und wird im Folgenden – dem erstgenannten (unveröffentlichten) Interview vorgezogen – genauer betrachtet.

Das Interview wurde 1968 im Rahmen eines Sonderheftes der *Deutschen Architektur*⁴⁰⁰ zum Thema „Neues Leben in alten Räumen“ mit Ludwig Deiters geführt. Entlang von fünf Fragen formulierte Deiters den aktuellen Stand der Denkmalpflege in der DDR sowie zukünftige Entwicklungen und Herausforderungen. Er nannte Inhalte, Ziele sowie wesentliche Aufgaben und Probleme (Frage 1), definierte die Denkmalpflege als aktiven Prozess (Frage 2), erläuterte die Beziehung von institutioneller Denkmalpflege und örtlichen Organen zueinander (Frage 3) sowie das Verhältnis des BdA zu denkmalpflegerischen Zielsetzungen (Frage 4) und führte die künftigen Schwerpunktbereiche der Denkmalpfleger aus (Frage 5).

Hinsichtlich ihrer Inhalte und Ziele definierte Deiters die Denkmalpflege als Gegenstand der historischen und politischen Bildung und somit als zentralen Bestandteil der Gesellschaft und Kulturpolitik. In Abgrenzung zur Denkmalpflege und zum Denkmalschutz in der Vorkriegszeit führte dies, Deiters folgend, zur Erweiterung des Denkmalbegriffes, der nicht mehr das Einzeldenkmal fokussierte, sondern „das Monument [als] Glied einer Kette zum Verständnis der Entwicklungszusammenhänge“⁴⁰¹ sehe. Als größte Herausforderung für die Denkmalpflege benannte Deiters den Prozess der sozialistischen Umgestaltung. Hierbei stehe für ihn vor allem die Frage nach dem Umgang mit historischen Stadtkernen im Zentrum der denkmalpflegerischen Debatte zur sozialistischen Umgestaltung. Die Stadtkerne sollten ihre Zentrumsfunktion weiter innehaben, um nicht abzusterben.⁴⁰² Allerdings mache das rasante Fortschreiten des sozialistischen

400 Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen. Probleme heutiger Denkmalpflege, in: Deutsche Architektur (1968), H. 12, S. 714–715.

401 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Schriftliche Beantwortung der Interviewfragen der Deutschen Architektur, für Deutsche Architektur 1968, Sonderheft „Leben in alten Räumen“. Sowie: Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 714.

402 Vgl. IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Schriftliche Beantwortung der Interviewfragen der Deutschen Architektur, Frage 1. Sowie: Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 714.

„Umgestaltungsprozesses“ bzw. die rasche Industrialisierung des Bauwesens eine Klassifizierung des Altbaubestandes in „[d]enkmalwerte Substanz“, „[e]rhaltenswerte Substanz“ und „kulturhistorisch bedeutungslose Substanz“ notwendig.⁴⁰³ Unklar bleibt in Deiters Ausführungen jedoch, nach welchen Kriterien diese Klassifizierung erfolgte oder erfolgen sollte.

Nahm man diese Art der Klassifizierung vor und stuft ein Bauwerk als „bedeutungslos“ ein, kam es zu dessen Abriss. Dadurch entstanden Lücken im Stadtgefüge bzw. Stadtbild und es wurde die Folgefrage aufgeworfen, wie man mit den neu entstandenen Lücken umzugehen habe. Deiters plädierte für die „Einfügung neuer Wohnbauten“⁴⁰⁴, jedoch definiert durch die Nutzung, nicht durch die Architektur und Formsprache. Bezüglich der Ausführung kam Deiters zu dem Schluss, dass „[d]ie alte Forderung nach angepaßter Architektur und traditioneller Bauweise [...] bei Neubauten in derartiger Situation heute jedoch nicht mehr generell aufrecht erhalten werden“⁴⁰⁵ könne. Mit einem Verweis auf Martin Henzes Untersuchung zu Freiberg, die 1963 in der *Deutschen Architektur* (im Rahmen des Themenheftes zur sozialistischen Umgestaltung, vgl. Kapitel 5.3.1) vorgestellt worden war, gab Deiters lediglich zu bedenken, dass „allzugroße Kontraste [...] vermieden werden“⁴⁰⁶ müssten.

Aus Deiters' Ausführungen wird das Spannungsfeld deutlich, in dem sich Denkmalpflege und Denkmalschutz in der DDR abspielen sollten. Einerseits sollte die institutionelle Denkmalpflege dem erweiterten Denkmalsbegriff gerecht werden und andererseits hatte sie sich mehr und mehr der fortschreitenden Ökonomisierung und Industrialisierung des Bauwesens ein- bzw. unterzuordnen. Die von Deiters angeführte Klassifizierung stellt dabei letztlich das Ergebnis einer Denkmalpflege innerhalb dieses Spannungsfeldes dar und zeigt Denkmalpflege und Denkmalschutz in der DDR als ein von der Notwendigkeit und vom Pragmatismus getriebenes Handlungsfeld.

Im Rahmen des Interviews problematisierte Deiters auch die Vorgehensweise bei der Restaurierung von Einzelbauten. Die Frage nach der „Erhaltung der Alterswirkung oder Wiederherstellung der künstlerischen Wirkung“ bezeichnete Deiters im Interview als „Streitfrage“, bei der er sich zu einer eindeutigen Positionierung hinreißen ließ: „Ich werde immer dafür eintreten, daß die Geschlossenheit der Wirkung mit Hilfe der Rekonstruktion historischer Formen wiederhergestellt wird, wo immer die Anhaltspunkte dafür ausreichen. Wo das nicht der Fall ist, soll der Architekt die notwendigen Ergänzungen in den Formen unserer Zeit [...]“

403 Vgl. ebd.

404 Ebd.

405 Ebd.

406 Ebd.

einfügen.⁴⁰⁷ Demnach bevorzugte Deiters eine Rekonstruktion von Einzelbauten mit dem übergeordneten Ziel einer künstlerischen Wirkung. Die Konservierung als denkmalpflegerische Maßnahme hatte für ihn im Vergleich zum Erhalt einer Stadtbildwirkung geringere Bedeutung. Gleichwohl betonte er, dass eine Rekonstruktion nur auf wissenschaftlich fundierter Grundlage erfolgen dürfe und sich – falls dies nicht möglich sei – nur „Formen unserer Zeit“ anbieten würden.⁴⁰⁸

Auch bei der Beantwortung der zweiten Frage verdeutlichte Deiters, dass die Wiederherstellung eines spezifischen Stadtbildes Restaurierungsmaßnahmen und Rekonstruktionen ermögliche, die er unter anderem als „experimentelle Baustellen“⁴⁰⁹ titulierte. Während es durchaus museale Denkmale gebe, wie beispielsweise die Potsdamer Schlösser, den Naumburger Dom oder die Klosterruine Chorin, so existierten aber auch Baudenkmale, bei denen die Notwendigkeit zur Umnutzung bestünde. Deiters präzisierte zudem, dass die Unterscheidung zwischen Außen- und Innenraum durchaus unterschiedlich gehandhabt werde, es hier also gewisse Spielräume geben konnte, und seitens der Denkmalpflege offenbar von Einzelfall zu Einzelfall unterschieden wurde. So verwies Deiters auf der einen Seite auf die Wohnbauten in Görlitz, bei denen historische Hallen und Treppenaufgänge hätten wiederhergestellt werden können, und auf der anderen Seite auf Wohnbauten in Quedlinburg und Stralsund, bei denen „stärkere Veränderungen“ vorgenommen worden seien und es eine „große Anzahl der experimentellen Baustellen zur Rekonstruktion historischer Bürgerhäuser“ gebe.⁴¹⁰

Ebenso geht aus Deiters Antworten hervor, dass dieser sehr unterschiedliche Umgang mit dem Denkmalbestand weniger aus denkmalpflegerischen Leitlinien oder Grundhaltungen heraus nachvollzogen werden konnte, sondern vielmehr in wirtschaftlichen Notwendigkeiten gefunden werden musste: Nur eine intensive Nutzung des Denkmals könne auch eine ständige Instandsetzung garantieren, so Deiters.⁴¹¹

Im Wiederaufbau bzw. in der Rekonstruktion sah Deiters die Hauptaufgabe der Denkmalpflege für die kommenden Jahre (vgl. Frage 5). Auch hier waren es die Stadtzentren, die für den Generalkonservator „Schwerpunkte der denkmalpflegerischen Arbeit“ sein sollten.⁴¹² Dies überrascht kaum, da auch das DDR-

407 Antwort auf Interviewfrage Nr. 1, Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 715.

408 Vgl. ebd.

409 Antwort auf Interviewfrage Nr. 2, Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 715.

410 Vgl. ebd.

411 Vgl. ebd.

412 Vgl. Antwort auf Interviewfrage Nr. 5, Redaktion der Deutschen Architektur: Neues Leben in alten Räumen, S. 715.

Bauwesen sein Augenmerk auf die Stadtzentren gelegt hatte und den Wiederaufbau in den folgenden Jahren abschließen sowie die sozialistische Umgestaltung vorantreiben wollte. Deiters hatte erkannt, welche Dringlichkeit dies für die DDR-Denkmale bedeutete und versuchte aus seiner Position heraus, die Altstadtbereiche vor der rationalisierten und industrialisierten Umgestaltung der Städte zu schützen. Eine Chance für die Denkmale und insbesondere für die Stadtzentren sah Deiters im aufkommenden Tourismus. So sollten die „historische[n] Stadtkerne von Quedlinburg, Stralsund und Görlitz zu Zentren des Tourismus entwickelt werden“⁴¹³. Wenn dies gelänge, so lässt sich diese Aussage deuten, hätte man eine weitere Facette der Wirtschaftlichkeit von Denkmalpflege und Denkmalschutz zu bieten, die zugleich gewinnbringend für die Außenwirkung und Außendarstellung der DDR genutzt werden könne – auch oder insbesondere im Hinblick auf eine stärkere Positionierung denkmalpflegerischer Inhalte innerhalb des Prozesses der sozialistischen Umgestaltung.

Am Ende seines beruflichen Wirkens als Generalkonservator der DDR betonte Ludwig Deiters ebenfalls das Thema des Wiederaufbaus bzw. der Rekonstruktion als denkmalpflegerische Kernaufgabe, wie ein unveröffentlichtes Interview verriet, das ursprünglich zu Deiters' 65. Geburtstag und anlässlich seiner Amtsübergabe an Peter Goralczyk unter dem Titel „Kontinuität in der Denkmalpflege“⁴¹⁴ hätte erscheinen sollen. Gefragt wurde Deiters nach seinem persönlichen Rückblick auf die Entwicklungen der Denkmalpflege in der DDR, die er von 1957 an für drei Jahrzehnte maßgeblich geprägt hat. In seiner Antwort verwies Deiters auf seine ersten Berufserfahrungen von 1954 an innerhalb des „Architektenkollektivs Buchenwald“, die er bereits als den Beginn seiner denkmalpflegerischen Arbeit verstand.⁴¹⁵

Obwohl die damit angesprochenen Entwurfsarbeiten für die Gedenkstätte Buchenwald nach dem Verständnis der heutigen Denkmalpflege nicht als denkmalpflegerische Arbeit gewertet werden würden, lässt sich die Herleitung, die Deiters in diesem Interview vollzieht, nicht gänzlich von der Hand weisen. Schließlich wurde die Gedenkstätte Buchenwald zur Nationalen Gedenkstätte und damit zu einem bedeutenden Denkmal der DDR.

413 Ebd.

414 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Neues Deutschland: Kontinuität und Denkmalpflege, unveröffentlichter Artikel aus dem Nachlass. Laut Randnotizen auf dem Typoskript scheint der Artikel im Dezember 1986 bzw. Januar 1987 zur Diskussion gestanden zu haben. So finden sich konkret die Angaben „30.12.86“ und „19.1.87“ sowie „16.3.87“ als handschriftliche Ergänzungen auf dem Skript. Warum das Interview letztlich nicht oder zumindest nicht in dieser Form erschien, ist unklar.

415 Vgl. ebd.

Mit dem Beginn seiner Konservatorentätigkeit hat Deiters 1957 die Zuständigkeit für Arbeiten am Kulturhaus Marchwitza sowie für verschiedene barocke Bürgerhäuser und die Nikolaikirche in Potsdam übernommen.⁴¹⁶ Die Gemeinsamkeit zwischen diesen Projekten liegt in der Wiederaufbauleistung, die hier unter denkmalpflegerischen Maßgaben vollzogen wurde. Gleichwohl sind es Rekonstruktionen, die den Wiederaufbau dieser Objekte nach den Zerstörungen des Zweiten Weltkriegs meinen. Auch damit verwies Deiters hier nicht auf „klassische“ denkmalpflegerische Projekte, sondern auf Objekte, die neu entstanden sind und neu entstehen sollten. Es ist zwar aufgrund des Ausmaßes der Kriegszerstörungen nachvollziehbar, dass die Konservierung und Restaurierung bestehender Objekte weniger Beachtung fanden als der Wiederaufbau von Verlorenem, es überrascht aber dennoch, dass Deiters, gefragt nach den Entwicklungen der Denkmalpflege in der DDR, nur solche Projekte nannte. Auffällig ist auch, dass er bei seiner Antwort weder auf den aktuellen Stand der institutionellen Denkmalpflege einging noch Aussagen zur inhaltlichen Ausrichtung oder Positionierung der Denkmalpflege in der DDR traf.

Als Generalkonservator war Ludwig Deiters in einer Position, die ihn als Strategen, Vermittler und Netzwerker forderte. Er hatte die Aufgabe, die institutionelle Denkmalpflege in die staatlichen Strukturen zu integrieren und sie wiederkehrend den aktuellen Anforderungen anzupassen, und musste dabei die denkmalpflegerischen Ziele und Absichten gegenüber den Interessen aus Politik, Bauwesen und Planwirtschaft verteidigen. Sich Problemen zu widmen und dafür Lösungsvorschläge zu unterbreiten, gehörte zu den Kernaufgaben seiner Tätigkeit, wie unter anderem ein Manuskript mit dem Titel „Probleme und Lösungsvorschläge für die Denkmalpflege in der DDR“⁴¹⁷ vom 14. Juli 1967 beweist.

Dabei sah sich Deiters selbst in einer durch und durch politischen Position, wie ein weiteres Manuskript nahelegt; es war für ein Referat in Kiel und trug die Überschrift „Denkmalpflege – Eine politische Aufgabe“⁴¹⁸. In diesem Vortrag von 1973 vertrat Deiters die These, dass „Denkmalpflege [...] schon immer eine politische Aufgabe“⁴¹⁹ gewesen sei und argumentierte dies anhand der gesetzlichen Grundlagen, der Bedeutung und der Ziele der Denkmalpflege in der DDR sowie angesichts der Partner der Denkmalpflege und der denkmalpflegerischen Praxis. Allerdings ließ Deiters erst im etwas später folgenden Referatsabschnitt zur „Pra-

416 Vgl. ebd.

417 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Probleme und Lösungsvorschläge für die Denkmalpflege in der DDR vom 14.07.1967.

418 IRS Erkner, Nachlass Ludwig Deiters, Denkmalpflege eine politische Aufgabe. Manuskript zum Referat in Kiel, Januar 1973.

419 Ebd., S. 1.

xis der Denkmalpflege⁴²⁰ die Verbindung zwischen Politik und Denkmalpflege evident werden. Schlaglichtartig versuchte er, auf die Ergebnisse und Meilensteine der Denkmalpflege in der DDR seit 1945 einzugehen. So charakterisierte er anhand des Dresdener Zwingers, der Berliner Staatsoper und der Dome von Halberstadt und Magdeburg die Wiederaufbauleistungen der ersten Nachkriegsjahre. Im Verlauf der weiteren sozialistischen Entwicklungen standen der Aufbau neuer Stadtzentren und die Erschließung und Restaurierung des Denkmalbestandes im Zentrum der denkmalpflegerischen Tätigkeit. Diese wurde damit in einen direkten Zusammenhang zur DDR-Politik und zu den vermeintlichen gesellschaftlichen Entwicklungen auf dem Weg zum Sozialismus gesetzt. Das Ensemble Unter den Linden in Berlin, die Neubebauung der Altstadt Dresdens sowie die Kröpeliner Straße in Rostock sah Deiters hierfür als denkmalpflegerische Beispiele par excellence. Während sowohl die Wiederaufbauleistungen der direkten Nachkriegszeit als auch der Aufbau neuer Stadtzentren und die damit verbundene Erschließung des Denkmalbestandes noch als moderat politisch wahrgenommen werden könnten, erscheint die Denkmalpflege der 1970er Jahre in Deiters Ausführungen geradezu als Höhepunkt der Verschmelzung von Denkmalpflege und Politik. Grundvoraussetzung für die Entwicklungen der Denkmalpflege in dieser Zeit waren, so Deiters, der VIII. Parteitag der SED sowie die 6. Plenartagung des Zentralkomitees der SED, da diese die „Instandsetzung und Modernisierung der Altbauten [...] in die Baupolitik [und] besonders in die Wohnbaupolitik“⁴²¹ miteinbezogen hätten. „Nachdrücklich wurde die Verantwortung betont, die alle Leitungen im Staatsapparat, in den gesellschaftlichen Organisationen und den Betrieben für die Entwicklung der Kultur tragen“⁴²², so Deiters weiter. Die Resultate dieser politischen Weichenstellung sah der Generalkonservator in den Wiederherstellungen des Schlosses in Güstrow, des Marktes in Wismar und des historischen Stadtkerns von Stralsund. Dass die politischen Entscheidungen und Leitlinien allein jedoch keine wirksame Denkmalpflege ermöglichen würden, sondern nur eine aktive Gesellschaft, verdeutlichte Deiters in seinen Schlussworten. Darin begründete er, dass solche Ergebnisse nur erzielt werden könnten,

„weil das Interesse der aktivsten Teile der Bevölkerung an den Denkmälern zunimmt. Aus dem Interesse erwächst der Wille, die Denkmale zu pflegen, sie in das Leben und die Gestalt der Städte und Dörfer ein[z]ubeziehen zur eigenen Bildung und Freude, zur Freude auch der Gäste, die wir in wachsender Zahl aus einer friedlichen Welt erwarten.“⁴²³

420 Ebd., S. 13–15.

421 Ebd., S. 14.

422 Ebd.

423 Ebd., S. 15.

Aus Deiters' Darlegungen zur Verschmelzung von Denkmalpflege und Politik und mit dem Verweis auf den VIII. Parteitag der SED und die 6. Plenartagung des ZK werden erneut der erhöhte ökonomische Druck sowie die Notwendigkeit einer Positionierung gegenüber der voranschreitenden Industrialisierung im Bauwesen in den 1970er Jahren deutlich. Als Generalkonservator versuchte Deiters, das Spannungsfeld zwischen der Mitgestaltung von neu entstehenden Stadtzentren und dem denkmalpflegerischen Bewahrungsauftrag für die Inhalte und Ziele der institutionellen Denkmalpflege zu nutzen. Dabei schwebte jedoch immer die Angst vor einem möglichen Bedeutungsverlust wie ein Damoklesschwert mit, weshalb der Kontakt zur Bevölkerung unerlässlich war.

Die von Deiters genannten positiven Beispiele, die den Erfolg der Denkmalpflege in der DDR belegen sollten, stellten wieder einzelne „Leuchtturmprojekte“ in den Vordergrund, die weder die Vielfalt denkmalpflegerischen Handelns noch die vielen Herausforderungen abbildeten, mit denen sich die DDR-Denkmalpfleger tagtäglich konfrontiert sahen. Da sowohl die Materialien als auch die finanziellen Mittel der Denkmalpflege in der DDR kaum Spielräume ließen, bildete sich der von Deiters zuvor in der *Deutschen Architektur* beschriebene erweiterte Denkmalbegriff nicht ab und konnte in dieser Form auch nicht auf Veranstaltungen in der BRD oder im Ausland beschrieben oder gar konstatiert werden.

Wie schwierig sich zum Teil die Umsetzung denkmalpflegerischer Ideen gestaltete und in welcher Form Deiters als Generalkonservator beim Realisierungsversuch in den Prozess eingebunden wurde, kann anhand des Schlosses in Dargun aufgezeigt werden.

Fallbeispiel: Schloss Dargun

Am 5. November 1969 wandte sich der Sekretär der Zentralen Kommission Natur und Heimat, Horst Bänninger, an den Generalkonservator Deiters. Bänninger bat dabei um eine Einschätzung bezüglich der weiteren Verfahrensweise beim möglichen Wiederaufbau des Schlosses Dargun und dessen potenzieller neuer Nutzung.⁴²⁴

Die Kloster-Schloss-Anlage, deren bauliche Ursprünge auf das 12. Jahrhundert zurückgehen, ist am 30. April 1945 bei einem Brand stark zerstört worden. Durch unterbliebene Sicherungsmaßnahmen verfiel die Anlage immer weiter, sodass auch Teile des ursprünglich noch erhalten gebliebenen Chorgewölbes einstürzten.⁴²⁵ Nachdem der Ministerrat am 29. Januar 1949 den Gebäudekomplex bereits zum Abbruch freigegeben hatte, erhoben das damalige Amt für Denkmalpflege in Schwerin sowie der Oberkirchenrat Einspruch. In der Folgezeit engagierte sich der Kaufmann Lothar Diemer, der Museumsleiter des Kreisheimatmuseums Demmin, für

424 Vgl. BArch, DY 27/7516, Schreiben von Bänninger an Deiters vom 05.11.1969.

425 Vgl. Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern. Studien zur Bau- und Kunstgeschichte, Petersberg 2004, S. 392.

den Erhalt der Gebäude, indem er Zustandsberichte und Nutzungsvorschläge an das Amt für Denkmalpflege sandte.⁴²⁶ Zu diesen gehörte im Sommer 1949 auch eine Beschreibung der Anlage, in der Diemer betonte, dass die „Umfassungsmauern des Schlosses und auch der Arkadenhof [...] im großen und ganzen noch erhalten“ seien, es aber ungeachtet dessen Bestrebungen gebe, die noch stehenden Bauteile zum Einsturz zu bringen.⁴²⁷ In den folgenden Jahren blieben allerdings alle Bemühungen, die zu einer Sicherung oder Wiederherstellung des Komplexes geführt hätten, unrealisiert – auch, weil nach der Auflösung der Länder und der damit einhergehenden Abschaffung der Landesämter für Denkmalpflege (1952), die institutionelle Denkmalpflege in der DDR erst neu strukturiert und etabliert werden musste. Auch die zeitweilige Umsetzung der Schweriner Arbeitsstelle nach Berlin und wiederum ihre Rückführung von Berlin nach Schwerin im Jahr 1956/57 bewirkte zunächst einen Stopp aller Vorhaben und Pläne im Zusammenhang mit der Ruine.

Das Interesse an dem historischen Gebäudekomplex blieb dennoch bestehen, sodass auch im ersten Heft der „Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege, Arbeitsstelle Schwerin“ im Jahr 1957 auf Ausgrabungen des früheren gotischen Chores der ehemaligen Klosterkirche hingewiesen wurde sowie auf die Anfertigung eines Modells von Schloss und Kirche durch den ehrenamtlichen Vertrauensmann für Denkmalpflege und Modellbauer Werner Kerk aus Mirow (Abb. 43, folgende Seite).⁴²⁸ Christine Kratzke schrieb dazu in ihrer Dissertation über das Zisterzienserkloster Dargun, dass das Grabungsprojekt von Hans-Wolfgang Benkendorf ab 1956 „erstmalig ein wissenschaftliches Interesse nach 1945 an der Darguner Kloster-Schloss-Anlage“⁴²⁹ ausgelöst habe. Im Anschluss an Benkendorfs Grabung und an seine Diplomarbeit zur Baugeschichte des Darguner Klosters und Schlosses gelang es jedoch nicht, einen Wiederaufbau oder wenigstens ein größeres Projekt zur Umsetzung von Sicherungsmaßnahmen zu forcieren. Im Gegenteil: Es lässt sich vielmehr 1958 in den Mitteilungen an die Vertrauensleute ein Vermerk finden, dass im ehemaligen Schloss einzelne Teile

426 Vgl. ebd.

427 Vgl. LADMVS, Objektakte Dargun, Akte vom 30. Juli 1949, zitiert nach Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 392: „Ich erhielt folgenden Bericht: [...] Die Umfassungsmauern des Schlosses und der Arkadenhof sind im großen und ganzen noch erhalten. Es werden aber, wie man mir berichtet, Pfeiler unterhöhlt, um größere Partien des Bauwerks zum Einsturz zu bringen. Auch die Kirchenruine wird nach dem erhaltenen Bericht angegriffen.“

428 Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege in der Deutschen Demokratischen Republik, Außenstelle Schwerin (1957), Nr. 1, Zusammenstellung der zur Zeit in Arbeit befindlichen wesentlicheren denkmalpflegerischen Arbeiten, S. 13.

429 Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 393.

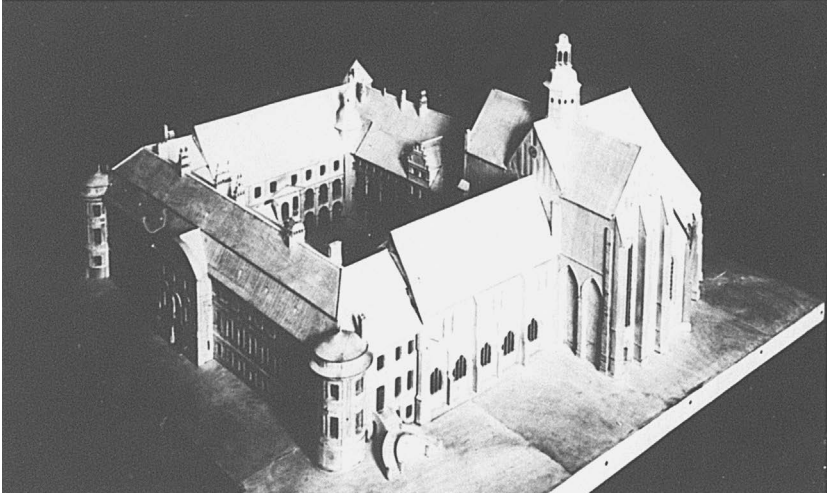


Abb. 43: Walter Kerks Modell von Schloss Dargun aus dem Jahre 1960

wegen Einsturzgefahr an der Ruine hätten abgebrochen werden müssen; die Herstellung des Modells von Kerk sei aber inzwischen weit fortgeschritten.⁴³⁰

Je mehr sich die Sicherung der Ruine und ein möglicher Wiederaufbau für eine neue Nutzung als unwahrscheinlich herausstellten, umso wichtiger erschien offenbar die Übertragung des für verloren erklärten Bauwerks in ein Modell. Zumindest lassen die wiederholte Erwähnung dieses Modells und eine ausführliche Beschreibung seiner Herstellung, alles bei fortschreitendem Verfall der Originalsubstanz, darauf schließen. Dass es sich bei diesem Vorgehen jedoch um eine Ausnahme handelte, die nicht auf alle gefährdeten Objekte übertragbar sein sollte, versuchte vor allem Walter Ohle, im Anschluss an Kerks Ausführungen zur Herstellung des Modells, in den Mitteilungen an die Vertrauensleute herauszuarbeiten. Sowohl Kerk als auch Ohle untermauerten den wissenschaftlichen Anspruch des Modells, das nicht „ein ungefähres, vielleicht sogar fantasievoll ergänztes oder bereichertes Bild der Gebäude“ vermitteln solle, sondern eine „in alle[n] Einzelheiten genaue, zuverlässige und vollständige Wiedergabe [des] Zustandes vor der Zerstörung“ sein solle.⁴³¹ Kerk beschrieb, wie ungewöhnlich dieser an ihn gerichtete Auftrag sei, da „Gebäudemodelle [...] gewöhnlich als Fassaden-

430 Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1958), Nr. 2, Zusammenstellung der wichtigsten zur Zeit in Arbeit befindlichen denkmalpflegerischen Arbeiten, S. 8.

431 Vgl. Walter Kerk: Über den Bau des Modells des Schlosses und der Kirche Dargun i. Meckl., Kreis Malchin, S. 1–5 mit Kommentar von Walter Ohle, in: Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mit-

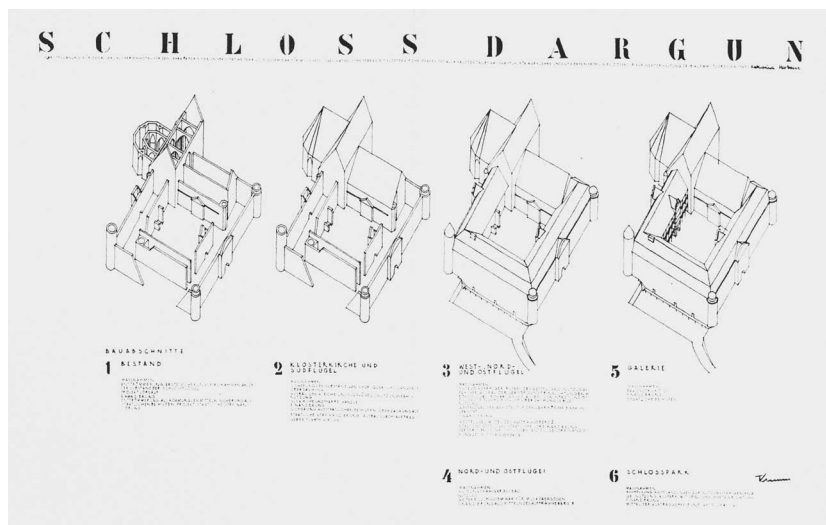


Abb. 44: Entwurf für den Projektablauf zur Wiederherstellung des Darguner Schlosses, Erläuterungsbericht 1967

modelle angefertigt“ würden, er hier aber ein Modell erschaffen solle, das „nicht nur außen, sondern auch innen so naturgetreu wie möglich“ sein solle; mit „allen baulichen Veränderungen, die im Verlauf der vielen Jahrhunderte vorgenommen wurden [und] alle[n] Unregelmäßigkeiten“. ⁴³² Für Kerk war dabei die häufig unpräzise Quellenlage die größte Schwierigkeit, um den Ansprüchen, die Walter Ohle an das Modell stellte, gerecht zu werden. ⁴³³ Die Fertigstellung des Modells änderte jedoch nichts am Zustand oder am ungelösten Status der Gesamtanlage.

Doch auch wenn in der Folgezeit ein Wiederaufbau der Ruine immer unwahrscheinlicher wurde und weder auf ein Nutzungs- noch auf ein Finanzierungskonzept zurückgegriffen werden konnte, so versuchte man dennoch, einzelne kunst- und bauhistorisch wertvolle Teile zu sichern. Zu diesen gehörten unter anderem verschiedene Kapitelle und ornamentierte Sandsteinplatten aus dem Ostflügel des Schlosses, die vorerst im ehemaligen Gartenpavillon der Anlage aufbewahrt werden sollten. ⁴³⁴

teilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960), Nr. 8, S. 5–8, hier S. 5–6.

⁴³² Vgl. ebd., S. 1–2.

⁴³³ Vgl. ebd., S. 2–5.

⁴³⁴ Vgl. Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen an die ehrenamtlichen Vertrauensleute des Instituts für Denkmalpflege Schwerin (1960), Nr. 7, S. 7.

Nach Ermittlung des Volumens der Bauschuttmassen im Juni 1964 wurde im Mai des darauffolgenden Jahres vom Dresdener Bausachverständigen W. Preiss, im Auftrag des Instituts für Denkmalpflege in Schwerin, ein Gutachten über die Bausubstanz des Schlosses und der Kirche erstellt. Dieses wurde dann zum Ausgangspunkt einer Diplomarbeit, verfasst von Katharina Herborn am Lehrstuhl von Leopold Wiel für Werklehre und Entwerfen an der TU Dresden. Ziel der Diplomarbeit war die Umnutzung der Anlage als Erholungs- und Ferienheim und nicht die Erarbeitung eines dezidiert denkmalgerechten Erhaltungs-, Sanierungs- oder Rekonstruktionskonzeptes (Abb. 44, vorhergehende Seite).⁴³⁵

Der Konservator Dieter Zander hielt Herborns Ausarbeitung für eine „gut durchdachte Angebotsplanung“⁴³⁶. Zum denkmalpflegerischen Stellenwert der Arbeit sagte er jedoch nichts, auch wenn Herborn in ihrer Ausarbeitung durchaus behutsam mit der erhaltenen Substanz der Ruine umzugehen versuchte.⁴³⁷

Herborns Entwurf zur Kloster-Schloss-Anlage Dargun stellt sich als ein von einem möglichen Nutzungskonzept ausgehendes Wiederaufbaukonzept dar. Die Sicherung und Wiederverwendung der noch vorhandenen Bauteile sollten daher der neuen Nutzung entsprechend stattfinden und angepasst werden. Ausgangspunkt hierfür war vor allem das genannte Gutachten des Bausachverständigen Preiss vom 6. Mai 1965. In ihrem Erläuterungsbericht fasste Herborn die Situation der Anlage mit den Worten zusammen:

„Die Schloßanlage scheint dagegen als Gegenstand oder gar Ausgangspunkt von gebietsplanerischen Überlegungen bisher nicht von Interesse gewesen zu sein. Der ruinöse Zustand erklärt das. Darum ist das Ziel dieser Angebotsplanung: 1.) Die Frage der Nutzbarkeit der Schloßanlage beispielhaft zu durchdenken und 2.) Die Realisierbarkeit eines Wiederaufbaus zu demonstrieren.“⁴³⁸

Dabei tritt einerseits das Versagen der staatlichen Stellen des Bezirks Neubrandenburg bezüglich des Denkmals zutage und andererseits wird klar, dass es sich bei Herborns Konzept zunächst um eine theoretische Überlegung handelte, deren Realisierbarkeit aber durchaus möglich sein sollte. Das von der Diplomandin vorgeschlagene weitere Vorgehen sah zunächst eine allgemeine Enttrümmerung vor (I. Bauabschnitt), um dann ausgehend von der „äußere[n] Hülle der barocken Schloßanlage“, die Herborn als „bauliche Rahmensubstanz“ bezeichnete, alle wei-

435 Vgl. Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 395.

436 Ebd. Sowie: Dieter Zander: Zur Baugeschichte des Klosters Dargun, in: Studienhefte zur Mecklenburgischen Kirchengeschichte (1992), H. 2, S. 5–12, hier S. 11–12.

437 Ebd.

438 BAArch, DY 27/7516, Abschrift Erläuterungsbericht von Katharina Herborn aus dem Frühjahr 1967 zur Angebotsplanung für den Wiederaufbau von Schloß Dargun.

teren Schritte des Wiederaufbaus durchzuführen.⁴³⁹ Obwohl Herborn auch das Modell von Kerk als Quelle diente, entschied sie sich dazu, „die ehemals vorhandene je Flügel verschiedenartige Firsthöhe und Dachform“, die durch Kerks Modell überliefert war, nicht zu übernehmen.⁴⁴⁰ Die Gründe hierfür lagen für Herborn einerseits in den „unklaren Anschlußpunkte[n] der Dachhaut an den einzelnen Nahtstellen“; andererseits sah sie so die Möglichkeit gegeben, „ein[en] Dachquerschnitt asymmetrischer Querschnittsformen [...] mit gleichbleibender Firsthöhe“ zu realisieren, die dem „unterschiedlichen Habitus von Schloßaußen- und -innenseite“ besser entspräche.⁴⁴¹

Insgesamt stand in Herborns Entwurf eine mögliche Nutzung im Vordergrund. Dabei sollte die Anlage unter Verwendung der noch vorhandenen und nutzbaren Substanz wiederaufgebaut werden. Wie sehr die Finanzierungsfrage des Vorhabens den Umgang mit der Substanz und die Art des Wiederaufbaus prägte, wird ebenso in Herborns Ausführungen deutlich, in denen sie betont, dass sich das Institut für Denkmalpflege aus denkmalpflegerischen Gesichtspunkten für „einen einzigen Nutzer (d.h. Investriträger)“⁴⁴² ausgesprochen habe. Davon abweichend befürwortete Herborn jedoch – für eine bessere Finanzierung des Vorhabens – eine Mehrfachnutzung, auch wenn dabei die Gefahr bestünde, dass „die Einheit der 4-Flügel-Anlage [...] zur äußeren Attrappe“⁴⁴³ herabgestuft werden könnte, um die verschiedenen Funktionen zu trennen.

Der Leiter der Schweriner Arbeitsstelle bzw. des Schweriner Instituts, Walter Ohle, hatte das Darguner Schloss bereits in den 1950er Jahren als Denkmalobjekt aufgegeben, da die übergeordneten staatlichen Stellen kein Interesse gezeigt oder keine Möglichkeit für einen Wiederaufbau gesehen hatten. Serafim Polenz wandte sich deshalb im Juni 1969 mit Katharina Herborns Arbeit erneut an Horst Bänninger und verwies in seinem Schreiben auf das Versagen der staatlichen Strukturen, wodurch der Entwurf Herborns überhaupt erst möglich geworden sei. Denn, so Polenz: „Er entstand aus der Einsicht, dass infolge des großen Bauvolumens und der damit verbundenen relativ hohen Kosten eines Wiederaufbaus ein optisch fassbares Angebot hergestellt werden müsse.“⁴⁴⁴ Die Hauptursache im bisherigen Versagen des Bezirks Neubrandenburg sah Polenz in der „Fluktuation verantwortlicher Mitarbeiter des Staatsapparates“ und in der Missachtung der „Anregungen des Instituts“.⁴⁴⁵ Nichtsdestotrotz gehörte das Darguner Schloss für

439 Vgl. ebd., S. 4 und S. 17.

440 Vgl. ebd., S. 15.

441 Vgl. ebd.

442 Ebd., S. 4.

443 Ebd., S. 5.

444 BArch, DY 27/7516, Schreiben von Polenz an Bänninger vom 28.06.1969.

445 Vgl. ebd.

Polenz „in die Spitzengruppe der Bezirksliste, und damit in die Reihe der Baudenkmale von nationaler Bedeutung [, weshalb] ein ausdrückliches staatliches Interesse an einem Wiederaufbau [besteht]“⁴⁴⁶. Weder der ruinöse Zustand noch das in großen Teilen fehlende Vorhandensein der Bausubstanz änderten für Polenz etwas an der Einordnung bzw. Klassifizierung des Objektes als Bestandteil der Bezirksliste. Auf dieser war der Gebäudekomplex sogar als „Ruine des ehemaligen Schlosses und Kirchenruine“⁴⁴⁷ gelistet, dennoch plädierte Polenz nicht für ein detailliert ausgearbeitetes Sicherungskonzept der Ruine, sondern formulierte den Wiederaufbau des Schlosses geradezu als moralische Frage, weshalb auch der Staat das Projekt mitfinanzieren solle, um „jede[m] Interessenten an einem Wiederaufbau des Schlosses von vornherein größtmögliche Unterstützung“⁴⁴⁸ zu gewähren. Gleichwohl verdeutlichte Polenz, dass eine eventuelle touristische Nutzung dieses Gebäudekomplexes „in einer landschaftlich schönen Umgebung“⁴⁴⁹ zu einer (Re-)Finanzierung führen würde.

Möglicherweise waren die Entrümmerungsarbeiten in der Schlossruine sowie die Abfuhr des Schuttes, die im Januar 1968 als „erster Teilabschnitt der geplanten Arbeiten“⁴⁵⁰ deklariert wurden, als erster Schritt für eine Realisierung von Herborns Konzept (Planung I. Bauabschnitt) in Auftrag gegeben worden. Obwohl einerseits festzustellen ist, dass offenbar bei allen beteiligten Seiten großes Interesse an einem möglichen Wiederaufbau und an einer neuen Nutzung der Anlage bestand, erschien andererseits die Realisierung eines solchen Großprojektes zweifelhaft, wie auch ein Brief Bänningers vom November 1969 an Deiters belegt.⁴⁵¹ Bänninger bat den Generalkonservator darin um dessen Einschätzung des Vorhabens und schilderte den bisherigen Werdegang des Projektes, das seit Herborns Konzipierung an Zugkraft gewonnen hatte. Größtes Problem blieb allerdings die Finanzierung des Projektes, was schon durch das anhaltende Fehlen eines Investträgers zum Ausdruck kam. Der Rat der Stadt Dargun war dazu am 27. Mai 1969 an das Bundessekretariat des Kulturbundes mit der Frage herangetreten, ob nicht der Kulturbund der Investträger und spätere Nutzer des Objektes sein könne oder wolle. Hierzu läge Bänninger nun die Arbeit von Herborn

446 Ebd.

447 Zentrale Denkmalliste vom 25. September 1979, IV. Denkmale des Städtebaus und der Architektur, Einzeldenkmale, Nr. 12, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Sonderdruck Nr. 1017 vom 5. Oktober 1979.

448 BArch, DY 27/7516, Schreiben von Polenz an Bänninger vom 28.06.1969.

449 Ebd.

450 Institut für Denkmalpflege (Hrsg.): Mitteilungen des Instituts für Denkmalpflege – Arbeitsstelle Schwerin an die ehrenamtlichen Vertrauensleute der Bezirke Rostock, Schwerin, Neubrandenburg (1968), Nr. 18, S. 82.

451 Vgl. BArch, DY 27/7516, Schreiben Bänninger an Deiters vom 05.11.1969.

vor, ebenso wie ein Schreiben des Konservators Serafim Polenz, der eine Nutzung seitens des Kulturbundes begrüßen würde. Außerdem habe bereits ein Treffen zwischen Polenz, dem Bürgermeister von Dargun und weiteren Ratsmitgliedern stattgefunden, um sich über den Zustand der Ruine zu informieren.⁴⁵² Hin- und hergerissen zwischen den Möglichkeiten, die das Objekt bot, und den Kosten, die das Projekt verschlingen würde, erschien das Vorhaben dem Kulturbund als potentiell alleinigem Rechts- und Investträger als wohl zu umfangreich, weshalb Bänninger nun um Deiters' Einschätzung bat:

„Von der Lage und Umgebung her eignet sich das Objekt unbedingt als Ferien-, Erholungs- und Schulungsheim für das Ministerium für Kultur und den Deutschen Kulturbund und als Kulturzentrum (Kapelle) für die Stadt Dargun, nur weiß ich nicht, wie die Finanzierung vor sich gehen soll und wer ein solch Riesenprojekt finanzieren kann.“⁴⁵³

Bänninger wollte aber nichts unversucht lassen und fragte Deiters, ob er zu einem Gespräch mit ihm und dem stellvertretenden Minister für Kultur bereit wäre, um das Anliegen und eine mögliche gemeinsame Nutzung durch den Kulturbund und das MfK zu besprechen. Ob es zu dieser Unterredung kam, kann nach den bisherigen Recherchen nicht festgestellt werden.⁴⁵⁴ Denkbar ist jedoch, dass Deiters bereits vorab signalisierte, dass für ein solches Großprojekt keine finanziellen Mittel bereitstehen würden.

Aus dem Vorgehen im Fall des Schlosses Dargun wird deutlich, dass der Kulturbund, bzw. in diesem Fall Horst Bänninger, nicht auf die Expertise von Deiters verzichten wollte, obwohl das Institut für Denkmalpflege Schwerin ohnehin in das Projekt involviert war, und dass darüber hinaus – und vielleicht am allermeisten – Deiters in seiner Funktion als Generalkonservator vermittelnd zwischen der ministeriellen Ebene und der institutionellen Denkmalpflege, zwischen den Organisationen und den engagierten Denkmalpflegern bzw. zwischen Politik und denkmalpflegerischer Praxis agieren sollte bzw. in dieser Rolle wahrgenommen wurde.

Während die Konservatoren der IfD-Arbeitsstellen und die örtlichen staatlichen Organe die Möglichkeiten der denkmalpflegerischen Praxis in der DDR zu nutzen versuchten, lotete Deiters auf staatlich-politischer Ebene die Möglichkeiten aus. Die eigentliche inhaltliche Arbeit am Denkmal selbst oder an der Konzipierung von Nutzungsmöglichkeiten fand – wie der Fall des Schlosses Dargun zeigt – weitestgehend ohne Deiters statt.

452 Vgl. ebd.

453 Ebd.

454 Eingesehen wurden hierfür die Schriftwechsel des Sekretariats des Stellvertreters des Ministers Kurt Bork. Vgl. BArch, DR 1/8842.

Kratzke kommt in ihrer Untersuchung zu dem Schluss, dass das Denkmalpflegegesetz der DDR von 1975 ein neuer Anknüpfungspunkt für eine Realisierung des Vorhabens in Dargun hätte sein können, da es aus damaliger Sicht das

„Ziel der Denkmalpflege [ist], die Denkmale der Deutschen Demokratischen Republik zu erhalten und so zu erschließen, daß sie der Entwicklung des sozialistischen Bewußtseins, der ästhetischen und technischen Bildung sowie der ethischen Erziehung dienen. Das erfordert die Erforschung, Interpretation und Popularisierung der Denkmale, ihre Erfassung und ihren Schutz, ihre planmäßige Konservierung und Restaurierung nach wissenschaftlichen Methoden.“⁴⁵⁵

Dem muss entgegengesetzt werden, dass dies bereits mit der Denkmalschutzverordnung von 1961 gegeben war⁴⁵⁶ und der Wiederaufbau nicht an den theoretischen oder juristischen Rahmenbedingungen scheiterte, sondern vorrangig an der Komplexität und am Umfang des Projektes, am fehlenden bzw. nicht umsetzbaren Nutzungskonzept sowie am finanziellen und materiellen Aufwand, der damit gebunden worden wäre. Zugleich war das Darguner Schloss als Denkmal zunächst auf der Bezirksliste und ab 1979 in der Zentralen Denkmalliste verankert – allerdings in seinem Status als Ruine.

Fritz Rothstein – Hauptreferent für Denkmalpflege im Berliner Magistrat

Fritz Rothstein⁴⁵⁷ hatte sein Architekturstudium 1929 an der TH Dresden begonnen, musste es jedoch 1933 aus politischen Gründen abbrechen. 1936 erfolgte die Wiederaufnahme seines Studiums an der TH Charlottenburg bei Heinrich Tessenow und Oswin Hempel, das Rothstein 1939 erfolgreich als Diplomingenieur in der Fachrichtung Hochbau abschloss.

In der Nachkriegszeit war Rothstein in verschiedenen Positionen und Projekten als freier Architekt und Dozent tätig. Von 1956 bis 1961 war er leitender Fachredakteur der *Deutschen Architektur* und von 1962 bis 1965 Pressereferent, Infor-

455 Christine Kratzke: Das Zisterzienserkloster Dargun in Mecklenburg-Vorpommern, S. 395–396.

456 Vgl. hierzu die Präambel der Verordnung von 1961 sowie die Aufgaben des IfD nach Paragraph 2 der Anordnung über das Statut des Instituts für Denkmalpflege. Vgl. Verordnung über die Pflege und den Schutz der Denkmale. Vom 28. September 1961, in: Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil II, Nr. 72 vom 23. Oktober 1961, S. 475–477.

457 Fritz Rothstein (16.12.1909–20.12.1996): Architekt, leitender Fachredakteur der Zeitschrift *Deutsche Architektur*. 1962–1965 Pressereferent, Informationsingenieur und Lektor in der Deutschen Bauinformation bei der Deutschen Bauakademie, 1965–1974 Hauptreferent für Denkmalpflege, Bildende Kunst und Museen in der Abteilung „Kultur“ des Magistrats von Ost-Berlin, 1975–1982 verschiedene ehrenamtliche Tätigkeiten im Bereich der Denkmalpflege als aktives Mitglied des Kulturbundes.

mationsingenieur und Lektor in der Deutschen Bauinformation der DBA. 1965 wechselte er dann zum Berliner Magistrat und nahm die Funktion des Hauptreferenten für Denkmalpflege in der Abteilung „Kultur“ ein. Fritz Rothstein trat damit die Nachfolge von Waltraud Volk an (vgl. Kapitel 3.2.1), die bereits seit dem 1. Januar 1964 eine hauptamtliche Aspirantur an der Humboldt-Universität Berlin innehatte und ihren Arbeitsvertrag mit der Abteilung „Kultur“ des Magistrats aufgelöst hatte.⁴⁵⁸

Rothstein begann am 15. November 1965 seine Tätigkeit als Hauptreferent für Denkmalpflege. Laut seines Einzelvertrages mit dem Stadtrat Ernst Hoffmann sollte Rothstein in seiner Funktion beim Berliner Magistrat „die Verantwortung für die Durchsetzung der kulturpolitischen Konzeption auf dem Gebiet der Denkmalpflege entsprechend der Verordnung“ tragen, für „die Durchsetzung sozialistischer Prinzipien in der Anleitung des Märkischen Museums und in der Zusammenarbeit mit den Berliner Museen“ sorgen und sich der „Probleme der baugebundenen Kunst beim Aufbau des Stadtzentrums“ annehmen.⁴⁵⁹ Wesentliches Merkmal seines Tätigkeitsbereiches sollte dabei das „Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege, den Fachgruppen des Deutschen Kulturbundes und der Ständigen Kommission Kulturelle Massenarbeit der Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin“⁴⁶⁰ sein. Rothstein sollte als Hauptreferent für Denkmalpflege kontrollieren, begutachten, vorbereiten, ausarbeiten und im besten Falle mit allen erforderlichen Akteuren zusammenarbeiten und auf diese Weise „die nachgeordneten Einrichtungen bei der Vorbereitung und Ausarbeitung von Begutachten, technisch-ökonomische[n] Zielstellungen und Aufgabenstellungen“⁴⁶¹ unterstützen. Besonderes Augenmerk sollte Rothstein dabei auf die Investitionspolitik bzw. die Investitionskontrolle bei Schwerpunktaufgaben legen.⁴⁶² Mit dem Antritt seiner Tätigkeit sah sich Rothstein somit einer Fülle von Aufgaben gegenüber, die verschiedene Bereiche der Denkmalpflege tangierte und wozu noch politisch-ideologische und planwirtschaftliche Felder kamen, in denen er vor allem als Kontrollorgan für die Durchsetzung der Leitlinien wirksam werden sollte.

Das Netzwerk aus Architekten und Denkmalpflegern, innerhalb dessen sich Rothstein bewegte, lässt sich aus seinem, bisher nur zu geringen Teilen erschlossenen, Nachlass nur schwer abbilden. Lediglich anhand von Glückwunschschreiben,

458 Vgl. LVMB, B 35, Nachlass Waltraud Volk, Aufhebungsvertrag zwischen Waltraud Volk und dem stellvertretenden Abteilungsleiter der Abteilung Kultur beim Magistrat von Berlin vom 31.12.1963.

459 Alle Angaben zu seiner Tätigkeit sind im Einzelvertrag von Rothstein benannt. Vgl. Nachlass Fritz Rothstein aus dem Privatarchiv von Ewald Rothstein, Einzelvertrag vom 03.01.1966.

460 Ebd.

461 Ebd.

462 Vgl. ebd.

Beurteilungen, Veröffentlichungen und von einzelnen Fotografien lässt sich erahnen, wie vielschichtig und umfangreich sein Netzwerk gewesen sein muss.⁴⁶³

Während seiner verschiedenen Tätigkeiten und Positionen veröffentlichte Rothstein zahlreiche Aufsätze in der *Deutschen Architektur*, der *Natur und Heimat*, der *Kultur. Gesellschaft. Heimat*, der *Farbe und Raum* sowie in der Tagespresse. Diese Publikationen umfassen Einschätzungen zu städtebaulichen Planungen, behandeln Innenraumgestaltungen, thematisieren baugeschichtliche Entwicklungen und stellen architektonische Entwicklungen und Gestaltungsweisen aus dem Ausland vor. Im Verlauf der 1970er Jahre lässt sich dabei eine verstärkte Konzentration auf das Thema Farbe und Farbgestaltung feststellen, vor allem in Bezug auf das Stadtbild.

Im Folgenden wird diese Konzentration Rothsteins auf das Thema Farbe in den Fokus der Betrachtung gerückt, um der Frage nachzugehen, welche spezifischen denkmalpflegerischen Aspekte Rothstein über die Auseinandersetzung mit dem Thema Farbe zu vermitteln versuchte. Ausgangspunkt hierfür sind 31 Aufsätze Rothsteins, die im Zeitraum von 1970 bis 1975 in der Zeitschrift *Farbe und Raum* erschienen sind. Innerhalb dieses Themenkomplexes lassen sich wiederum zwei Schwerpunktsetzungen Rothsteins feststellen. Zum einen setzte er sich häufig mit Farbrekonstruktionen und Farbgestaltungen an Einzelobjekten und bei Innenraumgestaltungen auseinander und zum anderen mit Farbkonzepten im Stadtraum bzw. innerhalb komplexer Rekonstruktionsmaßnahmen, wobei er den Blick innerhalb der DDR regional auf Berlin und auf den Bezirk Erfurt richtete.

Während sich Rothstein bei seiner Betrachtung von Einzelobjekten auf eine ausführliche Beschreibung der einzelnen architektonischen Elemente, auf deren Farbgestaltung und ihre baugeschichtliche Bedeutung bzw. Einordnung konzentrierte, beschrieb er in seinen Beiträgen, die einem größeren Stadtquartier bzw. dem Stadtbild gewidmet waren, vor allem das Zusammenspiel der verschiedenen Akteure bei der Rekonstruktion und die städtebauliche Bedeutung des Gebietes und der Bauwerke. Sowohl bei der Betrachtung von Einzelobjekten als auch bei der Untersuchung des Vorgehens in größeren Stadtarealen verwies Rothstein auf die, durch Farbumtersuchungen vorgenommene, fachwissenschaftliche Analyse der Farbgestaltung, die als Ausgangspunkt für die Farbrekonstruktion dienen sollte. Zudem verglich er das handwerkliche Können der Vergangenheit mit den Bedingungen des Bauwesens in der DDR und betonte dabei die gesellschaftliche Bedeutung und Relevanz der Rekonstruktionsvorhaben im Stadtraum und im gesellschaftspolitischen Gefüge sowie die Vorbildfunktion, die ein Blick zurück in die Geschichte der Handwerkskunst für das industrielle Bauwesen haben könne.

463 Letztlich handelt es sich hier um ein Desiderat, das es noch zu erschließen und aufzuarbeiten gilt.

Dabei warnte Rothstein vor bloßem Kopieren und sprach sich für das Finden eigenständiger architektonischer Lösungen aus, zu der man angesichts der Traditionslinie, in der man stehe, verpflichtet sei:

„Wir klagen oft über Monotonie. Wenn es gilt, Repräsentanz zu zeigen, sollte man ruhig von den älteren Architektur- und Kunstperioden lernen, sie nicht kopieren, sondern ihre Beispiele umformen und anwenden auf unsere zeitspezifischen Aufgaben. [...] In der europäischen Baugeschichte hat die Farbe eine große Rolle gespielt. Es ist an uns, die Tradition in würdiger Weise fortzusetzen, damit unsere Umwelt noch lebendiger und farbenfroher wird.“⁴⁶⁴

Rothstein ging es jedoch nicht nur um die ideelle oder gesellschaftspolitische Bedeutung, die Farbe im Stadtraum einnehmen könnte, sondern auch um den Versuch einer Einflussnahme auf das Bauwesen, auf die fortschreitende Industrialisierung und auf die alle Lebensbereiche durchdringende Ökonomisierung. Er setzte sich intensiv mit Gebäuden und Gebäudekomplexen auseinander, die in sozialistische Umgestaltungsprozesse eingebunden oder innerhalb dieser als Reservatzonen erhalten bzw. rekonstruiert werden sollten.

In seinen zahlreichen Aufsätzen argumentierte Rothstein für eine sinnvolle Synthese aus Alt und Neu bei der Gestaltung sozialistischer Stadtzentren. In seinem Essay von 1960 zur Denkmalpflege und Planung der Stadtzentren zeigte Rothstein anhand verschiedener städtebaulichen Planungen aus den Bezirken Cottbus, Frankfurt/Oder und Potsdam die Komplexität städtebaulicher Maßnahmen in ihrem Zusammenwirken mit denkmalpflegerischen Intentionen auf: Basierend auf den „Grundsätze[n] der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren“⁴⁶⁵, die Rothstein als Fundament für ein erfolgreiches Zusammenspiel von Altem und Neuem sah, setzte er sich kritisch mit den bisherigen städtebaulichen Entwicklungen auseinander. Bei diesen Grundsätzen handelte es sich um Thesen, die der Architekt Peter Doehler ausgearbeitet hatte. Sie fußten auf dem *Gesetz über den Siebenjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik in den Jahren 1959 bis 1965* und verfolgten das Ziel, die *Sechzehn Grundsätze des Städtebaus* von 1950 weiterzuentwickeln.⁴⁶⁶ Doehlers Thesen widmeten sich der Bedeutung und Rolle von Stadtzentren „im Gegensatz zur City

464 Fritz Rothstein: Farbe im Stadtbild. Das Rathaus in Gera, in: Farbe und Raum (1970), Nr. 12, S. 12–14, hier S. 13.

465 Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung (Hrsg.), in: Deutsche Architektur, Sonderbeilage 8/1960.

466 Vgl. Grundsätze der Planung und Gestaltung sozialistischer Stadtzentren, aus dem Vorwort von Edmund Collein, S. 1 der Sonderbeilage 8/60, Deutsche Architektur, Hrsg.: Deutsche Bauakademie, Institut für Gebiets-, Stadt- und Dorfplanung.

kapitalistischer Städte“⁴⁶⁷, den Prinzipien der strukturellen Gliederung sowie der städtebaulichen Komposition von Stadtzentren sowie der baulichen Planung und Durchführung beim Aufbau von Stadtzentren. Für Rothsteins Beitrag waren vor allem Doeblers Darlegungen zu historischen und neuen Stadtzentren sowie zu historischen Bauwerken in Stadtzentren von Bedeutung, da diese den inhaltlichen Ausgangspunkt für Rothsteins Forderung nach einem Zusammenspiel von Altem und Neuem bildeten. So führte Doehler unter anderem aus, dass

„[b]ei der sozialistischen Umgestaltung alter Städte, die in ihrem zentralen Teil hervorragende Ensembles und Denkmäler der nationalen Baukunst enthalten, [...] das historisch gewachsene Stadtzentrum in das neue Stadtzentrum einbezogen [werden soll]. Dabei [muss] das alte Stadtzentrum entsprechend den Forderungen der sozialistischen Umgestaltung verändert werden.“⁴⁶⁸

Damit erkannte Doehler den Erhalt von historischer Substanz, wenn diese zu den „hervorragendsten“ Vertretern ihrer Gattung gehörte, zwar grundsätzlich an, betonte aber zugleich, dass nicht der historische Bestand den Maßstab für die weitere Bebauung vorgebe, sondern die Ziele der sozialistischen Umgestaltung. Er sprach damit von einer Integration des historischen Bestandes unter der Prämisse der Angleichung und Veränderung, und demnach der Unterordnung innerhalb des Umgestaltungsprozesses.

Rothstein sah in seinem Beitrag „Denkmalpflege und Planung unserer Stadtzentren“ (ebenfalls aus dem Jahr 1960) für Orte wie beispielsweise Schwedt/Oder „eine große Perspektive“⁴⁶⁹, da die sozialistische Umgestaltung in diesen Städten zu „eine[m] glänzenden wirtschaftlichen und städtebaulichen Aufschwung“ führen würde. Die bisherigen städtebaulichen Entwicklungen in Frankfurt/Oder bewertete Rothstein hingegen durchweg negativ. Die „Widersprüche zwischen Denkmalpflege und Städtebau“ hätten sich in Frankfurt „zum Nachteil ausgewirkt“ und bezeugten die zahlreichen Versäumnisse beim Wiederaufbau der Stadt.⁴⁷⁰ In Bezug auf Finsterwalde betonte er hingegen das geschlossene Ortsbild sowie das bemerkenswerte Zentrum der Stadt und forderte die Denkmalpflege dazu auf, „ein wachsameres Auge“ auf Städte wie diese zu haben und „Veränderungen sorgsamst [zu] überwachen“.⁴⁷¹ Ganz im Gegensatz zu Doehler forderte

467 Ebd., Präambel, S. 1.

468 Ebd., S. 5–6.

469 Fritz Rothstein: Denkmalpflege und Planung unserer Stadtzentren, in: Märkische Heimat, Jg. 4 (1960), S. 69–81, hier S. 76–77.

470 Vgl. ebd., S. 75.

471 Vgl. ebd.

Rothstein hier einen möglichst umfassenden Erhalt des Stadtzentrums bei nur geringen Veränderungen.

Aus Rothsteins Ausführungen wird deutlich, in welcher Form die Synthese aus Altem und Neuem, aus seiner Sicht, umgesetzt werden sollte. Kritisch analysierte Rothstein beispielsweise die städtebaulichen Entwicklungen Potsdams, die er – zumindest zum Teil – nicht im dialektischen Sinne umgesetzt sah und deshalb nicht als wegweisend empfand:

„Diese richtigen und positiven Anknüpfungspunkte an eine Tradition, die sich auf Ordnung, Exaktheit und Regelmäßigkeit beruft, sind aber anscheinend nicht so populär wie die zweite Richtung des Potsdamer Städtebaus. [...] So reizvoll die wiederhergestellten Fronten an der Wilhelm-Staab-Straße mit dem vielfachen Wechsel der architektonischen Details, unterstützt von jeweils wechselnden Farben, auch sein mögen – im Grunde sind sie trotz ihrer Vielfalt durch ihr ‚Facettieren‘ mit immer anderen architektonischen Launen von zweifelhaftem künstlerischem Wert.“⁴⁷²

Die Komplexität des Zusammenspiels von Stadtplanung, Städtebau und Denkmalpflege, die Rothstein in seinem Aufsatz anhand von neun Städten aufzeigte, führte zu zwei abschließenden Forderungen, die sich aus den Grundsätzen ergeben würden: Einerseits müsse man „von der ‚Inselplanung‘ einzelner Gebiete [...] zu einer wirklich komplexen Beurteilung der gesamten Stadtzentren“ kommen und andererseits müssten diese „umfassenden Aufgaben [durch] die richtige, d. h. historisch-materialistische Analyse unserer historischen Städte [...] nach den dialektischen Gesetzen des Sozialismus“ erfolgen.⁴⁷³

Für Rothsteins Potsdamer Beispiele würde diese Vorgehensweise bedeuten, dass man sich an den Bürgerhäusern, „die unter dem Einfluss des holländischen und französischen Barocks“ entstanden waren, mit ihrer „Typisierung im Grundriß, Aufriß und den konstruktiven und kunsthandwerklichen Details“ orientieren könne, dass man diese Orientierung für die Wilhelm-Staab-Straße aber negieren müsse.⁴⁷⁴ Im Sinne der doppelten Negation des dialektischen Materialismus hieße das: Die Bürgerhäuser des holländischen und französischen Barocks waren mit ihren alten Qualitäten (Typisierung, konstruktive und kunsthandwerkliche Details) aufgrund der Kriegszerstörungen verschwunden (einfache Negation), sie würden sich aber beim Aufbau des Stadtzentrums, der keinen Wiederaufbau meint (doppelte Negation), sondern der diese Qualitäten aufgreift und sie weiterentwickelt, letztlich wiederfinden. Für die Wilhelm-Staab-Straße würde das

472 Ebd., S. 79–80.

473 Vgl. ebd., S. 81.

474 Vgl. ebd., S. 79.

jedoch, aufgrund ihres „zweifelhaften künstlerischen Wertes“ nicht gelten, weshalb hier, Rothsteins Argumentation folgend, ein anderes Vorgehen richtungsweisend wäre.

Dieser Aufsatz Rothsteins führte zu mindestens zwei Reaktionen, die kaum gegensätzlicher hätten sein können. So erreichte Rothstein zum einen ein Brief des Denkmalpflegers Hans Nadler⁴⁷⁵ und zum anderen ein Brief Peter Doeblers⁴⁷⁶ (beides im Juli 1960). Während Nadler, als Leiter der IfD-Arbeitsstelle Dresden, die von Rothstein angesprochenen Probleme der praktischen Baudenkmalpflege bei der „Erneuerung“ der Stadtzentren betonte und er Rothstein für seine diesbezüglichen Ausführungen dankte, bezog sich Doebler vor allem auf die Lösung der Wohnungsfrage, die bei allen Maßnahmen im Fokus stehen müsse.

Die Wohnungsfrage war bei Rothstein hingegen kein explizites Thema, sondern ihm ging es vielmehr um die Stadtgestaltung und die gesellschaftliche Bedeutung, die ein Stadtzentrum erfüllen sollte. Rothsteins publizierte Forderung, dass „[d]ie Planung und Neugestaltung [der] Stadtzentren [...] auf keinen Fall eine ‚Inselplanung‘ darstellen [darf], sondern [...] Bestandteil der generellen Planung der gesamten Stadt und ihres Gebietes sein [muss]“⁴⁷⁷, erfuhr Doeblers Zustimmung, entsprach sie doch im Kern auch seinen Thesen. Hierdurch verdeutlichte Doebler, dass es ihm – trotz aller Ökonomisierungs- und Rationalisierungsbestrebungen – nicht um den rigorosen Abriss ganzer Stadtviertel ging, sondern darum, das politisch gesetzte Ziel zu erreichen, nämlich die Lösung der Wohnungsfrage; dazu seien Altbaubestände in gewissem Maße „in ihrer stadttechnischen Ausstattung den Neubaugebieten qualitativ anzugleichen“⁴⁷⁸. Allerdings zeigt dieser Vergleich der Thesen mit Rothsteins Beitrag auch, dass sich Rothsteins Vorstellungen vom Umgang mit dem historischen Erbe deutlich von Doeblers unterschieden. Letzterer verfolgte weniger eine Synthese aus Altem und Neuem als vielmehr eine Integration des Altbestandes bei möglichst geringer Störung der neuen Stadtzentren.

475 Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein, Brief von Nadler an Rothstein vom 06.07.1960.

476 Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein, Brief von Doebler an Rothstein vom 11.07.1960.

477 Fritz Rothstein: Denkmalpflege und Planung unserer Stadtzentren, S. 81.

478 Privatarchiv Ewald Rothstein, Nachlass Fritz Rothstein, Brief von Doebler an Rothstein vom 11.07.1960.

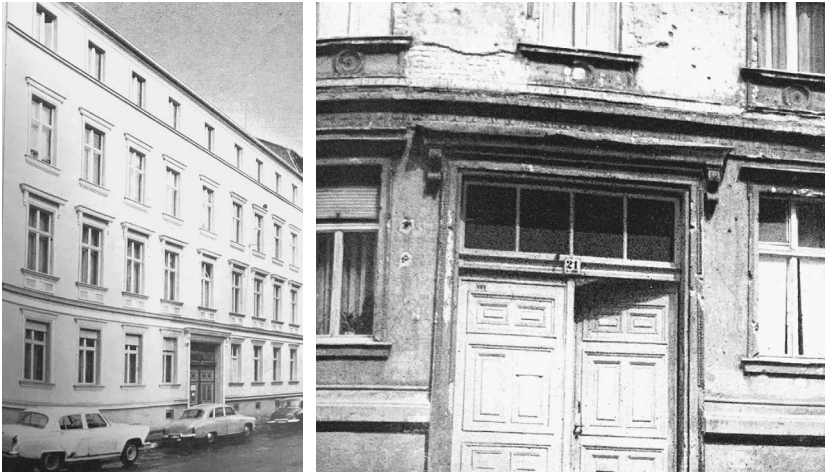


Abb. 45 und 46: Marienstraße, Berlin, o.J.

Fallbeispiel: Marienstraße, Berlin

Anhand der Berliner Marienstraße wird nun untersucht, inwieweit die dortige Sanierung und Modernisierung als sozialistische Rekonstruktion eines gründerzeitlichen Straßenzuges bewertet und inwieweit diese Maßnahme als Konzept der sozialistischen Umgestaltung interpretiert werden kann (Abb. 45 und 46).

Rothstein beschrieb die Sanierungsmaßnahmen in der Berliner Marienstraße 1971 in der Zeitschrift *Farbe und Raum* unter dem Titel „Komplexe Rekonstruktion von Altbausubstanz im Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege“⁴⁷⁹. Obgleich das Institut für Denkmalpflege dabei mehrfach Erwähnung findet, beschreibt Rothstein noch wesentlich intensiver, wie die verschiedenen Akteure im Rahmen des Projektes zusammengewirkt haben. So nennt er neben dem IfD den Chefarchitekten von Ost-Berlin, Joachim Näther, durch dessen Unterstützung die „gesicherte Erhaltung der Marienstraße“ überhaupt erst ermöglicht wurde, sowie die Projektierungsgruppe des VEB Baureparaturen Berlin-Mitte als ausführendes Organ der Maßnahme, das bereits „im Jahre 1968 auf der Grundlage von Aufmaß- und Bestandsplänen die Restaurierung der Marienstraße“ ausgearbeitet hat.⁴⁸⁰ Dem IfD kamen hingegen die Bereitstellung von Beihilfen sowie die Unterstützung der „kulturpolitisch und städtebaulich wichtige[n]

479 Fritz Rothstein: Komplexe Rekonstruktion von Altbausubstanz im Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege, in: *Farbe und Raum* (1971), Nr. 5, S. 8–10.

480 Vgl. ebd., S. 8.

Erneuerungsarbeit durch ständige wissenschaftliche, technische und künstlerische Anleitung⁴⁴⁸¹ zu.

Wie diese Zusammenarbeit konkret aussah, beschrieb Rothstein am Beispiel des Gebäudes Marienstraße 22, bei dem es sich – nach Rothstein – um das „wertvollste Haus der Nordfront der Marienstraße“⁴⁴⁸² handele. Aufgrund dieser Einordnung bzw. Klassifizierung als wertvollstes Objekt wurde der Restaurator des Kunstgewerbemuseums Köpenick, Manfred Becker, damit beauftragt, Farbuntersuchungen vorzunehmen. Obwohl Becker die ursprüngliche Farbfassung ermitteln konnte, entschied man sich „von der zwar historisch vorgegebenen, aber etwas kühlen, tristen Farbstimmung“ abzuweichen und ein „freundliches Graugelb“ anzuwenden, und lediglich „für die Gliederungsteile das originale Grün“ zu nutzen.⁴⁴⁸³ Ob es seitens des IfD diesbezüglich zunächst einen Einspruch gab, lässt sich nicht ermitteln. Es ist anzunehmen, dass Rothstein in Absprache mit dem Institut gemeinsam zugunsten der Wahrnehmung und Umgebungswirkung agiert hat und dass die Mitarbeiter des VEB Baureparaturen Berlin-Mitte entsprechend angeleitet worden sind.

Rothsteins Fazit zu den erfolgten Maßnahmen an den Gebäuden der Marienstraße 21, 22, 23, 25, 26, 27, 29 und 31 bescheinigt den Akteuren eine erfolgreiche Umsetzung der notwendigen Schritte. Grundvoraussetzung für eine „qualitativ befriedigende Wiederherstellungsarbeit[en] an den Objekten der Denkmalpflege oder an denkmalswürdigen Bauten der Altsubstanz [ist es,] nur mit schon an solchen Objekten bewährten Kräften“⁴⁴⁸⁴ zusammenzuarbeiten. Dies sei in besonderer Weise notwendig, wenn „Fließstrecken“ zum Einsatz kämen, da diese die „störungsfreie und dispo[ni]ble Zusammenarbeit zwischen den Gewerken“⁴⁴⁸⁵ erforderten. Der Hinweis auf die Fließstrecke⁴⁴⁸⁶ (auch Fließstraße genannt) zeigt den

4481 Ebd. Mit Beginn der Planungen für ein gründerzeitliches Baugebiet im Jahr 1968 startete der Prozess in der Marienstraße noch vor den ersten Maßnahmen des Berliner Arkonaplatzes. Er ist Ausdruck einer sehr frühen Modernisierungsmaßnahme im Zeichen der sozialistischen Umgestaltungsprozesse und verdeutlicht zudem die Gleichzeitigkeit von Prozessen an verschiedenen Orten und durch verschiedene Akteure. Zum Arkonaplatz vgl. Sigit Atmadi: Die komplexe sozialistische Rekonstruktion von Altbaugebieten in dem ehemaligen Ost-Berlin, Berlin 2012.

4482 Fritz Rothstein: Komplexe Rekonstruktion von Altbausubstanz im Zusammenwirken mit dem Institut für Denkmalpflege, in: Farbe und Raum (1971), Nr. 5, S. 9.

4483 Vgl. ebd., S. 9–10.

4484 Ebd., S. 10.

4485 Ebd.

4486 „Fließstrecke“ bezeichnet den Fertigungsablauf eines Bauvorhabens, um die Arbeitsorganisation und -produktion zu verbessern, sowie die zeitlich aufeinander abgestimmte Arbeitsabfolge der einzelnen Gewerke.

hohen Rationalisierungsgrad bei der komplexen Rekonstruktion der Berliner Marienstraße auf. Zugleich legte Rothstein damit die Probleme offen, die sich insbesondere im Umgang mit Bestandsbauten ergeben konnten. Auch Heinz Schmidt betonte in seinem Beitrag in der *Farbe und Raum* mit Blick auf die Marienstraße, dass „[d]ie Netzplantechnik [...] in allen Wirtschaftszweigen bekannt [ist] [...], um das ökonomische System des Sozialismus zu verwirklichen“, dass deren Anwendung „[b]ei den Baureparaturen [...] [allerdings] wesentlich schwieriger [ist]“.⁴⁸⁷ Auch wenn sich die Fließstrecke in der Marienstraße allein auf die Fassaden bezog, kam es, „da alle Objekte unter Denkmalschutz stehen und somit ein verhältnismäßig großer Umfang an Restaurierungsarbeiten erforderlich wurde“, insbesondere durch das Gewerk der Bildhauer immer wieder zu Unterbrechungen der Fließstrecke.⁴⁸⁸ Trotzdem sowie aufgrund der erstmaligen Verwendung der „elektronischen Datenverarbeitung“, die zu „verhältnismäßig guten Erfahrungen“ führte, sollte der „Netzplan in der Fließstrecke der Erzeugnislinie Fassade Marienstraße [ebenso] in dem Rekonstruktionskomplex Arkonaplatz“ zur Anwendung kommen.⁴⁸⁹

Nicht nur die Arbeitsplanung mittels elektronischer Datenverarbeitung und die Arbeitsorganisation vor Ort durch die Einrichtung einer Fließstraße bezeugen die Integration dieses Sanierungsvorhabens in das planwirtschaftliche System, auch das verwendete Material zur Fassadensanierung lässt Rückschlüsse auf das Bauwesen in der DDR und auf das Zusammenspiel von Bauwesen und Denkmalpflege zu. Im Rahmen der komplexen Rekonstruktion der Fassaden in der Berliner Marienstraße kam ein sogenannter Plastputz zum Einsatz. „Bei der Verwendung dieses verhältnismäßig neuartigen Farbmaterials“, wie es Rothstein in einem Beitrag von 1972 beschrieb, „ist es sehr zweckmäßig, sich rechtzeitig um die Lieferung aus dem Herstellerwerk zu kümmern. Obwohl die vom Werk gelieferten Plastputztönungen untereinander mischbar sind, erfordert die nach Farbanalyse auf Grund von Farbsonden notwendige Mischung eine gewisse Sorgfalt.“⁴⁹⁰

Bei diesem Plastputz handelte es sich höchstwahrscheinlich um Ilmantin, einem sogenannten Plastdispersionsanstrichstoff, der sich aus Kunststoffen unter Zusatz von Kunstharzen, Pigmenten und mineralischen Füllstoffen zusammensetzte und sich durch seine Licht- und Farbbeständigkeit auszeichnete.⁴⁹¹

487 Vgl. Heinz Schmidt: Netzplan für Baureparaturen in der Marienstraße, in: *Farbe und Raum* (1971), Nr. 5, S. 6–7, hier S. 6.

488 Vgl. ebd.

489 Vgl. ebd.

490 Fritz Rothstein: Zur Rekonstruktion einer Altberliner Straße, in: *Farbe und Raum* (1972), Nr. 8, S. 12–13, hier S. 12.

491 Vgl. Ilmantin-Anstrichstoffe, in: Kurt Schönburg: *Oberflächentechnik im Bauwesen A–Z*, Berlin/Wien/Zürich 2018, S. 51.

Ilmantin galt 1965 als ein Putz mit „großer Perspektive“⁴⁹² wie beispielsweise die *Berliner Zeitung* am 11. November 1965 schrieb. Der Baustoff war bei einer Gemeinschaftsarbeit zwischen dem Institut für Baustoffe der Deutschen Bauakademie Weimar und dem VEB Thüringer Lackfabriken Ilmenau entwickelt worden. Die vielfältigen Anwendungsmöglichkeiten auf verschiedenen Untergründen sowohl im Innen- als auch im Außenraum führten nicht nur zu einer stetigen Weiterentwicklung des Putzes, sondern auch zu einem intensiven Einsatz in der DDR und in den RGW-Ländern.⁴⁹³

Trotz des hohen Innovationsgrades des verwendeten Materials und der praktischen Sanierungsplanung und -ausführung waren es vor allem die neugestalteten Fassaden, die in der Tagespresse verhandelt und als „typisches Altberliner Straßenbild im Stil der nachschinkelschen Zeit“⁴⁹⁴ oder als „wertvolle klassizistisch[e] Fassaden“⁴⁹⁵ charakterisiert wurden. In Bezug auf die Marienstraße wurde in der Tagespresse auch ein spezifisches Bild von Denkmalpflege und -schutz entworfen: Denkmalpflege sollte sich als „moderne Denkmalpflege [...] den städtebaulichen Erfordernissen neuer sozialistischer Lebensgewohnheiten“⁴⁹⁶ anpassen und eine „Synthese von alt und neu“⁴⁹⁷ beim Neuaufbau der Stadtzentren ermöglichen. Diese Synthese konnte durch den Erhalt spezifischer Areale (wie der Marienstraße oder der Berliner Tuschkastensiedlung) oder auch durch Translokation (wie im Falle des Ermelerhauses, ebenfalls in Berlin) erfolgen.

Dabei blieb die Radikalität der Maßnahmen zur Um- oder Neugestaltung der Städte ebenfalls nicht unerwähnt, wenngleich auch betont wurde, dass wertvolle historische Bausubstanz verschont bliebe: „Auch die Spitzhacke mußte mancherorts Luft machen. Sie schonte allerdings, was wert ist, erhalten zu bleiben.“⁴⁹⁸ Ziel der Maßnahmen in der Marienstraße war es, so beschrieb es die Tagespresse, einen „einstigen städtebaulichen Gesamteindruck wiederherzustellen“, bei dem

492 O.V.: Mit Plastputz, in: *Berliner Zeitung* vom 11.11.1965, S. 3.

493 Der anerkannte Baustoff Ilmantin brachte der DDR beispielsweise mehrfach Auszeichnungen der gesamten Ilmantin-Produktpalette auf der internationalen Baustoffmesse Strojmaterijal von 1971 ein.

494 O.V.: Marienstraße bald wie neu. Spezialisten restaurieren, in: *Neue Zeit* vom 13.10.1970, S. 6.

495 O.V.: Wertvolle Fassade, in: *Berliner Zeitung* vom 07.12.1971, S. 8.

496 Ilse Schumann: Die Marienstraße – Zeugnis des Spätbiedermeier. Über die Aufgaben der modernen Denkmalpflege in unserer Hauptstadt, in: *Berliner Zeitung* vom 03.08.1970, S. 3.

497 E.F. [Verfasser unbekannt]: Denkmalschutz – Werterhaltung. Hilfe durch Dokumentation. Synthese von alt und neu, in: *Neue Zeit* vom 31.07.1970, S. 6.

498 Ilse Schumann: Die Marienstraße – Zeugnis des Spätbiedermeier. Über die Aufgaben der modernen Denkmalpflege in unserer Hauptstadt, in: *Berliner Zeitung* vom 03.08.1970, S. 3.

das Aussehen „der neugestalteten Häuser nicht mehr völlig ihrer ursprünglichen Gestalt“ zu entsprechen hatte.⁴⁹⁹

Während diese Aussage durchaus den Ausführungen Rothsteins zur Sanierungsmaßnahme entsprach, wurden in der Tagespresse auch Vergleiche zum Wiederaufbau der Warschauer Altstadt oder der Potsdamer Wilhelm-Staab-Straße gezogen, die von den Akteuren im Bereich der DDR-Denkmalpflege bezüglich der Marienstraße so nicht zu finden sind.⁵⁰⁰ Dennoch verdeutlicht der Vergleich mit Warschau und Potsdam die Intention, die hinter den Sanierungsmaßnahmen in der Marienstraße stehen sollte: Es ging um Tradition, um Erbe und um die Schaffung eines Altstadtensembles, das in dieser Form in Berlin nicht mehr existierte.

Die Beiträge der Tagespresse zur Marienstraße zeigen auf, dass die damalige Denkmalpflege insgesamt eine sehr schwache Position innehatte, sollte sie sich doch den Rahmenbedingungen des Bauwesens und der Planwirtschaft anpassen und unterordnen, was auch die Klassifizierung des Denkmalbestandes im Rahmen der listenmäßigen Erfassung widerspiegeln sollte: „Die Werterhaltung muß in Einklang mit den vorhandenen Mitteln und Möglichkeiten stehen. [...] So wird in Denkmallisten, die in jedem Stadtbezirk erarbeitet werden, der wichtigste und wertvollste Besitz aufgenommen.“⁵⁰¹

Die Analyse der beiden Akteure und Protagonisten Ludwig Deiters und Fritz Rothstein anhand ihrer jeweiligen Publikationen, Vorträge, Interviews und Nachlässe zeigt zum einen, dass sich Rothstein sehr häufig in Form von Publikationen kritisch zu den aktuellen Vorhaben und Geschehnissen in den Bereichen Denkmalpflege, Denkmalschutz und Bauwesen äußerte und er dabei häufig auch überregional agierte. Deiters versuchte hingegen stärker über seine Position als Generalkonservator und in leitender Funktion in diversen Gremien, denkmalpflegerische Inhalte einzufordern und so städtebauliche Prozesse im Sinne der Denkmalpflege und des Denkmalschutzes zu prägen.

Durch die Gründung der zentralen Fachgruppe „Rekonstruktion“ im BdA, deren Leitung Deiters innehatte und in der Rothstein als Mitglied wirkte, schuf die institutionelle Denkmalpflege die Möglichkeit eines intensiveren Austausches mit den Akteuren des Bauwesens sowie die (theoretische) Chance einer früheren

499 Vgl. B.R. [Verfasser unbekannt]: Alt-Berlin in neuer Schönheit. Die Marienstraße – ein Stück lebendiger Bautradition, in: Neue Zeit vom 15.09.1972, S. 6.

500 So hieß es in der Neuen Zeit vom 28. Dezember 1971: „Warschau hat seine Altstadt, Potsdam seine Wilhelm-Staab-Straße und Berlin die Marienstraße.“ In: O.V.: Kleinodien in Berlin. Häuser der Marienstraße künden von der Zeit um 1830, in: Neue Zeit vom 28.12.1971, S. 6

501 Ilse Schumann: Die Marienstraße – Zeugnis des Spätbiedermeier. Über die Aufgaben der modernen Denkmalpflege in unserer Hauptstadt, in: Berliner Zeitung vom 03.08.1970, S. 3.

Einbindung in die Planungspraxis. Im Gegenzug waren jedoch, zum Teil weitreichende, Zugeständnisse an das Bauwesen nicht zu vermeiden, da die sozialistische Umgestaltung der Städte und Dörfer als politisches Programm ihre Umsetzung finden sollte.

Als kritische Mahnungen erscheinen in diesem Zusammenhang die Beiträge Rothsteins in der Fachzeitschrift *Farbe und Raum* zur Instandsetzung und Wiederherstellung von Denkmalen und historischen Ensembles. Rothstein konnte sich als Magistratsdenkmalpfleger auf lokaler Ebene deutlich kritischer äußern als es für Deiters aus dessen Position heraus möglich war. Seinem Einzelvertrag entsprechend kontrollierte und begutachtete Rothstein verschiedene denkmalpflegerische Maßnahmen und stand in engem Austausch mit Ausführenden, wie im Fall der Marienstraße mit dem VEB Baureparaturen Berlin-Mitte. Rothstein war dadurch in die Maßnahmen stärker integriert als Deiters, der vielmehr von den Akteuren häufig als Vermittler zur Regierungsebene eingebunden wurde, wie der Fall des Darguner Schlosses aufgezeigt hat.

Zusammenfassung

Die Analyse der zwischen Denkmalpflege und sozialistischer Umgestaltung stehenden Akteure ließ erkennen, dass die Handelnden in einem stetig wachsenden Spannungsfeld zwischen den denkmalpflegerischen Interessen und den Entwicklungen im Bauwesen im Allgemeinen sowie den Prozessen der sozialistischen Umgestaltung im Besonderen agierten. Die Bestrebungen im Bauwesen wirkten sich auf die Erfassung des Denkmalbestandes aus und prägten die Ausstellung zum 20. Jubiläum der Denkmalpflege in der DDR. Die Gründung der Fachgruppe „Denkmalpflege“ bzw. „Rekonstruktion“ im BdA zeigte hingegen das Bestreben seitens der Denkmalpfleger, in die Prozesse einzugreifen und diese mitzugestalten. Gleichwohl orientierten sich die Denkmalpfleger in der DDR an internationalen Entwicklungen und Standards, die das IfD in verschiedener Weise und zum Teil in Zusammenarbeit mit dem Kulturbund publizierte.

Die ausführliche Untersuchung denkmalpflegerischer Aspekte innerhalb der sozialistischen Umgestaltung anhand ausgewählter Akteure, die sich an der Expertentagung des RGW in Weimar beteiligt haben, beleuchtete den Versuch, denkmalpflegerische Inhalte in den Umgestaltungsprozess zu integrieren. Aufgezeigt wurden hier die divergierenden Sichtweisen und Ausdeutungen des Begriffs der Rekonstruktion, der zugleich als Brücke zum Bauwesen genutzt wurde, wenngleich unter anderen Vorzeichen. Denn im Gegensatz zu Doehler verbanden Deiters, Klemm, Rothstein und weitere Denkmalpfleger mit dem Verweis auf eine Rekonstruktion die Forderung nach dem Erhalt des Stadtgrundrisses und der Stadtstrukturen sowie eine respektvolle Integration von Einzeldenkmalen in

neue Umgebungen. Am Beispiel von Quedlinburg konnte nachvollzogen werden, dass es sich dabei um langwierige Aushandlungsprozesse gehandelt hat, die den Denkmalbestand zusätzlich gefährden konnten.

Die exemplarische Analyse der Positionen von Ludwig Deiters und Fritz Rothstein innerhalb der Strukturen der institutionellen Denkmalpflege zeigte unterschiedliche Handlungsspielräume auf, die aus deren jeweiligen Zuständigkeits-ebenen resultierten. So konnte sich Rothstein als Magistratsdenkmalpfleger deutlich kritischer in seinen zahlreichen Publikationen äußern als es Deiters in seiner Position als Generalkonservator der DDR in seinen Vorträgen oder Positionspapieren hätte tun können. Deiters beschäftigte sich häufig verstärkt auf der theoretischen Ebene mit den Prozessen des Bauwesens und der Kultur und versuchte, die Rahmenbedingungen für die institutionelle Denkmalpflege auszuschöpfen. Er war letztlich ein Vermittler und Stratege zwischen Politik und Denkmalpflege, während Rothstein stärker in die praktischen Instandsetzungs- und Umgestaltungsmaßnahmen eingebunden war und als kritischer Beobachter und Vermittler zwischen den Akteuren agierte. Beide handelten demnach ihren Positionen entsprechend und nutzten in ihrem jeweiligen Gefüge die Handlungsräume, die sie zur Verfügung hatten.

